

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Geplanter Tiefseebergbau

In einem Unternehmensbericht zum ersten Quartal des Jahres 2026 hat „The Metals Company“ (TMC) Anfang Mai bekanntgegeben, dass es eine kommerzielle Vereinbarung mit dem Offshore-Ingenieurunternehmen Allseas über die Entwicklung, Inbetriebnahme und den laufenden Betrieb des nach eigenen Angaben ersten kommerziellen Systems zur Gewinnung polymetallischer Knollen in der Tiefsee der Clarion-Clipperton-Zone unterzeichnet hat.

Der geplante Abbau von Manganknollen in der Tiefsee soll eine Produktionskapazität von 3 Millionen Nass-Tonnen Knollen pro Jahr erreichen. Die Inbetriebnahme der unterseeischen Anlagen ist vorbehaltlich behördlicher Genehmigungen für das vierte Quartal 2027 geplant.

TMC gab außerdem bekannt, dass die US-amerikanische *Nationale Ozean- und Atmosphärenbehörde* (NOAA) festgestellt habe, dass der konsolidierte Antrag von TMC-USA auf eine Explorationslizenz in der Clarion-Clipperton-Zone und eine Genehmigung zur kommerziellen Gewinnung den Anforderungen des US-amerikanischen „*Deep Seabed Hard Mineral Resources Act*“ entspricht.

Laut TMC erstreckt sich der Tiefseebergbau-Antrag auf das Gebiet „TMC USA A“ in den internationalen Gewässern des Pazifischen Ozeans. Das Gebiet ist in etwa 65.000 Quadratkilometer groß. Der Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer von TMC, Gerard

Barron, erklärte, das Unternehmen treibe die regulatorischen, technischen und Offshore-Produktionsaktivitäten im Zusammenhang mit der kommerziellen Manganknollengewinnung weiter voran. Man gehe davon aus, dass das Genehmigungsverfahren der NOAA vor Ende des ersten Quartals 2027 abgeschlossen sein werde. (*Pacific Business Review* 26.05.26, <https://metals.co/nodules/>, Pressemitteilung TCM 28.05.26)

Pacific Blue Shipping Partnership unterzeichnet

Nach jahrelanger Vorbereitung haben am 11. Juni 2026 sieben Pazifikstaaten (Fidschi, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Kiribati, Nauru, die Marshall-Inseln, Tuvalu und Vanuatu) in Majuro auf den Marshall-Inseln die „Pacific Blue Shipping Partnership“ (PBSP) unterzeichnet.

Palau und Tonga planen, das Abkommen in Kürze zu unterzeichnen. Weitere Staaten sollen folgen.

Das Abkommen nennt verschiedene Dekarbonisierungsziele für die inländische Schifffahrt in Ozeanien. So sollen die Schiffe bis 2050 null Emissionen ausstoßen. Außerdem sollen die Emissionen bereits bis 2030 um 40 % runtergefahren werden.

Der nächste Schritt besteht darin, 500 Mio. US-Dollar an Klimafinanzierung zu sichern, um das erklärte Ziel zu erreichen: „*Zweckmäßige Seeschiffe, funktionierende Slip-Anlagen und qualifizierte Arbeitskräfte bereitzustellen, um die langfristige Widerstandsfähigkeit und die Anbindung der Inselgemeinden in ganz Ozeanien zu gewährleisten.*“

Trotz der Notwendigkeit der Schifffahrt in Ozeanien sind inländische Fähren und pan-pazifische Transportschiffe meist alt, treibstoffineffizient und unsicher. Das soll sich in den nächsten Jahrzehnten mit Hilfe des neuen Abkommens und dessen Zielen ändern. Die bisherige Abhängigkeit des Schifffahrtsektors von fossilen Brennstoffen soll verringert werden, um unabhängiger von hohen Treibstoffpreisen auf dem Weltmarkt und eventuellen Versorgungsengpässen zu werden.

Info: Das PBSP ist eine ländergetriebene Initiative für eine groß angelegte Klimafinanzierungsinvestition, um einen länderübergreifenden Übergang zu nachhaltiger, widerstandsfähiger und kohlenstoffarmer Schifffahrt im Pazifik zu beschleunigen.

(<https://www.wind-ship.org/pacific-blue-shipping-partnership-pbsp-official-signing-ceremony/>, <https://mcstrmi.org/projects/pacific-blue-shipping-partnership/>)

USA stellen Millionen für Projekte im Pazifik bereit

Die Vereinigten Staaten werden mehr als 150 Millionen US-Dollar für Projekte und Initiativen im Pazifikraum ausgeben. Das erklärte Christopher Landau vom US-amerikanischen Außenministerium am Rande des Gipfeltreffens des *Pacific Islands Forum* Anfang September in Koror (Palau).

Die größte Ausgabe ist ein Abkommen zur Kraftstoffversorgungssicherheit, das – vorbehaltlich der Zustimmung des US-Kongresses – 60 Millionen US-Dollar für die Instandsetzung der Energieinfrastruktur und den Aufbau von Speicherkapazitäten bereitstellen würde.

Die Cook-Inseln sollen 50 Millionen US-Dollar für die Modernisierung eines Hafens auf dem Penhryn-Atoll erhalten.

Palau erhält Finanzmittel für die Modernisierung eines Krankenhauses, Unterstützung bei der Untersuchung und Aufbereitung seines Trinkwassers sowie eine Co-Vorsitzendenrolle in einem neuen, von den USA unterstützten, sogenannten „*Pacific Policing Forum*“. Die Marshall-Inseln erhalten technische Hilfe zur Modernisierung ihres Mobilfunknetzes.

Tonga, das derzeit noch einem strengen Einreiseverbot in die USA unterliegt, erhält Gelder für Machbarkeitsstudien für Kraftstofflager und neue Rechenzentren.

Allen Compact-of-Free-Association-Staaten gemeinsam ist die Rückkehr des US-amerikanischen *Peace Corps*. 30 Jahre, nachdem die letzten amerikanischen Freiwilligen des Peace Corps die Marshall-Inseln verlassen hatten, soll die Arbeit des Freiwilligendienstes dort noch in diesem Jahr wieder aufgenommen werden.

Info: Das *Peace Corps* ist eine unabhängige Freiwilligenorganisation der US-Regierung, die 1961 von Präsident John F. Kennedy ins Leben gerufen wurde. Amerikanische Freiwillige arbeiten dabei auf Einladung von Partnerländern in lokalen Gemeinden zusammen, um Entwicklungsprojekte zu unterstützen und den interkulturellen Austausch zu fördern. (*Radio NZ Intern. 03.09.26, Marshall Islands Journal 04.09.26*)

Keine Ergebnisse bei Verhandlungen der ISA

Bei ihren jährlichen dreiwöchigen Gesprächen in Kingston (Jamaika) hat die Internationale Meeres-

bodenbehörde (*International Seabed Authority, ISA*), das für den Tiefseeboden zuständige UN-Gremium, rechtliche Schritte eingeleitet, um das einseitige Vorgehen der USA beim Tiefseebergbau anzufechten.

Die Diskussionen in Kingston fanden statt, während die USA – die kein Mitgliedsland der ISA sind – ihre einseitigen Bestrebungen zum Tiefseebergbau vorantrieben und Bergbauunternehmen, die amerikanische Genehmigungen beantragen, sich gegen eine UN-Untersuchung ihres Verhaltens wehrten.

Das Treffen in Kingston endete ohne unmittelbare Durchbrüche. Stattdessen wurden laut Pradeep Singh, Experte für Meeresgovernance bei der „*Oceano Azul Foundation*“, langwierige Diskussionsprozesse in Gang gesetzt, die darauf abzielen, Tiefsee-Bergbauunternehmen und die USA zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Mitgliedsländer der ISA hatten Konsultationen darüber aufgenommen, ob sie ein Gutachten beim Internationalen Seegerichtshof in Hamburg (*International Tribunal for the Law of the Sea, ITLOS*) einholen sollen, um die Rechtmäßigkeit der von den USA in der Clarion-Clipperton-Zone im Pazifik erteilten Genehmigungen zu klären und festzustellen, ob andere Staaten diese anerkennen sollten.

Bis zum Ende der Gespräche kam es jedoch zu keinem Konsens in dieser Frage. Die Versammlung beschloss stattdessen, unter der Leitung Maltas Konsultationen durchzuführen und bis zur Sitzung im nächsten Jahr zu entscheiden, ob ein Gutachten angefordert werden soll.

Aktivist*innen wiesen während der Verhandlungen in Kingston erneut auf die zunehmenden Forderungen nach einem Moratorium für den Tiefseebergbau hin, mit dem alle Aktivitäten gestoppt werden sollen, bis ausreichende wissenschaftliche Beweise vorliegen, dass der Abbau von Rohstoffen wie Manganknollen in der Tiefsee für die Meeresfauna und -flora unschädlich ist.

Die Initiative gegen den Tiefseebergbau (*Deep-Sea Conservation Coalition*) wird mittlerweile von 46 Regierungen unterstützt. Sie kritisieren vor allem das Vorgehen des US-Präsidenten Donald Trump: Die Trump-Regierung hatte Anfang August den weltweit ersten Verkauf einer Konzession für den kommerziellen Tiefseebergbau in der Nähe von Amerikanisch-Samoa vorgeschlagen. Dies wäre der erste Versuch, den Meeresboden im Pazifik kommerziell abzubauen. Die Ankündigung Trumps erfolgte durch die neu benannte „*Marine Minerals Administration*“, die Pläne für eine Konzessionsvergabe in der Nähe von Amerikanisch-Samoa vorstellte. In den Unterlagen wurden zudem Guam und die Nördlichen Marianen als Ziele für künftige Konzessionsvergaben genannt.

Trump's Ankündigung steht in direktem Widerspruch zu den Entscheidungen der lokalen Gemeinden und Regierungen im Pazifik. Amerikanisch-Samoa hat ein Moratorium für den Meeresbodenbergbau in seinen eigenen Gewässern verhängt und sich offiziell gegen Vorschläge der US-Bundesregierung zum Abbau auf dem äußeren Festlandsockel in der Nähe seines Territoriums ausgesprochen. Die Gouverneurin von Guam hatte bereits am 5. Juni ein Verbot des Tiefseebergbaus in

den unter territorialer Kontrolle stehenden Küstengewässern unterzeichnet.

(<https://www.climatechangenews.com/2026/08/04/governments-weigh-response-to-us-going-alone-on-deep-sea-mining/> 04.08.26, <https://oceanographicmagazine.com/news/first-deep-sea-mining-lease-being-forced-on-pacific-communities/>)

Mikroplastik erstmals in Tiefsee-Ökosystemen nachgewiesen

Eine neue Studie hat erstmals gezeigt, dass sich Plastikmüll aktiv in den entlegensten und extremsten Ökosystemen der Welt ansammelt: den hydrothermalen Quellen in der Tiefsee.

Die Forschenden fanden heraus, dass über 90 % der Tiefseeschnecken und -muscheln, die an Hydrothermalquellen in mehr als 2.000 Metern (6.600 Fuß) Tiefe leben, mit Mikroplastikpartikeln belastet sind. Der Großteil dieser Belastung stammte von Polymeren wie Polystyrol, das weltweit häufig in Verbraucherverpackungen und Einwegbehältern verwendet wird.

Interessanterweise spielte die geografische Lage eine entscheidende Rolle. Organismen aus dem Indischen Ozean wiesen im Vergleich zu denen aus dem südwestlichen Pazifik deutlich höhere Konzentrationen an Mikroplastik auf – fast das 15-Fache. Die Forschenden gehen davon aus, dass dieser Unterschied auf intensive menschliche Aktivitäten an den Küsten und die riesigen Mengen an Plastik zurückzuführen ist, die aus großen Flusssystemen in den Indischen Ozean gelangen.

Die Studie ergab auch, dass die Biologie eines Organismus genau bestimmt, wie sich Plastik in seinem Körper verhält. Bei

Weideschnecken, die sich von mikrobiellen Matten ernähren, die den Meeresboden bedecken, konzentrierte sich das Mikroplastik vor allem in den Verdauungsorganen. Im Gegensatz dazu wiesen filterfressende Miesmuscheln eine relativ gleichmäßige Verteilung von Mikroplastik in ihren verschiedenen Geweben auf.

Info: Die Ergebnisse zur Mikroplastik in Tiefseelebewesen stammen aus einer gemeinsamen Studie von Dr. Se-Joo Kim und Dr. Jinyoung Jeong vom „Korea Research Institute of Bioscience and Biotechnology“ (KRIBB) in Zusammenarbeit mit dem „Korea Institute of Ocean Science and Technology“ (KIOST).

Das Team analysierte Tiefseeproben, die vom KIOST an hydrothermalen Schloten im Nord-Fidschi-Becken im südwestlichen Pazifik und am Zentralindischen Rücken im Indischen Ozean gesammelt worden waren.

(<https://oceanographicmagazine.com/news/microplastics-documented-for-first-time-in-deep-sea-ecosystems/> 16.07.26)

Korea und die Pazifikinseln verstärken Zusammenarbeit

Hochrangige Vertretende der Republik Korea und der Mitgliedsländer des *Pacific Islands Forums* (PIF) bekräftigten während eines Treffens am 21. Mai in Nadi (Fidschi) ihr Engagement für eine Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, maritime Angelegenheiten, Fischerei und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit.

Den gemeinsamen Vorsitz bei dem Treffen am Rande des 8. Gipfeltreffens des PIF führten die stellvertretende Ministerin für

politische Angelegenheiten der Republik Korea, Frau Eui-hae Chung, und der Hochkommissar der Salomonen in Fidschi, Joseph Ma'ahanua, der den Vorsitz des PIF vertrat.

„Als global verantwortungsbewusstes Land wird die Republik Korea die nachhaltige Entwicklung der Pazifikinseln weiterhin im Einklang mit den in der Strategie 2050 für den Blauen Pazifikkontinent (2050 Strategy for the Blue Pacific Continent) festgelegten Prioritäten unterstützen“, erklärte Chung.

Sie hob zudem Möglichkeiten für eine künftige Zusammenarbeit in energiebezogenen Sektoren angesichts sich wandelnder globaler energiepolitischer Herausforderungen hervor und brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit zwischen Korea und den Pazifikinseln auf eine für beide Seiten vorteilhafte und nachhaltige Weise fortgesetzt werde.

Joseph Ma'ahanua würdigte die anhaltende Unterstützung Koreas durch den Kooperationsfonds zwischen der Republik Korea und dem PIF und bekräftigte die Zusammenarbeit bei Projekten, die mit den von den Staats- und Regierungschefs des Pazifik-Insel-Forums gebilligten Prioritäten im Einklang stehen.

Beide Parteien hoben die wachsende Bedeutung nachhaltiger Investitionen und der Beteiligung des Privatsektors bei der Unterstützung regionaler Entwicklungsprioritäten im gesamten Pazifikraum hervor.

Hintergrund: Die Republik Korea ist seit 1995 Dialogpartner des Pazifischen Inselforums. Im Rahmen des bilateralen Treffens gab es auch Vorträge zu neuen Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten im Pazifikraum, darunter

Beiträge von *Nabou Green Energy* und der *Korea Overseas Fisheries Association*. (*Pacific Business Review* 26.05.26)

Zwei Frauen in UN-Ausschuss gewählt

Frau Faatino Utumapu aus Samoa und Frau Villarney Remengesau aus Palau sind am 9. Juni 2026 in den *UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen* (CRPD) gewählt worden. Erstmals überhaupt sind damit zwei Staatsangehörige von pazifischen Inselstaaten in diesem Gremium vertreten.

Utumapu, derzeit Co-Vorsitzende des *Pacific Disability Forum*, und Remengesau, eine ehemalige Co-Vorsitzende, wurden von ihren jeweiligen Regierungen für den UN-Ausschuss nominiert.

„Dies ist ein mitreißender Moment für den Pazifikraum“, sagte Sainimili Tawake, Geschäftsführerin des „*Pacific Disability Forum*“. „Ihr Erfolg unterstreicht nicht nur ihre Führungsstärke, sondern auch die Kraft des gemeinsamen Engagements unserer Region für die Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen.“

Das *Pacific Disability Forum* hat beiden Führungskräften unmittelbar nach ihrer Wahl gratuliert und die Unterstützung regionaler Partner gewürdigt, darunter das Sekretariat des *Pacific Islands Forum*, die *Pacific Community* (SPC) sowie die Regierungen Australiens und Neuseelands.

Info: Das „*United Nations Committee on the Rights of Persons with Disabilities*“ (CRPD-Ausschuss) ist ein Gremium unabhängiger Expert*innen der Vereinten

Nationen. Seine Hauptaufgabe ist es, zu überwachen, ob die Staaten die UNBehindertenrechtskonvention (*Convention on the Rights of Persons with Disabilities*) einhalten und umsetzen. Der Ausschuss veröffentlicht sogenannte „General Comments“ und andere Leitdokumente, die erläutern, wie einzelne Rechte der Konvention auszulegen sind. Durch den Dialog mit Staaten, Organisationen von Menschen mit Behinderungen und der Zivilgesellschaft setzt sich der Ausschuss für die volle gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein.

Der Ausschuss tagt regelmäßig in Genf (Schweiz). Er besteht aus 18 Personen.

(<https://islandsbusiness.com/news-break/pacific-leaders-win-historic-un-seats/> 11.06.26, <https://www.ohchr.org/en/treaty-bodies/crpd/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Polizeikooperationsabkommen mit Vanuatu

Papua-Neuguinea und Vanuatu haben Mitte Juli eine Absichtserklärung zur polizeilichen Zusammenarbeit unterzeichnet.

Das als „*Kumul Vanua Police Cooperation Framework*“ bezeichnete ‚Memorandum of Understanding‘ läutet ein neues Kapitel der Zusammenarbeit zwischen der Polizei von Vanuatu (*Vanuatu Police Force*, VPF) und der *Royal Papua New Guinea Constabulary* (RPNGC) ein.

Die Vereinbarung umfasst Bereiche wie den bilateralen Informationsaustausch, strafrechtliche

Ermittlungen, spezialisierte Polizeiarbeit, Führungskräfteentwicklung, Kapazitätsaufbau, Einsatzplanung, technische Zusammenarbeit, forensische Unterstützung, Ausbildungsaustausch und berufliche Weiterbildung.

Insgesamt umfasst das *Kumul Vanua*-Abkommen zehn Schlüsselinitiativen, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Polizeikräften zu verbessern. (<https://vbtc.vu/png-vanuatu-sign-kumul-vanua-police-agreement/> 13.07.26)

Finanzierung „grüner Energie“

Papua-Neuguinea hat eine Reihe neuer Standards für grüne Finanzierungen (*green finance standards*) und politischer Instrumente eingeführt, um mehr Investitionen in eine klimaresiliente Entwicklung zu generieren und die Nachhaltigkeit seines Finanzsystems zu stärken.

Zu den wichtigsten eingeleiteten Maßnahmen gehörten die bereits zweite Version der „*Inclusive Green Finance Taxonomy*“ von Papua-Neuguinea, neue Standards für die Klassifizierung und Berichterstattung grüner Kredite, Leitlinien zur Umweltrisikopolitik für Finanzinstitute sowie die Gründung einer „*Green Finance Academy*“.

Diese neuen Initiativen wurden während des „*Green Finance Summit 2026*“ vorgestellt, der am 27. und 28. Mai in der Hauptstadt Port Moresby unter dem Motto „Greening PNG's Financial System“ stattfand.

Die Gouverneurin der *Bank of Papua New Guinea*, Elizabeth Genia, erklärte, das Land konzentriere sich nun auf die praktische Umsetzung von Reformen im Bereich der

nachhaltigen Finanzwirtschaft.

Info: An dem zweitägigen Gipfel nahmen 250 Menschen teil, darunter Regierungsvertretende, Finanzinstitute, Entwicklungsorganisationen, Investoren und Vertretende regionaler Zentralbanken. Sie erörterten Möglichkeiten zur Ausweitung grüner Kredite, nachhaltiger Investitionen und klimaresilienter Finanzierungsmechanismen.

Internationale Teilnehmende lobten die Fortschritte des Landes bei der Entwicklung eines Rahmens für nachhaltige Finanzierungen.

Dr. Ma Jun, Vorsitzender der „Capacity-building Alliance of Sustainable Investment“, erklärte, Papua-Neuguinea könne als Vorbild für andere Inselstaaten im asiatisch-pazifischen Raum dienen.

Info: Der Gipfel war vom *Green Finance Centre*, einer Abteilung der Bank of Papua New Guinea, in Zusammenarbeit mit der *Agence Française de Développement*, der *International Finance Corp.* und dem *Global Green Growth Institute* organisiert worden. (*PNG Business News* 02.06.26)

Zusammenarbeit bei Reformen im Bergbausektor geplant

Die Salomonen und Papua-Neuguinea wollen ihre Zusammenarbeit im Bergbau-Sektor verstärken.

Die Vereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von Reformen auf Basis von „good governance“ folgte auf einen „Round Table“ in Port Moresby zwischen dem Premierminister der Salomonen, Matthew Wale, dem Premierminister von Papua-Neuguinea, James Marape, Vertretenden der *Kumul Minerals Holdings Ltd.* und der neuguineischen *Mineral Resources Authority*.

Premier Wale erklärte, das Treffen biete den Salomonen die Gelegenheit, von den Erfahrungen Papua-Neuguineas bei der Steuerung seiner Bergbauindustrie zu lernen. Laut Wale streben die Salomonen Reformen an, um dem Sektor mehr Struktur, Transparenz und nationalen Nutzen zu verleihen. Man habe Pläne zur Einrichtung einer speziellen Goldexportstelle und zum Bau einer nationalen Goldraffinerie. *„Dadurch können wir unser eigenes Gold veredeln, die Preisgestaltung kontrollieren und mehr Wert in unserer Wirtschaft halten“*, sagte Wale.

Premierminister Marape betonte, dass die Landbesitzer im Mittelpunkt der Ressourcenpolitik stehen sollten und dass die steuerlichen Regelungen für Bergbauprojekte transparent und klar definiert sein müssten. Potentielle Investoren müssten bereits im Voraus wissen, was sie zahlen werden und welche Vorteile die Landbesitzer und der Staat dabei hätten, forderte Marape.

Beide Staatschefs waren sich einig, dass eine starke Regierungsführung, klare Rechtsvorschriften und eine wirksame behördliche Aufsicht unerlässlich sind, um eine faire und nachhaltige Bewirtschaftung der Bodenschätze zu gewährleisten.

Das Treffen endete mit der Vereinbarung, dass Vertretende der Bergbaubehörden Papua-Neuguineas in naher Zukunft die Salomonen besuchen werden, um die laufenden Reformen im Bergbausektor des Landes zu analysieren und zu unterstützen. (*Pacific Business Review* 29.06.26)

Waldschutz soll Einkünfte generieren

Papua-Neuguinea hat eine Initiative gestartet, um mehr internationale Mittel für den Waldschutz, den Erhalt der Artenvielfalt und den Klimaschutz zu sichern.

Bei der Eröffnung des ersten „PNG Nature Pact“-Workshops im APEC-Haus in der Hauptstadt Port Moresby stellte Premierminister James Marape Papua-Neuguinea als globale Größe im Naturschutz dar und erklärte, das Land verfüge über einige der weltweit größten noch erhaltenen Tropenwälder und eine der reichsten Konzentrationen an biologischer Vielfalt auf dem Planeten.

Dieser Naturreichtum müsse endlich Einkommen für die traditionellen Landbesitzer generieren und nicht nur Gewinne für Holzfäller und Emissionshändler abwerfen, forderte der Premier.

„Naturschutz muss den lokalen Gemeinschaften greifbare wirtschaftliche Vorteile bringen“, sagte Marape und argumentierte, dass neue Finanzierungsstrukturen den Schutz der Wälder gegenüber deren Abholzung belohnen sollten. *„Wir brauchen langfristige Einnahmen, keinen Wettlauf um die Rodung von Wäldern für kurzfristige Gewinne.“*

Der Workshop brachte Vertreter*innen und Partner*innen aus der Europäischen Union, Frankreich, den Provinzregierungen, Naturschutzorganisationen und Entwicklungsagenturen zusammen, um die Initiative „PNG Nature Pact and Country Package“ voranzutreiben.

Nach Angaben der PNG-Regierung hat die Europäische Union bereits 54,7 Millionen Euro zugesagt, Frankreich 20 Millionen Euro.

Weitere 9 Millionen Euro an Startkapital wurden bereitgestellt, womit der „PNG Nature Pact“ zu einem der bislang größten internationalen Naturschutzabkommen des Landes zählt.

Die Regierungen der PNG-Provinzen, die Nationale Forstbehörde und die Behörde für Naturschutz und Umweltschutz wurden aufgefordert, die verbleibenden intakten tropischen Regenwälder zu kartieren und sicherzustellen, dass die traditionellen Landbesitzer direkt von neuen Initiativen profitieren. Das Ziel der Regierung sei es, bis zu 70 Prozent der verbleibenden Urwälder des Landes zu erhalten und gleichzeitig eine kontrollierte Entwicklung in ausgewiesenen Gebieten zu ermöglichen, erklärte Marape bei dem Workshop.

Info: Papua-Neuguinea beherbergt 6 % bis 8 % der weltweiten Artenvielfalt, obwohl es weniger als 1 % der Landfläche der Erde ausmacht. Seine Regenwälder sind Teil des drittgrößten tropischen Regenwaldsystems nach dem Amazonas (Brasilien) und dem Kongobecken (Afrika). (Pressemitteilung Premierminister 23.06.26, Islands Business 01.07.26)

Ok Tedi treibt Projekt für Abraumlagerstätte voran

Der lokale Bergbaukonzern *Ok Tedi Mining Limited* (Ok Tedi) hat mit der Einreichung des Berichts zur Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung für die geplante Abraumlagerstätte (*Tailings Storage Facility*, TSF) in Ok Birim bei der Regierung von Papua-Neuguinea einen wichtigen Meilenstein im Rahmen seiner „Growth 2050“-Strategie erreicht.

Die „Growth 2025“-Strategie zielt darauf ab, die mit der Entsorgung von Abraum in Flüssen verbundenen Auswirkungen auf die nachgelagerten Gebiete erheblich zu reduzieren und die langfristige Zukunft der Ok-Tedi-Mine zu sichern.

„Die Abraumlagerstätte ist entscheidend für die Zukunft von Ok Tedi und stellt die größte einzelne Initiative zur Minderung von Umweltauswirkungen dar, die das Unternehmen jemals unternommen hat“, so Kedi Ilimbit, der Managing Director und Chief Executive Officer (CEO) von *Ok Tedi Mining Limited* (OTML).

Er fügte hinzu, dass das vorrangige Ziel der Abraumlagerstätte darin bestehe, die mit der Einleitung von Abraum in Flüsse verbundenen Umweltauswirkungen flussabwärts deutlich zu reduzieren, indem sowohl grober als auch feiner Abraum an Land zurückgehalten werden. Dies werde es ermöglichen, die derzeit genehmigte Praxis der Einleitung von Abraum in Flüsse weitgehend einzustellen und auf ein modernes, technisch ausgereiftes Lagersystem umzustellen, das den internationalen Erwartungen an ein verantwortungsbewusstes Abraum-Management entspricht.

„Wichtig ist, dass dieses Projekt dauerhafte ökologische Vorteile für die Flusssysteme von Ok Tedi und Fly River mit sich bringen wird und gleichzeitig sicherstellt, dass die durch die Mine generierten wirtschaftlichen und sozialen Vorteile Papua-Neuguinea, die Westprovinz, unsere Gemeinden, Mitarbeiter, Geschäftspartner und Aktionäre auch weit in die Zukunft hinein weiterhin unterstützen“, erklärte er weiter.

Hintergrund: Die Einreichung der Umweltverträglichkeits- und Sozialverträglichkeitsprüfung ist ein wesentlicher Bestandteil des Antrags von Ok Tedi auf eine umfassende Änderung der Bedingungen seiner bestehenden Umweltgenehmigung der Stufe 3, die im Jahr 2020 gemäß dem Ok-Tedi-Umweltmanagementgesetz (OTEMA) erteilt wurde.

Die neue Abraumlagerstätte ist von einem international anerkannten Ingenieurbüro gemäß internationalen Standards entworfen worden, um eine technisch erprobte, umweltverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Alternative zur Einleitung von Abraum in Flüsse zu bieten. (*PNG Business News* 01.07.26, <https://www.oktedi.com/>, *Post-Courier* 02.07.26)

Internetnutzung gesteigert

In Papua-Neuguinea hat sich der Anteil der Internetnutzer*innen zwischen 2016 und 2024 fast verdoppelt und ist von 10 % auf 19 % gestiegen. Der stetige Anstieg spiegelt die Fortschritte bei der digitalen Anbindung in der gesamten Region wider und unterstreicht zugleich die Notwendigkeit, den Zugang zum Internet weiter auszubauen, um eine inklusive digitale Entwicklung für alle Einwohner*innen zu gewährleisten. (*Pacific Data Hub* 27.05.26)

Sanierungsprogramm für nationalen Flughafen gestartet

Papua-Neuguinea hat Ende Juni das 2,5 Milliarden Kina teure Sanierungsprojekt für den *Port Moresby International Airport* (PMIA) gestartet – eine der größten Investitionen des Landes in die Luftfahrtinfrastruktur. Ziel ist es, den

Jacksons International Airport in der Hauptstadt Port Moresby in ein modernes Luftverkehrsdrehkreuz zu verwandeln und die Position von Papua-Neuguinea als regionaler Luftverkehrs- und Wirtschaftsknotenpunkt in Ozeanien in den nächsten 50 Jahren zu stärken.

Das Sanierungsprojekt soll in vier Phasen über einen Zeitraum von sechseinhalb Jahren umgesetzt werden. Es verbindet öffentliche Investitionen mit der Beteiligung des privaten Sektors, um die Flughafenkapazität zu erweitern, den Passagierservice zu verbessern und das langfristige Wachstum in den Bereichen Handel, Tourismus und Investitionen zu fördern.

Der Minister für Zivilluftfahrt, Waki Goi, sagte beim Startschuss der Sanierungsarbeiten, das Projekt werde mit einer staatlichen Investition in Höhe von 25 Millionen Kina beginnen und voraussichtlich über seine gesamte Laufzeit hinweg erhebliche zusätzliche Mittel sowohl aus dem öffentlichen als auch aus dem privaten Sektor anziehen.

Premierminister James Marape erklärte bei der Einweihung des Projektes auf dem Rollfeld, Papua-Neuguinea bereite sich auf einen erheblichen Anstieg des Passagier- und Geschäftsreiseverkehrs vor, der durch große Rohstoffprojekte vorangetrieben werde, die für die späten 2020er und frühen 2030er Jahre erwartet werden. Dazu gehören Papua LNG, die Erweiterung von PNG LNG, die Pasca-Gasförderung, die Wiedereröffnung der Porgera-Goldmine, die Projekte Wafi-Golpu und Yandera, das Frieda-River-Projekt sowie die Verlängerung des Betriebs der Ok-Tedi-Mine um 20 Jahre. Schon jetzt seien die Hotels in Flughafennähe vollständig ausgelastet.

Marape erklärte weiter, dass Papua-Neuguinea seine internationalen Verbindungen ausbauen werde. Nach jüngsten Gesprächen mit dem chinesischen Präsidenten teilte er mit, dass *China Southern Airlines* die Flugverbindungen zwischen der Provinz Guangdong und Port Moresby von einem auf drei Flüge pro Woche erhöht habe, was den Tourismus sowie die Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern stärke.

Info: Die Neugestaltung umfasst umfangreiche Modernisierungen der Start- und Landebahnen, den Ausbau der Terminals für Inlands- und Auslandsflüge sowie den Ersatz veralteter Flughafeninfrastruktur durch moderne Luftfahrtanlagen.

Daten der *National Airports Corporation* zeigen, dass der internationale Flughafen Port Moresby im Jahr 1997 779.039 Passagiere abfertigte. Diese Zahl war bis 2025 auf 1,68 Millionen gestiegen – ein Anstieg um fast eine Million Passagiere über 28 Jahre, was einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 2,8 Prozent entspricht. Ausgehend von einer geschätzten jährlichen Wachstumsrate von vier Prozent wird prognostiziert, dass die Passagierzahlen bis 2035 2,5 Millionen und bis 2045 3,7 Millionen erreichen werden.

(<https://thepngbulletin.com/> 05.06.26, <https://www.thepngsun.com/jacksons-airport-redevelopment-project-launched-port-moresby-is-the-gateway-to-asia-and-pacific/> 08.06.26)

BOUGAINVILLE

Erste Bergbaulizenz vergeben

Die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) hat am 11. Juni 2026 die Vergabe der Bergbaukonzession Nr. 01 (LSML-01) an das lokale Bergbauunternehmen „*Bougainville Minerals Limited*“ genehmigt. Damit wurde die erste bedeutende Bergbaukonzession erteilt, die auf der Grundlage des neu in Kraft getretenen *Bougainville Mining (Amendment) Act 2026* vergeben wurde.

Die Genehmigung wurde vom Exekutivrat von Bougainville erteilt und gewährt *Bougainville Minerals Limited* eine 25-jährige Konzession für das ausgewiesene Bergbaug Gebiet rund um stillgelegte Panguna-Mine.

Nach Angaben der ABG wird LSML-01 gemäß den Bestimmungen des geänderten Gesetzes letztendlich von *Bougainville Minerals Limited* gemeinsam mit den entsprechenden Landeignern und den Landeignerorganisationen gehalten werden.

Hintergrund: Der „*Bougainville Mining (Amendment) Act 2026*“ wurde Anfang Juni durch das Repräsentantenhaus von Bougainville verabschiedet.

Das Gesetz schafft einen besonderen Rahmen für die geordnete und beschleunigte Wiederinbetriebnahme ehemals in Betrieb befindlicher Großbergwerke, sofern der Exekutivrat von Bougainville feststellt, dass solche Maßnahmen im öffentlichen Interesse liegen.

Das Gesetz sieht außerdem die Erteilung von Großbergbaukonzessionen an berechnigte Inhaber unter bestimmten, gesetzlich festgelegten Bedingungen vor.

Der Präsident von Bougainville und Minister für Bergbau und Erdöl, Ishmael Toroama, bezeichnete das Gesetz als Höhepunkt einer vierjährigen Konsultationsphase, an der Landbesitzende, Gemeindevorstandende und andere Interessengruppen im Rahmen von Prozessen wie dem „Panguna Mine Dialogue“ beteiligt waren. (PNG Business News 17.06.26)

Vorschlag für vollständige Unabhängigkeit bis 2030

Die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) hat ihren endgültigen Standpunkt zu ihrer politischen Zukunft offiziell dargelegt und einen dreistufigen Weg hin zur Selbstverwaltung und schließlich zur Unabhängigkeit vorgeschlagen.

Bougainvilles Präsident Ishmael Toroama legte diese Position Ende Juni dem unabhängigen Vermittler vor, der die gemeinsamen fachlichen Konsultationen zwischen der ABG und der Regierung von Papua-Neuguinea begleitet und beaufsichtigt.

Bougainville würde bis zum 1. September 2027 die Vorbereitungen für die Selbstverwaltung fortsetzen und sich dabei auf die Stärkung der Institutionen, der Regierungssysteme, des Friedens und der Sicherheit sowie der wirtschaftlichen Bereitschaft konzentrieren. Ab diesem Zeitpunkt würde Bougainville in die zweite Phase der Selbstverwaltung eintreten und *„die umfassendsten praktischen und verfassungsmäßigen Befugnisse ausüben, die im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung zur Verfügung stehen, einschließlich der zusätzlichen Befugnisse gemäß Artikel 289 der Verfassung“*.

Toroamas Vorschlag sieht ferner vor, dass Bougainville im Jahr 2030 die Unabhängigkeit erlangt, und zwar gemäß der im Rahmen des Referendumsprozesses festgelegten Definition als *„unabhängiger, völkerrechtlich anerkannter Nationalstaat, der vom Staat Papua-Neuguinea getrennt ist.“*

Toroama erklärte, dieser dreistufige Weg schaffe Sicherheit, bewahre den Frieden und respektiere die vom Volk zum Ausdruck gebrachte demokratische Entscheidung.

Zusätzlich zur Vorlage für die drei Stufen bis zur Unabhängigkeit wurde ein Bericht über die Kosten der Dienstleistungen vorgelegt, wobei der Minister für Finanzen und Staatskasse, Albert Punghau, erklärte, dass den 97,7 Prozent der Stimmen für die Unabhängigkeit eine „finanzielle Bereitschaft“ gegenüberstehen müsse.

„Ein souveränes Volk muss von einer Regierung bedient werden, die sich selbst tragen kann“, sagte er und erklärte weiter, Bougainville müsse über einen Zeitraum von fünf Jahren genügend eigene Einnahmen erwirtschaften, um mindestens 70 Prozent seines Jahreshaushalts zu finanzieren.

Die Vorlage inklusive der Kostenrechnung trägt den Titel *„From Here To There“*.

Info: Im Jahr 2019 hatten sich bei einem Referendum 97,7 % der Wahlberechtigten für die Unabhängigkeit ausgesprochen, doch die endgültige Entscheidung liegt gemäß dem Bougainville-Friedensabkommen beim nationalen Parlament von Papua-Neuguinea. (Radio NZ Pacific 25.06.26)

Regierung warnt vor El Niño

Die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) hat die Bevölkerung aufgefordert, sich auf eine langanhaltende, mit El Niño verbundene, Dürre vorzubereiten. Die ABG teilte mit, dass die Wahrscheinlichkeit für unterdurchschnittliche Niederschläge auf ganz Bougainville bis zum Jahresende bei 80 bis 90 Prozent liege. Besonders gefährdet von der bis vermutlich Anfang 2027 andauernden Dürre seien die Nissan-Atolle sowie die Außeninseln im Norden von Bougainville.

Alle Gemeinden in den entsprechenden Gebieten wurden aufgefordert, ihre Wasservorräte zu überwachen, Wasser zu sparen, ihre Gemüsegärten zu schützen und Engpässe oder dürrebedingte Probleme den Gemeindeverwaltungen und Bezirksbehörden zu melden. (Radio NZ Intern. 24.08.26)

SALOMONEN

Salomonen wollen Vertrag mit Australien schließen

Australien und die Salomonen haben sich grundsätzlich auf ein umfassendes Sicherheitsabkommen geeinigt. Dies geschieht vor dem Hintergrund der anhaltenden Bemühungen Canberras, die Partnerschaften mit den Pazifikinseln zu stärken, während das Land mit China um Einfluss in der Region konkurriert, berichtete der australische öffentlich-rechtliche Sender Anfang September.

Unter Berufung auf eine durchgesickerte Textnachricht zwischen dem australischen Hochkommissar auf den Salomonen und dem stellvertretenden Premierminister der Salomonen berichtete die

Australian Broadcasting Corp., dass Australien den Salomonen im Rahmen des vorgeschlagenen Abkommens mehr als 980 Millionen AU\$ (705 Millionen US\$) zugesagt habe. Diese Mittel sollen in verschiedene Initiativen fließen, darunter die von Premierminister Matthew Wale (Salomonen) vorangetriebene Politik der kostenlosen Bildung, Verbesserungen im Visumbereich und Sicherheitshilfe.

Wale, der im Mai 2026 nach dem Sturz des ehemaligen Premierministers Jeremiah Manele durch ein Misstrauensvotum sein Amt antrat, hat die Salomonen wieder auf ihre traditionellen Partner Australien und die Vereinigten Staaten ausgerichtet, nachdem sich der südpazifische Staat unter seinen Vorgängern jahrelang eher China angenähert hatte.

Die Salomonen hatten 2019 ihre diplomatische Anerkennung von Taiwan auf China verlagert und 2022 ein weitreichendes Sicherheitsabkommen mit Peking unterzeichnet, was Befürchtungen auslöste, das Land könnte zu einem strategischen Stützpunkt für China im Südpazifik werden. Australien hat seitdem daran gearbeitet, seine Beziehungen zu den Salomonen und anderen südpazifischen Staaten wieder aufzubauen, um Chinas wachsendem Einfluss in der Region entgegenzuwirken, und in den letzten Jahren eine Reihe von Sicherheits- und Entwicklungsabkommen unterzeichnet.

Wale hatte sich im Juni in Canberra mit dem australischen Premierminister Anthony Albanese getroffen und dort vereinbart, Verhandlungen über einen neuen umfassenden Vertrag aufzunehmen.

(<https://mainichi.jp/english/articles/202>

60908/p2g/00m/0in/037000c 08.09.26,
<https://www.scmp.com/>)

Neues Forschungsprojekt zu Süßkartoffeln

Die Regierung der Salomonen hat ein fünfjähriges, von Japan unterstütztes, Agrarforschungsprojekt ins Leben gerufen, das darauf abzielt, die nationale Ernährungssicherheit durch verbesserte Produktionssysteme für Süßkartoffeln und ein optimiertes Setzlingsmanagement zu stärken (*Implementation of a Comprehensive Sweet Potato Seedling Management System for National Food Security*).

Die Initiative ist Teil des Programms „*Science and Technology Research Partnership for Sustainable Development*“ (SATREPS), einem von der japanischen Regierung unterstützten Rahmenprogramm zur Förderung internationaler Forschungskooperationen zur Bewältigung globaler Herausforderungen.

Das Forschungsprojekt wird gemeinsam vom MALD (*Ministry of Agriculture and Livestock Development*) und der Nationalen Universität der Salomonen zusammen mit den japanischen Partnerinstitutionen durchgeführt.

Die am Projekt beteiligten Forscher*innen werden sich auf die Verbesserung der Setzlingsmanagementsysteme, Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung, Anbaumethoden, die Erforschung genetischer Ressourcen und die Entwicklung zertifizierter, virusfreier Setzlinge für Süßkartoffeln konzentrieren.

Süßkartoffeln gehören nach wie vor zu den wichtigsten Grundnahrungsmitteln der Salomonen, insbesondere in ländlichen Regionen.

Daher ist das Projekt für die nationale Nahrungsmittelversorgung und die Lebensgrundlagen der ländlichen Bevölkerung von strategischer Bedeutung.

Info: Das Süßkartoffelprojekt wird durch die „*Japan International Cooperation Agency*“ (JICA) und das SATREPS-Programm finanziert; die Durchführung ist für den Zeitraum von April 2025 bis März 2030 vorgesehen. (<https://solomons.gov.sb/launch-of-satreps-project-implementation-of-a-comprehensive-sweet-potato-seedling-management-system-for-national-food-security/>)

Neue Direktverbindung nach Port Moresby

Die regionale Fluggesellschaft *Solomon Airlines* hat vom Verkehrsministerium von Papua-Neuguinea eine internationale Luftverkehrslizenz erhalten und kann nun Direktflüge von Honiara nach Port Moresby, der Hauptstadt von Papua-Neuguinea, anbieten.

Die Lizenz wurde am 12. Juni 2026 im Rahmen einer feierlichen Zeremonie vom neuguineischen Verkehrsminister, Matthew Wowoni, offiziell an den Hochkommissar der Salomonen in Papua-Neuguinea, William Soaki, überreicht, der das Dokument im Namen der *Solomon Airlines* entgegennahm.

In seiner Rede begrüßte Hochkommissar Soaki die Erteilung der Lizenz und bezeichnete sie als eine zeitgemäße Entwicklung angesichts der wachsenden Reisenachfrage zwischen den beiden melanesischen Ländern. „*Diese Flugverbindung ist nicht nur für die Mobilität unserer Bürger von strategischer Bedeutung, sondern auch für die Förderung von Handel, Tourismus und Investitionen*“, sagte er. (*Pacific Business Review* 16.06.26)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Dr. Klaus Schilder, Leiter der Misereor Dialog- und Verbindungsstelle Ozeanien, in Suva]

Neue Parteien auf der Bildfläche

„NextGen Alliance Fiji“ ist die zweite neue Partei, die sich vor den bevorstehenden Wahlen formiert hat. Anlässlich der Gründungsversammlung der Partei sagte der Parteichef Apisai Moce, Fidschi brauche keine weitere politische Partei, sondern eine Regierung, die die Interessen der Menschen vor die Politik stelle. *„Regierungen haben gewechselt. Die Politik hat sich geändert. Dennoch kämpfen viel zu viele normale Familien Jahr für Jahr weiterhin mit denselben Problemen“*, sagte Moce. Er erklärte, Eltern hätten weiterhin mit steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen, junge Menschen würden Fidschi auf der Suche nach besseren Chancen verlassen, während Landwirte, Lehrkräfte und Gesundheitspersonal weiterhin unter Druck stünden. Viele ländliche Gemeinden warteten immer noch auf bessere Straßen, eine zuverlässige Wasserversorgung, verbesserte Gesundheitsdienste und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten.

Er umriss die Prioritäten der Partei als gute Regierungsführung, stärkere Familien, hochwertige Bildung, zugängliche Gesundheitsversorgung, sicherere Gemeinden, sinnvolle Arbeitsplätze, wohlhabende Landwirte und moderne Infrastruktur. Ein Parteiprogramm liegt aber noch nicht vor.

Eine alte neue Partei ist zurück

Die zweite Anfang August neu gegründete Partei „People First Party“ kündigte an, ihr Wahlprogramm im Rahmen landesweiter

Konsultationen auszuarbeiten. Der Parteichef und Oppositionsführer Inia Seruiratu erklärte, die Ansichten und Prioritäten der einfachen Fidschianer*innen würden die Politik der Partei prägen. Der Parteichef positioniert seine Partei als Alternative zur derzeitigen fidschianischen Führung und verurteilt die jüngsten politischen Kehrtwenden und öffentlichen Machtkämpfe als Beweis dafür, dass die demokratischen Standards gesunken sind. *„Das Vertrauen ist damit geschwunden, und in diese Lücke tritt diese Partei – mit einer Satzung, die uns strukturell an den Standard bindet, dessen Einhaltung wir von der Regierung fordern“*, erklärte er bei der Parteigründung in Nadi.

Die neue Partei wird vor allem von indo-fidschianischen Wähler*innen unterstützt und baut auf vier Schlüsselbereiche: Integrität, Beteiligung der Basis, Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht. Sie tritt die Nachfolge der inzwischen aufgelösten Partei *FijiFirst* des ehemaligen Premiers Frank Bainimarama an. *FijiFirst* hatte über Jahrzehnte die Geschicke der Politik im Inselstaat bestimmt, war wegen Verstößen gegen das Parteiengesetz aber vollständig aufgelöst worden. Einige der *FijiFirst*-Abgeordneten führten ihre Mandate zunächst als fraktionslose Mitglieder mit eingeschränkten Rechten weiter, wechselten später zu *People First*.

Insgesamt wurden knapp 30 geplante Parteinamen registriert. Auf der Liste stehen unter anderem die „Fiji Constitutional Conservative Party“, die „Liberation of Fiji Party“, „Transparency Under System Transformation“ (TRUST), die „National Greens Party“ und die „Theocracy of Nation“.

In Fidschi gibt es derzeit 11 registrierte politische Parteien. Drei davon – die „*People's Alliance*“, die „*National Federation Party*“ (NFP) und die „*SODELPA*“ – bilden die gegenwärtige Koalitionsregierung.

Der Wahltermin rückt näher

Es wird erwartet, dass sich in den kommenden Monaten weitere Parteien konstituieren werden, während sich Fidschi auf eine der am härtesten umkämpften Wahlen des Landes vorbereitet. Die Wahl muss laut Verfassung im Zeitfenster zwischen dem 24. Juni 2026 und dem 6. Februar 2027 stattfinden, ein konkreter Wahltermin stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest.

Mit 723.000 registrierten Wahlberechtigten könnte die Wahlbeteiligung so hoch sein wie zuletzt 2014, ein Anstieg von etwa 22 Prozent. Das geltende Wahlrecht ist auch abhängig davon, ob eine Verfassungsreform vor den Wahlen durchgeführt wird (s.u.).

(Fiji Sun 30.07.26)

<https://fijisun.com.fj/news/politics/next-gen-alliance-launches-with-promise-to-put-people-before-politics>; FBCNews 03.08.26

<https://www.fbcnews.com.fj/news/fijian-will-shape-people-first-party-manifesto-seruiratu/>

Bericht zur Verfassungsreform vorgelegt

Eine siebenköpfige Kommission, die zur Überprüfung der fidschianischen Verfassung von 2013 eingerichtet wurde, hat dem Präsidenten Ratu Naiqama Lalabalavu am 31. August ihren mit Spannung erwarteten Abschlussbericht vorgelegt. Die „*Constitutional Reform Commission*“ (CRC) der fidschianischen Regierung nahm ihre Arbeit Mitte März 2026 offiziell auf. Sie hatte die Aufgabe, landesweite

öffentliche Konsultationen durchzuführen, Stellungnahmen zur Verfassung entgegenzunehmen und auszuwerten sowie dem Präsidenten, dem Kabinett und schließlich dem Parlament Empfehlungen zu unterbreiten. Vorausgegangen waren monatelange landesweite Konsultationen und Gespräche, in deren Verlauf die Kommission durch ganz Fidschi reiste, um direkt die Sicht von Gemeinden, Dörfer, Organisationen und andere Interessengruppen zur verfassungsrechtlichen Zukunft des Landes zu hören.

Seit der Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich im Jahr 1970 hat Fidschi bereits vier nationale Verfassungen verabschiedet: 1970, 1990, 1997 und die Verfassung von 2013 der Regierung unter Frank Bainimarama. Die geltende Verfassung wurde insbesondere von indigenen Fidschianer*innen und mehreren prominenten iTaukei-Führern (indigenen Führern) als „*gegen die indigene Bevölkerung gerichtet*“ kritisiert, darunter auch vom Großen Rat der Häuptlinge des Landes, der die Verfassung von 2013 einstimmig abgelehnt hat.

Befürworter der Verfassung von 2013 argumentieren jedoch, sie habe die auf der ethnischen Zugehörigkeit basierenden Wählerverzeichnisse abgeschafft und damit eine gleiche Staatsbürgerschaft für alle ethnischen Gesellschaftsgruppen geschaffen. Letztlich spiegelt der Streit um die Verfassung auch die spannungsgeladene Suche nach nationaler Einheit in Fidschi wider.

Der 232-seitige Bericht „Ein Wahlsystem für das Volk, vom Volk“ empfiehlt der Regierung umfassende Verfassungsreformen, darunter die Rückkehr zu einem Zweikammersystem

(Bikameralismus) mit Unter- und Oberhaus (Senat), der Wiedereinsetzung des Großen Rates der Häuptlinge in die Verfassungsstruktur (*Bose Levu Vakaturaga*), der Wiedereinsetzung der Kommission zur Aufsicht über Beamte und staatliche Dienstleistungen sowie nicht zuletzt die Schaffung eines zukunftsorientierter Rechtsrahmens, der die Multiethnizität Fidschis anerkennt und damit das friedliche Zusammenleben fördert. Darüber hinaus schlägt der Bericht die Einführung von Amtszeitbeschränkungen und eines obligatorischen Ruhestandsalters für den Premierminister von Fidschi vor. Eine weitere Empfehlung zielte darauf ab, zu verhindern, dass Änderungen des Wahlrechts im Jahr vor dem spätestmöglichen Termin für eine Parlamentswahl in Kraft treten, um die Integrität der Wahl nicht zu gefährden.

25 der 71 Sitze im Parlament sollen den Vorschlägen zufolge für Frauen reserviert sein, und dann mit einem Parlamentsanteil von etwa 35 Prozent das Ziel der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) übertreffen. Heftigen öffentlichen Streit gab es darüber, ob in der Verfassung das Christentum zur Staatsreligion erklärt werden sollte, oder ob Fidschi ein säkularer Staat bleibt. Der Rat der Kirchen von Fidschi (*Fiji Council of Churches* - FCC), der über 30 Kirchenleitende vertritt, argumentierte (mehrheitlich gegen die Position der Methodistischen Kirche, der etwa ein Drittel der Fidschianer*innen angehören), dass die Trennung von Kirche und Staat entscheidend sei, um das Recht auf Religionsfreiheit zu schützen und die unabhängige Stimme der Kirche in Menschenrechtsfragen zu wahren. Premier Rabuka machte deutlich, dass die

Erklärung eines christlichen Staates das Land noch lange nicht christlich mache und versicherte den Minderheiten der indo-fidschianischen Hindus, Muslime und Sikhs, dass ihre Sicherheit, ihre Freiheit und ihr Platz in Fidschi auch in der neuen Verfassung uneingeschränkt geschützt blieben.

Die Misereor-Partnerorganisation „*Social Empowerment Education Programme*“ (SEEP) hat die mangelnde Transparenz bei der Übergabe des CRC-Berichts und des Entwurfs für ein Verfassungsänderungsgesetz kritisiert. Die Organisation ist der Ansicht, dass alle Bürger*innen die Möglichkeit erhalten müssen, sich an der Umsetzung der Empfehlungen zu beteiligen. Dazu gehören junge Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen, Gemeindegruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen, traditionelle Führer, religiöse Organisationen, Arbeitnehmer, Unternehmen und andere Mitglieder der Gesellschaft. „*Die Menschen können sich nicht sinnvoll an Entscheidungen beteiligen, die ihre Zukunft betreffen, wenn sie keinen Zugang zu den Informationen haben. Nur so kann es einen offenen, transparenten und inklusiven Prozess geben, in dem jeder Fidschianer die Möglichkeit hat, die Diskussion über unsere verfassungsrechtliche Zukunft zu verstehen und dazu beizutragen*“, sagte Geschäftsführerin Chantelle Khan.

SEEP fordert zudem von der Regierung die Veröffentlichung des Berichts. „*Es geht hier nicht darum, ob die Regierung die Empfehlungen des CRC annimmt oder ablehnt. Vielmehr ist SEEP der Ansicht, dass die Menschen zunächst die Möglichkeit erhalten sollten, den vollständigen Bericht einzusehen und die Empfehlungen zu verstehen, bevor sie sich eine eigene*

Meinung bilden“, fügte sie hinzu. Der vollständige Bericht ist noch nicht öffentlich zugänglich. Premierminister Rabuka hat angekündigt, den Bericht nach der Kabinettsbefassung im Internet zu veröffentlichen, bevor sich das Parlament weiter damit befasst.

Die Übergabe des CRC-Berichts war ein wichtiges nationales Ereignis, aufgrund dessen der Premierminister nicht am zeitgleich stattfindenden 55. Treffen der Staats- und Regierungschef der Pazifikstaaten teilnehmen konnte. KritikerInnen warfen Rabuka daraufhin vor, dass er aufgrund des politischen Drucks aus China seine Teilnahme am 55. PIF-Treffen abgesagt hätte, bei dem es zu einem Streit um die Teilnahme der Delegation aus Taiwan kam. Fünf Regierungschefs waren dem Treffen in Palau ferngeblieben, was von BeobachterInnen als Ausdruck des wachsenden politischen Einflusses Chinas gewertet wurde.

(FBC News 30.06.26

<https://www.fbcnews.com.fj/news/fiji-council-of-churches-rejects-calls-for-christian-state/>; RNZ 31.8.2026 <https://www.rnz.co.nz/news/pacific/1195226/fiji-constitution-review-report-set-to-be-handed-to-president>; Mai TV 02.09.26 <https://maitv.fiji.com/crc-report-kept-me-from-pif-rabuka/>; Facebook 03.09.26 https://www.facebook.com/story.php?story_fbid=1390846526470712&id=100066361343238&mbextid=wwX-lfr&rid=SFCSvK67qUU56UJs#; Fiji Times 12.09.26 <https://www.fiji-times.com.fj/25-seats-proposed-for-women-report/> und PMs face limit)

USA verhängen permanente Visa Bonds gegen Fidschi

Für fünf pazifische Inselstaaten soll dauerhaft eine Visumbürgschaftspflicht der Vereinigten Staaten fortbestehen. Staatsangehörige aus Fidschi, Papua-Neuguinea, Tonga, Tuvalu und Vanuatu

müssen demnach bis zu 20.000 US-Dollar hinterlegen, um als vorübergehende Besuchende in die USA einreisen zu dürfen. Das US-Außenministerium hat bestätigt, dass es sein „*Visa Bond Pilot Program*“ dauerhaft einführen wird. Die Trump Regierung hatte das Visumbürgschaftsprogramm Ende August 2025 ins Leben gerufen, um gegen Personen vorzugehen, die sich nach Ablauf ihres Visums illegal in den USA aufhalten.

Im Rahmen des Pilotprogramms waren zunächst Kautionen in Höhe von 5-15.000 US-Dollar vorgeschrieben. Die endgültige Regelung erfordert nun eine Kaution in Höhe von 5.000 US-Dollar, die maximal auf 20.000 US-Dollar erhöht werden kann.

Die Kautionen haben sich laut der US-Regierung als „*wirksames Instrument zur Verringerung der Zahl der Personen, die ihre Aufenthaltsdauer überschreiten*“ erwiesen. Menschenrechts- und Bürgerrechtsverteidiger*innen haben die Maßnahme jedoch kritisiert und argumentiert, sie könne legitime Reisen erschweren und zusätzliche finanzielle Hürden für Besuchende aus den betroffenen Ländern schaffen.

Der fidschianische Politikexperte Jope Tarai sagte, das Programm spiegele eine einwanderungsfeindliche Stimmung wider, die andere Teile der Welt für die Bewohner*innen der Pazifikinseln attraktiver machen könnte. „*Einer dieser Orte für Inhaber eines fidschianischen Reisepasses ist China*“, sagte er. „*Die Einreise dort ist visumfrei, was in den betroffenen Staaten enorme Auswirkungen auf die „soft power“ Machtbalance der beiden großen konkurrierenden Mächte haben dürfte.*“

Fidschi hat eine große Diaspora in den USA, der etwa 54.000 Menschen angehören. Laut offiziellen US-Zahlen weist das Land jedoch mit nur 3,95 Prozent eine relativ geringe Quote an Personen auf, die ihre Aufenthaltsgenehmigung überschreiten. Für Familien, Studierende und Kleinunternehmer*innen könnten Reisen künftig möglicherweise unerschwinglich werden.

Fidschi drängt auf Abschaffung der Visumbürgschaft

Am Rande des 55. Gipfeltreffens des Pazifik-Insel-Forum in Palau drängte der fidschianische Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, Sakiasi Ditoka, bei bilateralen Gesprächen mit dem stellvertretenden US-Außenminister Christopher Landau auf Abschaffung der Bürgschaftspflicht. Fidschi hat vorgeschlagen, gemeinsam mit den USA eine technische Arbeitsgruppe einzurichten, um einen Weg zur schrittweisen Abschaffung der für fidschianische Staatsangehörige geltenden Bürgschaftspflicht zu ebnen. Ditoka erklärte, Fidschi sei entschlossen, konstruktiv mit US-Beamten zusammenzuarbeiten, um Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Visabestimmungen auszuräumen und klare Maßstäbe zu ermitteln, die eine Überprüfung der Anforderung unterstützen könnten.

(RNZ 03.08.26

https://www.rnz.co.nz/news/pacific/870865/five-pacific-states-face-permanent-us-visa-bond-requirement?fbclid=IwZnR-zaATfg7RwZG9mBWZkaWQWUL5v6y4EnhA3Z7FpD-BkcjAsOPy8e2V4dG4DYWVtAjEx-AHNYdGMGYXBwX2lkCjY2Mjg1NjgzNzkaAR7pvVip3m2djxWBJgpxKxv-OT-QVGx9JB8xrWxFsOPNAYEUqeEJRa2LSOgqR8g_aem_iwmLyk7cfB38qJ8xLTRA_AFijiSun02.09.26 <https://fijisun.com.fj/news/nation/fiji->

pushes-for-removal-of-us-visa-bond)

Millionenschwere Aufräumaktion im Hafen

Fidschi hat eine 1 Million US-Dollar teure Initiative gestartet, um 17 verlassene Schiffe aus dem Hafen von Suva zu entfernen. Damit will die Regierung die Sicherheit im Seeverkehr verbessern, die Meeresumwelt schützen und die Verantwortung für die verlassenen Schiffe übernehmen.

Die Initiative, die vom „*Captain Johnathan Smith Fund*“ finanziert wird, konzentriert sich auf die Entfernung der Schiffe und fördert gleichzeitig rechtliche und regulatorische Reformen, um das Zurücklassen von Schiffen in Zukunft zu verhindern.

Bei der Vorstellung der Initiative erklärte Fidschis Premierminister Sitiveni Rabuka, es gehe nicht lediglich darum, alte Schiffe aus dem Hafen zu entfernen, sondern darum, die umfassenderen ökologischen, maritimen und wirtschaftlichen Funktionen des Hafens zu stärken. *„Es geht darum, die Gesundheit und Funktionsfähigkeit unseres Hafens wiederherzustellen, unsere Meeresumwelt zu schützen, die Sicherheit im Seeverkehr zu verbessern, die Rechenschaftspflicht zu stärken und sicherzustellen, dass die Last der zurückgelassenen Schiffe nicht weiterhin auf der Regierung, den Gemeinden und künftigen Generationen lastet.“*

Nach Angaben der Regierung stellen verlassene Schiffe Risiken für die Schifffahrt und die Meeresökosysteme dar; sie können Wasserstraßen blockieren, Schadstoffe einbringen, Küstenlebensräume schädigen und die Fischerei sowie andere Nahrungsquellen beeinträchtigen, auf die

Küstengemeinden angewiesen sind. Im Hafen von Suva rosteten zuletzt 28 Schiffe vor sich hin, die zumeist chinesischen Fischereunternehmen gehören.

Das Projekt bringt über einen *Gemeinsamen Ausschuss für Seeverkehr und Rechtsdurchsetzung* mehrere Regierungsbehörden zusammen, darunter das Ministerium für Umwelt und Klimawandel, das Ministerium für öffentliche Arbeiten, den Wetterdienst und das Verkehrsministerium, die Behörde für Seeverkehrssicherheit von Fidschi sowie die *Fiji Ports Corporation Limited*. Die Beseitigung der Schiffe allein wird das Problem nicht lösen. Die Besitzer der Fangschiffe müssen auch für deren ordnungsgemäße Verwaltung, Instandhaltung und letztendliche Entsorgung verantwortlich sein.

Die Entsorgung im Hafen geht daher mit gesetzlichen Veränderungen einher. So soll eine verpflichtende Havarie- und Umweltschutzversicherung eingeführt werden. Im Falle einer Insolvenz deckt die Versicherung automatisch die Kosten für die Entfernung aus dem Hafen und die Beseitigung von Ölverschmutzungen ab. Zudem sollen ausländische Fischereunternehmen Kautionen leisten, bevor sie eine Hafenzulassung oder Fanglizenzen erhalten. Wird ein Schiff verlassen, nutzt die Regierung die Bürgschaft, um die Kosten für das Versenken oder Abschleppen zu decken.

Die *Maritime Safety Authority of Fiji* (MSAF) führt zudem eine 20-jährige Altersgrenze für Schiffe wieder ein. So soll verhindert werden, dass internationale Unternehmen billige, ausgediente „Rostlauben“ kaufen und diese im Hafen von Suva entsorgen, wenn

sie ausfallen. Schließlich wird auch die Unternehmenshaftung verschärft: Bislang werden bei Sicherheitsverstößen ausschließlich der Schiffskapitän oder der Chefingenieur zur Verantwortung gezogen. Neue gesetzliche Änderungen machen die Unternehmensinhaber direkt haftbar für Gesetzesverletzungen. (*Pacific News Service 19.08.26* https://pina.com.fj/2026/08/19/derelict-vessels-threaten-suva-harbour-as-fiji-begins-us1m-clean-up/?doing_wp_cron=1788315532.0352730751037597656250)

Streit um neue Tourismus-Steuer entschärft

Die Regierung hat Schritte unternommen, um den Streit mit der Tourismusbranche über die Einführung der fünfprozentigen Tourismusdienstleistungssteuer beizulegen, und bestätigt, dass die Steuer nur für neue Buchungen gilt, die ab dem 1. September 2026 getätigt werden.

Der stellvertretende Premierminister und Minister für Tourismus und Zivilluftfahrt, Viliame Gavoka, erklärte, dass diese Entscheidung den anhaltenden Streit zwischen der Regierung und der lokalen Tourismusbranche beenden dürfte. Gavoka sagte, dass Besucher*innen, die ihren Urlaub auf Fidschi bereits gebucht haben, von der 5-prozentigen Steuer nicht betroffen sein werden. Er betonte, dass die Regierung *Fiji Airways* unterstützen wolle und gleichzeitig sicherstellen wolle, dass Besuchende, die ihre Buchungen vor Einführung der Steuer vorgenommen haben, nicht mit unerwarteten Zusatzkosten konfrontiert werden.

Die Ankündigung folgt auf Bedenken der Fidschi-Hotel- und Tourismusvereinigung, dass die

Anwendung der Steuer auf bestehende Buchungen dem Ruf Fidschis schaden und dazu führen könnte, dass Besuchende ihre Urlaube stornieren.

Gavoka fordert nun Besucher, die ihren Urlaub auf Fidschi bereits gebucht haben, nachdrücklich auf, nach Fidschi zu kommen, und versichert, dass ihnen für diese bestehenden Buchungen keine fünfprozentige Steuer berechnet wird. Er sagte, der Fokus solle nun wieder auf das Wachstum der Tourismusbranche Fidschis gerichtet werden.

Gavoka erklärte, Fidschi habe sowohl im Juni als auch im Juli mehr als hunderttausend Besucher verzeichnet, und bezeichnet die Ergebnisse als phänomenal. Er sagte weiter, der Tourismus sei weiterhin ein wichtiger Motor für Fidschis Wirtschaft, während Fidschi nach wie vor eines der begehrtesten Reiseziele im Pazifik sei.

Die Entscheidung der Regierung bedeutet, dass die fünfprozentige Tourismusdienstleistungssteuer ab dem 1. September 2026 für neue Buchungen gilt, nicht jedoch für Urlaube, die bereits vor der Ankündigung der Steuer gebucht wurden. Gavoka sagte, die Klarstellung solle die Angelegenheit nun endgültig klären und das Vertrauen der Besucher sowie der Tourismusbranche wiederherstellen. (26.08.26 Fiji One <https://fijionenews.com.fj/government-resolves-tst-dispute-tax-to-apply-only-to-new-bookings/>)

Gesetz gibt iTaukei mehr Kontrolle über Meeresnutzung

Das Parlament in Suva hat am 23. August 2026 einen Gesetzentwurf zur kommerziellen Nutzung von Meeresgebieten verabschiedet

(*Commercial Use of Marine Areas*, kurz CUMA) und damit den Rahmen für die kommerzielle touristische Nutzung des Meeres neu festgelegt. Dem Entwurf zufolge sollen die Eigentumsrechte an Meeresgebieten, die kommerziell genutzt werden, an die jeweiligen traditionellen indigenen Besitzer (iTaukei) zurückfallen. Die Bainimarama-Regierung hatte seinerzeit mit dem Gesetz zur Regulierung von Surfgebieten touristisch wichtige Surfreviere wie das weltberühmte Cloud Break vor der Küste von Tavarua und Namotu zur kommerziellen Nutzung freigegeben. An der jetzigen Novellierung waren Ressourcenbesitzer, Tourismusunternehmen, Surfende und andere Interessengruppen beteiligt.

Bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs im Parlament erklärte der stellvertretende Premierminister und Minister für Tourismus und Luftfahrt, Hon. Viliame Gavoka, dass die Reform die Meeresnutzung modernisieren und die Beteiligung indigener Gemeinschaften am Tourismussektor stärken werde. Für eine Eigentumsübertragung ist erforderlich, dass die Fischereikommission das beanspruchte Gebiet überprüft, die traditionellen Eigentümer ermittelt, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen bewertet sowie bestehende Unternehmen und andere Interessen anhört. Damit solle ein fairer Interessenausgleich zwischen den Tourismusinvestoren und den traditionellen indigenen Eigentümer hergestellt werden. Gavoka erklärte, die Regierung versuche, ein Gleichgewicht zwischen traditionellem Eigentumsrecht, Investitionen, öffentlichem Zugang und der Gesamtwirtschaft herzustellen. Daher sähe der Entwurf auch Entschädigungsregelungen vor.

Kritiker und Tourismusunternehmen hingegen haben Bedenken hinsichtlich möglicher Gebühren für Weltklasse-Surfspots, zunehmender Rechtsunsicherheiten für ausländische Investitionen und einer Bevorzugung indigener Fidschianer*innen geäußert.

Der indo-fidschianische Oppositionsabgeordnete Virendra Lal, Partei *People First*, kritisierte den Gesetzentwurf scharf und warnte davor, den Zugang gewöhnlicher Fidschianer*innen zu den Stränden weiter einzuschränken. Bereits jetzt würden öffentliche Küstenabschnitte, in denen sich fidschianische Familien erholen könnten, zunehmend verschwinden. „Es schmerzt mich zutiefst, daran zu denken, dass wir auf eine Zukunft zusteuern, in der Menschen einem privaten Hotel Geld zahlen müssen, nur um einen Strand betreten zu dürfen.“

Der Entwurf muss noch vom Präsidenten genehmigt und im Amtsblatt veröffentlicht werden, um in Kraft zu treten.

(RNZ 24.08.26

[https://www.rnz.co.nz/news/pacific/1097160/fijian-lawmakers-repeal-bainimarama-era-surfing-law-despite-opposition-criticism?fbclid=IwZnR-zaAT6OB-](https://www.rnz.co.nz/news/pacific/1097160/fijian-lawmakers-repeal-bainimarama-era-surfing-law-despite-opposition-criticism?fbclid=IwZnR-zaAT6OB-VwZG9mBWZkaWQWUNKTzmgCX0UX2tL4k2q6YU5Kq3ONbWV4dG4DYWVtAjExAHNydgMGYXBwX2lkCjY2Mjg1NjgzNzKAAR7FZ-exYJDOTFc30dWd77O-IKGTfY_X-SKOa9KsKkoP9xWsotw6l1rks1NDMw_aem_cFF24KptfXjhXgPhn2mKSQ; FBCNews 20.08.26)

[VwZG9mBWZkaWQWUNKTzmgCX0UX2tL4k2q6YU5Kq3ONbWV4dG4DYWVtAjExAHNydgMGYXBwX2lkCjY2Mjg1NjgzNzKAAR7FZ-exYJDOTFc30dWd77O-IKGTfY_X-SKOa9KsKkoP9xWsotw6l1rks1NDMw_aem_cFF24KptfXjhXgPhn2mKSQ; FBCNews 20.08.26](https://www.fbcnews.com.fj/news/new-marine-law-could-change-how-fijians-use-beaches/)

<https://www.fbcnews.com.fj/news/new-marine-law-could-change-how-fijians-use-beaches/>)

Google im Streit mit Landbesitzer*innen

Während Google in Natadola ein neues millionenschweres IKT-Rechenzentrum und einen Kabelknotenpunkt errichtet, wachsen in

Fidschi die Bedenken darüber, wer von diesen Investitionen profitiert und wer die Kosten trägt.

Dr. Suliasi Vunibola, Dozent an der *Lincoln University* in Christchurch (Neuseeland), warnte, dass der Pazifik zu einer neuen Ressourcenfront für globale Technologieunternehmen werden könnte, sofern die Inselstaaten nicht gemeinsam handeln, um ihr Land, ihr Wasser, ihre Energie und ihre Meeresressourcen zu schützen. Das geplante Rechenzentrum bringe keine wirtschaftliche Entwicklung, es sei klassische Ausbeutung von Ressourcen.

Das Rechenzentrum im Distrikt Malomalo soll an Unterseekabel angeschlossen werden, die Fidschi mit Australien, den Vereinigten Staaten, Guam und anderen Standorten im Pazifik verbinden. Fidschi könnte so in den Mittelpunkt eines wachsenden regionalen digitalen Netzwerks rücken, das die einheimische Wirtschaft ankurbeln würde.

Vunibola hingegen beschreibt das Projekt als potenzielles „Trojanisches Pferd“ für ein viel größeres, noch zu bauendes, Hyperscale-Rechenzentrum, das riesige Mengen an Strom, Wasser und Land beanspruchen würde. „Anstatt einfache passive Anlandungspunkte zu sein, entwickeln sich diese Anlagen zu aktiven, hochleistungsfähigen integrierten Rechenzentrum, die darauf ausgelegt sind, die internationalen Anforderungen von auf Cloud und KI-Lösungen basierter Wirtschaft zu erfüllen.“

Kritik gibt es auch vor Ort. Bezirksvertreter fordern mehr Transparenz hinsichtlich des Projekts und seiner möglichen Auswirkungen auf die Meeresressourcen. Der Bezirksvertreter Emoni Rokomoce erklärte, die Gemeinde sei besonders besorgt über Kabel, die vom

Strand zur Baustelle verlegt werden sollen. „Unsere Sorge ist, wie sich diese Eingriffe auf unsere natürlichen Ressourcen auswirken wird, insbesondere auf das Meer und die Meeresfauna.“

Mosese Volavola, Vertreter des „*Nadroga Navosa Resource Owners Committee*“, stellte zudem die Frage, wer letztendlich von der Anlage profitieren würde. Seine Sorge ist, dass die technologische Entwicklung schneller voranschreitet als die Schaffung der Vorschriften, die zum Schutz der pazifischen Gemeinden und Ressourcen erforderlich sind. „Wenn ein multinationales Technologieunternehmen ein Rechenzentrum an das Stromnetz von Fidschi anschließt, werden der Energieverbrauch und die damit verbundenen Emissionen im offiziellen CO₂-Register von Fidschi erfasst“, sagt er. „Stammt diese Energie aus fossilen Brennstoffen, könnte Fidschi ohne eigenes Verschulden einen Anstieg seiner nationalen Emissionen verzeichnen, was seine Glaubwürdigkeit in internationalen Klimaverhandlungen untergraben würde. Für Pazifikstaaten mit noch stärker ausgelasteten Stromnetzen könnten die Auswirkungen auf die Stromrechnungen der Haushalte verheerend sein.“

Kritik gibt es auch daran, dass die Grundstückseigentümer nicht umfassend über den Umfang des Projekts informiert worden seien. Landbesitzer seien im Genehmigungsverfahren nicht konsultiert worden.

Das *iTaukei Land Trust Board* (TLTB) hatte das Land ab dem 1. Januar 2025 an das *Natadola Bay Resort Ltd* (FNPF) mit einem 25-jährigen Unterpachtvertrag vergeben, der im Februar 2026 für das Google-Rechenzentrum an die *Staghorn Services Pte Ltd*

abgetreten wurde. „Das TLTB sollte das Land lediglich verpachten. Nach dem Verständnis der Ressourcenbesitzer handelte es sich um einen Pachtvertrag für touristische Zwecke.“ Das TLTB erklärte, im Mai und Juli 2025 seien im Dorf Sanasana zwei Konsultationssitzungen mit der FNPF und den betroffenen Landbesitzern stattgefunden, bei denen das Projekt und die Prämienzahlungen erörtert worden seien. Allerdings habe sich diese Konsultationen auf die betroffenen Landbesitzer*innen und das Dorf Sanasana beschränkt, während die Einbindung der breiteren Öffentlichkeit in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landfragen und der Provinzbehörde falle. Die Anlage in Natadola soll voraussichtlich Ende 2026 fertiggestellt werden. (*Fiji Times* 27.07.26 <https://www.fijitimes.com.fj/project-under-fire/>; PMN 12.8.2026 <https://pmn.co.nz/read/pacific-region/pacific-risks-becoming-big-tech-s-new-resource-frontier-academic-says>)

Wirtschaftswachstum trotz hoher Treibstoffkosten

Die fidschianischen Exporteure verzeichnen Wachstum: 72 Prozent erwarten für das kommende Jahr einen Anstieg der Exporteinnahmen. Die Finanzierung bleibt jedoch eine Herausforderung: 67 Prozent der Exporteure berichten von Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Finanzmitteln – ein deutlicher Anstieg gegenüber 49 Prozent im Jahr 2024 –, während hohe Betriebs- und Treibstoffkosten weiterhin das größte Hindernis für das Exportwachstum darstellen. Dies geht aus der von *Pacific Trade Invest Australia* bereits im März veröffentlichten „Pacific Islands Export Survey 2026“ hervor. Australien und Neuseeland bleiben Fidschis wichtigste

Exportmärkte, obwohl sich die Vereinigten Staaten als führendes Ziel für die zukünftige Expansion herauskristallisiert haben.

Im Bericht heißt es, dass Exporteure von der Regierung vor allem Unterstützung bei Zuschüssen, die Vermittlung von Kontakten zu ausländischen Käufern sowie Unterstützung bei Fracht und Logistik erwarten. Für die Autoren ist entscheidend, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln zu beseitigen, damit Unternehmen wieder mehr investieren, ihre Produktion ausweiten und die Chancen in bestehenden und neuen Märkten voll ausschöpfen können. Kamal Chetty, Geschäftsführer des regierungseigenen Investitionshubs „*Investment Fiji*“, erklärte, dass *Investment Fiji* seine Unterstützung gezielter ausrichten werde und damit sicherstellen möchte, dass seine Strategien den Bedürfnissen der Exporteure entsprechen. Chetty sagt, man werde diese Erkenntnisse nutzen, um gezielte Programme zu entwickeln, neue Finanzierungswege zu erschließen und Unternehmen mit wachstumsstarken Märkten wie Australien, Neuseeland und den Vereinigten Staaten zu vernetzen.

Regionaler Handel mit großer Bedeutung

Es zeigte sich außerdem, dass die Nutzung von regionalen Handelsabkommen für Fidschi eine herausragende Rolle spielt. Während 97 Prozent der Exporteure außerhalb des Tourismussektors unter mindestens ein Freihandelsabkommen fallen, geben 46 Prozent an, wirtschaftliche Vorteile daraus zu ziehen – fast doppelt so viele wie im pazifischen Durchschnitt.

Dem Bericht zufolge liefern das Handelsabkommen der Pazifikinseln (Pacific Island Countries Trade

Agreement), das Handelsabkommen der *Melanesian Spearhead Group* und das Südpazifische Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (SPARTECA) den größten gemeldeten Nutzen. Die Umfrage zeigt zudem, dass Fidschi auch im Bereich Digitalisierung stark abschneidet: 47 Prozent der Exporteure nutzen bereits künstliche Intelligenz, verglichen mit dem pazifischen Durchschnitt von 38 Prozent, während weitere 38 Prozent beabsichtigen, KI innerhalb des nächsten Jahres einzuführen. (*FijiVillage* 31.08.26

<https://www.fijivillage.com/business/72-of-fijian-exporters-expect-revenue-growth-despite-finance-challenges-162eb9/>)

VANUATU

Behörden ergreifen Maßnahmen gegen Mangel an Seeleuten

Der Mangel an qualifizierten Seeleuten aus Vanuatu hat die lokale Seeverkehrsbehörde dazu veranlasst, Ausbildungsprogramme zu verstärken und neue Wege für junge Menschen zu erschließen, um in die Schifffahrtsbranche einzusteigen.

Die *Vanuatu Maritime Safety Authority* (VMSA), das *Vanuatu Maritime College* (VMC) und andere Akteure bereiten zudem die Ernennung eines neuen Geschäftsführers für das *Maritime College* vor, der Reformen vorantreiben und die langfristige Personalentwicklung unterstützen soll.

Seeverkehrskommissar Hickson Siba erklärte, eine der Prioritäten sei die Verbesserung der maritimen Ausbildung, um internationale Standards zu erfüllen und die Zahl der in der Branche tätigen einheimischen Seeleute zu

erhöhen.

„Durch diese Verbesserungen werden unsere Seeleute in der Lage sein, die Anforderungen für die Arbeit auf internationalen Schiffen, inländischen Schiffen und ausländischen Schiffen unter der Flagge Vanuatus zu erfüllen. Derzeit sind nur wenige Ni-Vanuatu in diesem Sektor tätig“, bedauerte Siba.

„Viele Jahre lang waren wir bei der maritimen Ausbildung auf Stipendien aus dem Ausland angewiesen. Heute unterstützt die Regierung Stipendien, die es unseren Seeleuten ermöglichen, sich in Vietnam ausbilden zu lassen. Einige Studierende sind bereits dort, nachdem sie im letzten Jahr aufgebrochen sind,“ schilderte er. (VBTC 22.06.26)

Rechtsreformen zur Förderung des E-Commerce und des digitalen Handels geplant

Vanuatu hat eine umfassende Überprüfung seiner Gesetze und Vorschriften zum E-Commerce abgeschlossen und damit den Weg für Reformen geebnet, die darauf abzielen, die digitale Wirtschaft des Landes zu stärken und die Teilnahme an regionalen und globalen digitalen Märkten auszuweiten.

Die „*National E-Commerce Legislative Gap Analysis*“ (nationale Analyse der Rechtslücken im E-Commerce), die am 28. Mai 2026 während einer Sitzung des Nationalen Ausschusses für Handelsentwicklung vorgestellt wurde, skizziert einen Fahrplan für die Modernisierung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens Vanuatus für Online-Geschäfte und den digitalen Handel. Die Analyse identifizierte vorrangige Reformen in fünf Schlüsselbereichen: elektronische Transaktionen,

Datenschutz, Cybersicherheit, Verbraucherschutz und Telekommunikation.

Zu den Empfehlungen zählen die Aktualisierung der Gesetze zu elektronischen Transaktionen, um den papierlosen Handel und sichere digitale Signaturen zu erleichtern, eine strengere Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen zur Unterstützung grenzüberschreitender digitaler Dienste, eine verbesserte Koordination und Vorsorge im Bereich der Cybersicherheit sowie die Einführung von Verbraucherschutzvorschriften, die speziell auf den E-Commerce zugeschnitten sind.

Info: Die Bewertung wurde mit Unterstützung des britischen Commonwealth-Sekretariats durchgeführt und untersuchte, inwieweit die bestehenden Rechtsvorschriften den internationalen *Best Practices* entsprechen. Der Bericht soll als Leitfaden für künftige Gesetzesreformen dienen und die laufende Überprüfung der nationalen E-Commerce-Strategie und des Fahrplans der Regierung über das Jahr 2026 hinaus unterstützen. (*Pacific Business Review* 22.06.26)

Förderung der Widerstandsfähigkeit und des Wachstums

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat eine Kreditmöglichkeit („grant facility“) in Höhe von 10 Millionen US-Dollar genehmigt, die darauf abzielt, die Projektumsetzung zu stärken, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Umwelt- und Katastrophenrisiken zu erhöhen, die Entwicklung des Privatsektors zu fördern und das nachhaltige Wirtschaftswachstum in Vanuatu zu beschleunigen.

Mit diesem Kredit wird die „*Vanuatu Sustainable Economic Transformation Facility*“ eingerichtet, die erste Finanzierungsmöglichkeit der ADB für kleinere Ausgaben im Pazifikraum. Sie stellt flexible, sektorübergreifende Mittel bereit, um die Regierung dabei zu unterstützen, effektiver auf neue Entwicklungsherausforderungen zu reagieren.

Die ADB erklärte, die Fazilität werde die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ihrer Investitionen in Vanuatu verbessern und gleichzeitig die langfristigen Entwicklungsprioritäten des Landes unterstützen.

Eine erste Zuweisung in Höhe von 2,5 Millionen US-Dollar wird zur Stärkung der Kapazitäten der Projektmanagementstelle von Vanuatu sowie des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaftsmanagement verwendet. Die Mittel dienen der Unterstützung des Projekt- und Finanzmanagements, des Beschaffungswesens sowie von Schutzmaßnahmen und Überwachungssystemen, um die Umsetzung von Entwicklungsprojekten zu verbessern.

Die Fazilität wird zudem flexible Finanzmittel bereitstellen, um die Instandhaltung kritischer Infrastruktur und Dienstleistungen zu verbessern und schnelle Wiederaufbaumaßnahmen nach Naturkatastrophen zu unterstützen.

(*Vanuatu Daily Post* 26.06.26, <https://www.adb.org/news/adb-ap-proves-10-million-grant-facility-strengthen-resilience-and-economic-transformation-vanuatu>)

Neue App zur Herzgesundheit

Eine neue „HeartCare“-App bringt Gesundheitschecks direkt in die Gemeinden und soll damit eine der größten gesundheitlichen

Herausforderungen des Landes angehen. Die vom Gesundheitsministerium von Vanuatu mit Unterstützung der australischen Regierung und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eingeführte App ist das erste digitale Tool dieser Art im Pazifikraum.

Anstatt sich ausschließlich auf Kliniken und Krankenhäuser zu verlassen, werden geschulte Gesundheitshelfer aus der Gemeinde, Kirchenvertretende und Mitarbeitende in Nichtregierungsorganisationen ab sofort mit dem Handy in der Lage sein, Herzgesundheitsuntersuchungen dort durchzuführen, wo die Menschen leben, arbeiten und sich versammeln.

Laut Gesundheitsbehörden wird dieser Ansatz dazu beitragen, Risikopatient*innen viel früher zu identifizieren und sie an die medizinische Versorgung anzuschließen, bevor sie ernsthafte Gesundheitsprobleme entwickeln.

Nichtübertragbare Krankheiten (NCDs), insbesondere Herzerkrankungen, gehören zu den häufigsten Ursachen für den vorzeitigen Tod in Vanuatu. Schätzungen zufolge leidet fast jeder dritte Erwachsene an Bluthochdruck, doch nur etwa 15 Prozent wissen, dass sie daran leiden. Laut Gesundheitsbehörden sind sich viele Menschen ihrer Erkrankung erst dann bewusst, wenn sie einen Herzinfarkt oder Schlaganfall erleiden.

Die „HeartCare“-App soll dies ändern. Mithilfe eines Mobilfunkgeräts können geschulte Gesundheitsfachkräfte Blutdruck, Blutzuckerwerte, Cholesterin, Body-Mass-Index (BMI) und andere wichtige Gesundheitsdaten erfassen. Die App bewertet anschließend das Gesamtrisiko einer Person für Herz-Kreislauf-

Erkrankungen und kennzeichnet automatisch diejenigen mit mittlerem oder hohem Risiko, sodass das Gesundheitspersonal Folgebehandlungen veranlassen kann.

Durch den Ersatz von Papierunterlagen durch ein sicheres digitales System, das mit den nationalen Identifikationsnummern der Patient*innen verknüpft ist, wird die App den Gesundheitsdiensten zu dem helfen, Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg gezielt zu überwachen.

Hintergrund: Viele pazifische Inselstaaten haben die Papierakten bereits abgeschafft und nutzen nun elektronische Patientenakten, um die Patientenversorgung zu verbessern.

Jüngste regionale Untersuchungen ergaben, dass 86 Prozent der untersuchten Pazifikstaaten digitale Patientenakten in ihre öffentlichen Gesundheitssysteme eingeführt haben, was deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 47 Prozent liegt.

Länder wie Samoa, Fidschi, Tonga, Palau, Kiribati, Nauru, die Cook-Inseln und Niue nutzen bereits verschiedene digitale Plattformen zur Nachverfolgung der Patientenversorgung, insbesondere bei chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck und Herzerkrankungen.

Info: Die kostenpflichtige Heart-Care-App steht auch in Deutschland für Android- und IOS-Systeme zum Download zur Verfügung. (*Pacific Media News 03.07.26*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Reform für Ärzt*innen geplant

Mitte Juni haben die Regierungsmitglieder einen Gesetzentwurf zur Reform des Status der Krankenhausärzte verabschiedet. Der Text ist Teil der seit mehreren Monaten von der Regierung durchgeführten Bemühungen, die Attraktivität der öffentlichen Krankenhäuser wiederherzustellen, da die Schwierigkeiten bei der Personalbeschaffung seit zwei Jahren zunehmen.

Es mangelt landesweit insbesondere an Ärzten, Zahnärzten und Apothekern. Um deren Zuzug nach Neukaledonien zu erleichtern und eine sofortige Reaktion auf den hohen Personalbedarf der Krankenhäuser zu gewährleisten, sieht der Gesetzentwurf eine Übertragung der Zuständigkeit für die Ernennung und Verbeamtung von Krankenhausärzt*innen vor.

Diese Zuständigkeit, die derzeit noch bei der Regierung liegt, wird an die Krankenhausleitungen übertragen, die „damit die Laufbahnplanung ihrer Ärzte direkt und im Einklang mit ihrem Einrichtungskonzept gewährleisten werden, was sowohl die Einstellungsverfahren als auch die Mobilität des Personals erleichtern wird“, so die Regierung, die darin auch eine Entlastung ihrer Dienststellen vom Verwaltungsaufwand sieht.

Die wichtigste Reform des Gesetzentwurfs liegt jedoch woanders: Es geht um die Möglichkeit für Krankenhausärzt*innen, neben ihrer Tätigkeit im Krankenhaus eine freiberufliche Tätigkeit auszuüben. Das ist im Mutterland Frankreich bereits gängige Praxis.

Der Gesetzentwurf behält den Grundsatz der Ausschließlichkeit der Tätigkeit im Krankenhaus bei, für den er zwei Ausnahmeregelungen vorsieht: Die erste betrifft Krankenhausärzt*innen, die in Teilzeit (zwischen 50 % und 90 %) tätig sind; diese können mit Genehmigung der Einrichtung eine vergütete private Tätigkeit außerhalb ihrer Dienstpflichten ausüben, „sofern dadurch der ordnungsgemäße Betrieb der Abteilung nicht beeinträchtigt wird“. Sie dürfen somit eine Arztpraxis, eine Apotheke oder ein Analyselabor betreiben.

Die zweite Ausnahmeregelung betrifft Ärzt*innen, die zu mindestens 80 % im Krankenhaus tätig sind. Diese dürfen, sofern der Gesetzentwurf verabschiedet wird, eine freiberufliche Tätigkeit „innerhalb ihrer Zuweisungsklinik oder in einer anderen Gesundheitseinrichtung“ im Umfang von einem oder zwei halben Tagen pro Woche ausüben. Im Gegenzug sind sie verpflichtet, „eine Gebühr zum Ausgleich für die Nutzung der Ressourcen und des Personals des Krankenhauses“ zu entrichten. (*Les Nouvelles Calédoniennes 07.07.26*)

Auswirkungen des Nickelabbaus

Eine aktuelle Studie beleuchtet die Auswirkungen des Nickelabbaus auf die Küstenökosysteme Neukaledoniens.

Die in der Fachzeitschrift „*Communications Earth & Environment*“ veröffentlichten Forschungsergebnisse zeigen, dass die Mechanisierung des Bergbaus ab den 1950er Jahren zu einem starken Anstieg der Sedimenteinträge in die Thio-Lagune und zu einer Störung der mikrobiellen Ökosysteme geführt hat, die bis heute anhält.

Forschende des Meeresforschungsinstituts *Ifremer*, des „*Institut de recherche pour le développement*“ (IRD), der Universitäten der Westbretagne und der Stadt Bordeaux, des *Nationalen Zentrums für wissenschaftliche Forschung* sowie der Universität Tartu (Estland) haben die langfristigen Auswirkungen des Nickelabbaus auf die Küstenökosysteme der Gemeinde Thio an der Ostküste analysiert. Die Arbeiten sind Teil des *Projekts Ecomine*, das 2022 ins Leben gerufen wurde, um die Zusammenhänge zwischen Veränderungen der Landschaften und den Meeresökosystemen über den Eintrag aus Flüssen zu untersuchen.

Der Standort Thio wurde ausgewählt, da in seinem Einzugsgebiet nur geringe landwirtschaftliche und städtische Aktivitäten stattfinden, was es den Wissenschaftlern ermöglichte, die genauen Auswirkungen des Bergbaus besser zu isolieren. „*Jede Veränderung der Zusammensetzung dieses Teils der marinen Biodiversität kann Auswirkungen auf alle anderen Arten haben*“, erklärte Raffaele Siano, Forscher für Umweltgenomik am *Ifremer* und Leiter dieser Studie.

Um die Entwicklung der Lagenumgebung bei Thio nachzuvollziehen, untersuchten die Forschenden einen 2,26 Meter langen Sedimentkern, der 2022 einen Kilometer vor der Küste entnommen wurde. Die Probe deckt fast ein Jahrtausend Umweltgeschichte ab. Die Analysen konzentrierten sich auf die chemische Zusammensetzung der Sedimente, die Metallkonzentrationen, die Sedimentationsraten, die Foraminiferen-Gemeinschaften sowie die in den Sedimenten erhaltene alte DNA. Die Ergebnisse zeigen eine

allmähliche Veränderung der Sedimenteinträge seit Beginn des Bergbaus im Jahr 1875, mit einem deutlichen Bruch ab den 1950er Jahren. Dieser Zeitraum fällt mit der Mechanisierung des Nickelabbaus und einer Zunahme der Bodenerosion zusammen. Der Studie zufolge wurden zwischen 1950 und 1975 etwa 27 Millionen Tonnen Bergbauabfälle in das Einzugsgebiet des Flusses Thio gekippt.

„*Nach der Mechanisierung des Bergbaus haben sich sowohl die Sedimentationsraten als auch die Nickelkonzentration in der Lagune verfünffacht, und die mikrobielle Artenvielfalt hat sich drastisch verringert*“, stellte Mathisse Meyneng fest, Postdoktorandin am *Ifremer* und Spezialistin für Paläoökologie und Umweltgenomik.

Die Forschenden beobachteten in mehreren Proben aus dem Zeitraum von 1950 bis 1975 das vollständige Verschwinden bestimmter, gegenüber Umweltstörungen empfindlicher *Foraminiferen* (mikroskopisch kleine, meist einzellige Organismen). Gleichzeitig setzten sich tolerantere Mikroalgen wie die Gattung *Desmodesmus* durch, obwohl sie in älteren Sedimentschichten nicht nachgewiesen worden waren.

Die Studie zeigt zudem, dass die ab Mitte der 1970er Jahre umgesetzten Umweltschutzmaßnahmen dazu beigetragen haben, den direkten Sedimenteintrag durch den Bergbau zu verringern. Die Sedimentationsraten liegen jedoch weiterhin über den Werten, die vor der Aufnahme des Bergbaus beobachtet wurden.

„*Bestimmte mikrobielle Gemeinschaften haben den Lebensraum nach und nach wieder besiedelt – ein Zeichen für die Wirksamkeit*

der umgesetzten Bewirtschaftungsmaßnahmen –, ohne dass jedoch bislang die ursprüngliche Zusammensetzung wiederhergestellt werden konnte“, hieß es in der Studie.

Die Wissenschaftler*innen setzen nun ihre Untersuchungen fort, um die Ursachen für die auch heute noch beobachteten Sedimentationsraten zu ermitteln. Zu den untersuchten Faktoren zählen insbesondere Vegetationsbrände, die in der Region immer wieder auftreten und die Bodenerosion verstärken können.

Hier geht es zu der Studie: <https://www.nature.com/articles/s43247-026-03677-8>

(*Les Nouvelles Calédoniennes* 18.06.26)

Schaffung von Arbeitsplätzen in der Holzindustrie

Neukaledonien verfügt über reichhaltige Waldressourcen und anerkanntes Know-how in der Holzverarbeitung. Dennoch hat sich das Bauen mit einheimischem Holz noch immer nicht richtig durchgesetzt. Deshalb haben Fachleute aus dem gesamten Holzsektor jetzt das Projekt „*InterBois NC*“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, das neukaledonische Holz zu einem wirtschaftlichen, ökologischen und industriellen Vorteil für das französische Überseegebiet im Pazifik zu machen. Bisher wird in Neukaledonien wenig bis gar nicht mit der heimischen karibischen Kiefer gearbeitet, obwohl diese bestens für den Bau von z.B. Dachstühlen geeignet ist. „*Die Bestände an karibischen Kiefern haben ihren Höhepunkt erreicht*“, versicherte Charles Lheureux, Vizepräsident des Verbandes der Forstwirte, in dem die drei neukaledonischen Sägewerke zusammengeschlossen sind.

„InterBois NC soll nun die Holzbranche besser strukturieren und sie zu einem wichtigen Hebel für den Wiederaufbau, den ökologischen Wandel und die Autonomie der Region machen“, wie Emma Do Khac, Koordinatorin des Projekts, bei der Auftaktveranstaltung am 19. Juni im Unternehmen Sequoia in Païta erklärte.

Die Vorbehalte gegenüber Holzbauweisen und erst recht gegenüber der Verwendung von heimischem Holz sind größtenteils „unhaltbare Vorurteile“, bedauerte Manuel Henry, Holzbeauftragter im Cluster „Éco Construction“, bei der Gründungsveranstaltung des Projekts, für das es bisher noch keine eingetragene Rechtsform gibt.

Neben der Zerstörung durch Termiten befürchteten die Bauherren auch Brände. Doch für die Fachleute „ist Holz wesentlich widerstandsfähiger gegen Flammen als Metall“. Eine Behauptung, die schwer zu akzeptieren ist, da das Gegenteil so tief in den Köpfen verankert ist. Dennoch ist diese Aussage belegt. „Zwar ist Holz brennbar, doch im Vergleich zu anderen Baumaterialien weist es eine hervorragende Feuerbeständigkeit auf“, versichert der nationale Holzverband auf seiner Website.

Für Emma Do Khac, Koordinatorin des Projekts InterBois NC, ist die „lokale Ressource für die nächsten 30 Jahre gesichert.“ „Bis 2040 könnten mehr als 500 Arbeitsplätze in den Bereichen Forstwirtschaft und Holzverarbeitung entstehen, sowie noch mehr in den Berufen rund um die Bearbeitung und Nutzung dieses Werkstoffs, vorausgesetzt, die Branche schafft es, Architekten, Bauherren und Privatpersonen davon zu

überzeugen, diesem Rohstoff zu vertrauen“, erklärte sie weiter.

Info: InterBois NC wird von drei Organisationen getragen: der Agence rurale, dem Verband der kaledonischen Förster und dem Cluster Éco Construction.

(<https://www.agricconnect.nc/> 22.06.26, Les Nouvelles Calédoniennes 07.07.26)

MIKRONESIEN

Forderung nach Nikotinkontrollen

Palau: Die Republik Palau hat einen Aufruf an die Vereinten Nationen (UN) gerichtet, die Einstufung von Nikotin in internationale Drogenkontrollsysteme zu prüfen – ein Schritt, der laut offiziellen Angaben die weltweite Tabakregulierung neugestalten könnte. Der Vorschlag zielt darauf ab, Nikotin als suchterzeugende Substanz in Zigaretten, E-Zigaretten und Nikotinbeuteln einer formellen Überprüfung der Einstufung durch die UN zu unterziehen

Palaus Präsident Surangel Whipps Jr. sagte dazu: „Wir mögen zwar eine kleine Nation sein, aber das Ausmaß eines Problems hat noch nie darüber entschieden, wer dagegen vorgeht. Jedes Jahr sterben Millionen Menschen. Mehr als eine Milliarde Menschen sind nikotinabhängig – die meisten von ihnen sind bereits als Kinder süchtig geworden. Wir konnten nicht wegsehen. Wir rufen Regierungen auf der ganzen Welt dazu auf, sich uns anzuschließen und die Vereinten Nationen aufzufordern, Nikotin endlich als die giftige und suchterzeugende Droge zu behandeln, die es ist.“

First Lady Valerie Whipps, Vorsitzende der „Coalition for Tobacco Free Palau“, ergänzte ihren Mann: „Hier geht es um unsere Kinder. Eine neue Generation junger Menschen im gesamten Pazifikraum wird mit Produkten angesprochen, die nach dem Recht der Vereinten Nationen noch nie kritisch geprüft wurden.“

Info: Tabak und Nikotin stehen in Zusammenhang mit jährlich mehr als sieben Millionen Todesfällen, während weltweit etwa eine Milliarde Menschen nikotinabhängig sind. 15 Millionen Jugendliche im Alter von 13 bis 15 Jahren nutzen weltweit E-Zigaretten – fast neunmal so viele wie Erwachsene. Bereits im Jahr 2023 hatte Palau per nationalem Gesetz die Einfuhr, den Vertrieb, den Verkauf, den Besitz und den Konsum von E-Zigaretten verboten. (Palau Island Times 12.06.26)

Erholung des Ökosystems nach Ausrottung der Ratten

Palau: Ein Jahr nach der Beseitigung invasiver Ratten auf der Insel Ulong in Palau kehren Seevögel zurück, Nährstoffe fließen vom Land ins Meer und die umliegenden Korallenriffe beginnen sich zu erholen. Diese Erholung der Küstengebiete vollzieht sich in einem Tempo, das selbst die verantwortlichen Wissenschaftler*innen überrascht hat, wie sie in einer kürzlich veröffentlichten Studie schreiben.

Als Teil der „Island-Ocean Connection Challenge“ sind die Ergebnisse von der Insel Ulong repräsentativ für die weltweit erste experimentelle Studie, die nachweist, dass die Erholung der Seevogelpopulationen nach der

Beseitigung invasiver Nagetiere den Nährstofftransfer vom Land zum Riff antreibt.

Die Forscher*innen konnten nachweisen, dass Seevögel als „biologische Förderbänder“ zwischen dem offenen Ozean und den Inselökosystemen fungieren: Sie lagern nährstoffreichen Guano (Kot) an Land ab, der dann in die küstennahen Gewässer fließt und die darunter liegenden Riffgemeinschaften versorgt. Sind Ratten vorhanden, zerstören sie die Seevogelkolonien, indem sie Nester plündern, Küken töten und die Vögel vollständig vertreiben. Werden die Ratten entfernt, kehren die Vögel zurück.

Zu den ersten Anzeichen einer Erholung auf Ulong gehörte der Nachweis der seltenen und vom Aussterben bedrohten *Palau-Bodentaube*, deren Bestand im Jahr nach der Ausrottungsmaßnahme der Ratten wieder zunahm.

Gleichzeitig stieg die Fischbiomasse in den küstennahen Gewässern deutlich an. An einer Beobachtungsstation waren die Ergebnisse besonders eindrucksvoll: Mehrere Seevogelarten nahmen gleichzeitig zu, der Stickstoffgehalt in den Blättern stieg um etwa 80 % und die gesamte Fischbiomasse kletterte um 183 % – Veränderungen, die von den Forschenden zwar als lokal begrenzt, aber weit aus schneller als erwartet beschrieben wurden. „Es ist außergewöhnlich, bereits ein Jahr nach der Renaturierung der Insel messbare ökologische Veränderungen zu beobachten“, sagte Coral Wolf, Leiterin des *Conservation Impact Program* bei der pazifischen Umweltschutzorganisation „*Island Conservation*“.

Nathaniel Hanna Holloway, Meeresökologe am *Scripps Institution of Oceanography* der UC San

Diego, ergänzte: „Zum ersten Mal sehen wir messbare Belege dafür, dass der durch Seevögel bedingte Nährstofffluss wieder ins Land und ins Meer zurückkehrt. Das ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass Maßnahmen an Land positive Auswirkungen auf die umliegenden Riffgemeinschaften haben, von denen die Menschen für ihren Lebensunterhalt abhängig sind.“

Hintergrund: Die Studie verwendete ein „Vorher-Nachher-Kontrolle-Auswirkung“-Überwachungsmodell, bei dem Seevögel, Nährstoffe, Riffische und benthi-sche Lebensgemeinschaften auf der Insel Ulong vor und nach der Rattenausrottung verfolgt und die Ergebnisse mit denen der Insel Ngeruktabel verglichen wurden – einer nahegelegenen Insel mit ähnlichen Eigenschaften, auf der invasive Ratten weiterhin vorkommen und keine Schutzmaßnahmen ergriffen wurden.

An dem Projekt waren mehr als 100 lokale Teammitglieder, Studierende und Gemeindemitglieder beteiligt. Es entstand einer der größten ökologischen Datensätze seiner Art in Palau: über 30.000 Stunden akustischer Aufzeichnungen und mehr als 11 Terabyte an Meeresbodenbildern, die nun öffentlich zugänglich sind, um die langfristige Forschung zu unterstützen.

Die „*Island-Ocean Conservation Challenge*“ – ein von *Island Conservation*, dem *Scripps Institution of Oceanography* und *Re:wild* gegründetes Freiwilligenkollektiv – hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 40 weltweit bedeutende Insel-Ozean-Ökosysteme wiederherzustellen und zu renaturieren. Ulong ist einer dieser Standorte.

(<https://oceanographicmagazine.com/news/palaus-reef-revival-follows-rat-eradication-and-seabird-bounce-back/>)

08.07.26, <https://www.jointheiocc.org/>

USA planen Stationierung von Offensivraketen

Guam: Laut Berichten der US-amerikanischen Tageszeitung „*Washington Times*“ plant das Pentagon angesichts wachsender Spannungen mit China den Einsatz von Offensivraketen auf Guam.

Admiral Samuel Paparo, Kommandeur des Pazifikkommandos *Pacific Command* (PACOM, ehemals Indo-Pacific Command), bat den US-Kongress in dem 221-seitigen Bericht, der der „*Washington Times*“ vorliegt, um die Bewilligung von 67,4 Milliarden US-Dollar für neue Raketen.

Er erklärte, die Sicherheitslage in der Region werde immer gefährlicher, da China sein Militär aggressiv modernisiere, sein Territorium ausdehne und die Beziehungen zu Russland und Nordkorea vertiefe. Die chinesische Volksbefreiungsarmee befinde sich in einer umfassenden „historischen Expansion“ aller Streitkräfte und bereite sich auf zwei Hauptmissionen vor: die Annexion Taiwans und die Bekämpfung der Verteidigungsfähigkeiten der USA und ihrer Verbündeten, so der Bericht.

Admiral Paparo beantragte 909 Millionen US-Dollar für das Guam-Verteidigungssystem (*Guam Defense System*, GDS) als Teil eines 4,5 Milliarden US-Dollar schweren Programms zur Verteidigungsstrategie im gesamten Pazifikraum. Er erklärte, das System werde „die Grundlage für künftige Offensivfähigkeiten bilden“.

„Das Guam Defense System ist ein entscheidender Knotenpunkt in unserer integrierten Luft- und Raketenabwehrkonstellation und dient als Wegbereiter für den

„*Golden Dome for America*“, indem es wichtige Erkenntnisse und Fähigkeiten für die Heimatverteidigung liefert“, erklärte das PACOM. „Die Verteidigung von Guam hat für das US-Pazifikkommando und das Kriegsministerium höchste Priorität. Die Stärkung der integrierten Luft- und Raketenabwehr ist ein entscheidender Bestandteil der dynamischen Kampfkraft von PACOM.“

Hintergrund: Die Diskussionen über die Stationierung offensiver Raketensysteme auf Guam dauern bereits seit 2023 an. Als Grund dafür wird die wachsende Bedrohung durch China genannt.

Robert Underwood, Vorsitzender des lokalen Thinktanks „*Pacific Center for Island Security*“, erklärte, bei den Diskussionen werde die Bevölkerung von Guam völlig außeracht gelassen. „*Guam wird in den Gesprächen nicht berücksichtigt. Es wird erst ganz am Ende in den Informationsfluss einbezogen*“, beklagte Underwood. „*Niemand auf Guam wird darüber informiert. Niemandem wird davon berichtet.*“ (*Pacific Daily News* 20.06.26)

Neu: „Micronesia Sun“

Pohnpei: Eine neue regionale Medienplattform, die sich der Berichterstattung über die Förderierten Staaten von Mikronesien (FSM), Palau und die Marshall-Inseln widmet, ist zum 1. Juli 2026 offiziell an den Start gegangen.

Die „*Micronesia Sun LLC*“ mit Sitz in Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien, FSM) hat sich zum Ziel gesetzt, zeitnah, zuverlässig und wirkungsvoll über Themen zu berichten, die die drei frei assoziierten Staaten betreffen, und

gleichzeitig deren Bürger*innen sowie die weltweite mikronesische Diaspora über ihre Online-Plattform **www.micronesiasun.com** miteinander zu verbinden.

Unter dem Motto „*Brighter News from the Deep Pacific*“ will die „*Micronesia Sun*“ über Entwicklungen in Palau, den FSM und den Marshall-Inseln berichten und dabei auch deren Beziehungen zum weiteren Pazifikraum beleuchten, darunter Polynesien, Melanesien, den französischen Pazifik, Australien und Neuseeland sowie deren Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer weltweiten diplomatischen Vertretungen.

„*Micronesia Sun*“ plant, zunächst von Montag bis Freitag Nachrichten zu veröffentlichen, wobei der Schwerpunkt auf Themen wie tropische Wirbelstürme, regionale Sicherheit, illegale Fischerei, Drogenschmuggel und maritime Angelegenheiten liegt, während praktische Lösungen und Berichte über Gemeinden und lokale Führungskräfte besonders hervorgehoben werden sollen.

Neben der täglichen Nachrichtenberichterstattung wird die Plattform Wirtschafts- und Reisereportagen, Kommunikations- und PR-Dienstleistungen, Risikoanalysen, Beratung sowie Fotodienstleistungen anbieten.

Info: Die drei Staaten FSM, Palau und die Marshall-Inseln erstrecken sich über mehr als 2.500 Seemeilen, nehmen ein riesiges Gebiet im Nordwestpazifik ein und sind durch den „*Compact of Free Association*“ mit den Vereinigten Staaten von Amerika verbunden. Die „*Micronesia Sun*“ befindet sich als Genossenschaft im Besitz von Bürger*innen der Förderierten

Staaten von Mikronesien und wird von Christopher Cottrell herausgegeben, einem Indo-Pazifik-Analysten, Kommunikationsstrategen und Journalisten mit 26 Jahren Erfahrung in der Berichterstattung über die pazifischen Inselstaaten, Ostasien und Südostasien.

(<https://pina.com.fj/2026/07/02/micronesia-sun-launches-to-deliver-news-across-fsm-palau-and-marshall-islands/02.07.26>, <https://micronesiasun.com/>)

Abkommen ermöglicht Anwälten den freien Wechsel

Nördliche Marianen: Die beiden Obersten Gerichte von Guam und dem Commonwealth der Nördlichen Marianen haben offiziell übereinstimmende Gegenseitigkeitsbeschlüsse verabschiedet, die es in einer der beiden Gerichtsbarkeiten zugelassenen Rechtsanwält*innen ermöglichen, auf den gesamten Nördlichen Marianen als Rechtsanwalt tätig zu sein, ohne eine zusätzliche Anwaltsprüfung ablegen zu müssen.

Die Gerichte unterzeichneten die Vereinbarungen am 24. Juni im *Westin Resort Guam* und markierten damit einen bedeutenden Wandel in der regionalen Zulassungspolitik für Rechtsanwält*innen.

Jedes Gericht verabschiedete dabei seine eigene Fassung der Vereinbarung sowie begleitende Vorschriften, in denen detailliert geregelt ist, wie Rechtsanwälte mit „*einwandfreiem Ruf*“ zur Ausübung ihres Berufs in der anderen Gerichtsbarkeit zugelassen werden können. Diese Vorschriften bilden den rechtlichen Rahmen, der das System der gegenseitigen Zulassung funktionsfähig macht, und legen die Voraussetzungen, die erforderlichen Unterlagen sowie die Verfahrensvorschriften für

die gegenseitige Zulassung fest. Die Oberste Richterin von Guam, Katherine A. Maraman, erklärte, dass die sinkende Zahl der Rechtsanwält*innen auf Guam die Honorare in die Höhe getrieben und die Möglichkeiten für Einwohnende, die rechtliche Hilfe suchen, eingeschränkt habe.

Vertreter*innen beider Gerichte bezeichneten die Vereinbarung daher als einen bedeutenden Schritt zur Verbesserung des Zugangs zu Rechtsbeistand in der gesamten Region. *„Heute nutzen wir die Gelegenheit, die Verbindungen zwischen unseren Inseln zu stärken und Rechtsdienstleistungen für die Bevölkerung leichter zugänglich zu machen“*, sagte Alexandro C. Castro, Oberster Richter auf den Nördlichen Marianen.

Hintergrund: Die Vereinbarung baut darauf auf, dass Guam und die Marianen bereits dieselbe Anwaltsprüfung – die *„NextGen Uniform Bar Examination“* – im Rahmen der *National Conference of Bar Examiners* durchführen.

Gerichtsbeamte gehen davon aus, dass die neuen Regelungen die Zahl der verfügbaren Rechtsanwält*innen erhöhen und zur Stabilisierung der Anwaltshonorare beitragen werden, wodurch sich der Zugang zur Justiz für die Einwohner*innen der Nördlichen Marianen verbessert.

(<https://www.islapublic.org/news/2026-06-29/historic-agreement-allows-lawyers-move-freely-between-guam-and-cnmi-courts> 29.06.26)

Tabak-Verkaufsverbot an einem Tag pro Jahr

Nauru: Nauru hat den Verkauf und die Einfuhr von Tabakprodukten an einem Tag pro Jahr verboten.

Gemäß einem neuen Gesetz, das

das Parlament von Nauru Anfang Mai 2026 verabschiedet hat, wurde der 31. Mai zum jährlichen *„Tag, an dem wir den Tabak hinter uns lassen“* erklärt.

Bei Verstößen gegen das neue Gesetz droht Verkäufern eine Geldstrafe von 2.000 AU\$ oder eine Freiheitsstrafe von 12 Monaten.

Juristische Personen müssen mit Geldstrafen von bis zu 50.000 Dollar rechnen.

Das Verbot gilt jährlich an diesem einen Tag und umfasst alle Tabakprodukte, darunter Zigarren, E-Zigaretten und rauchfreie Tabakprodukte wie Kautabak.

„Dies ist unsere Initiative zur Bekämpfung der Zunahme nichtübertragbarer Krankheiten, wobei der Tabakkonsum nach wie vor die Hauptursache für vermeidbare Erkrankungen und Todesfälle in Nauru ist“, erklärte die Regierung von Nauru in einer Stellungnahme.

Hintergrund: Nauru mit seinen rund 12.000 Einwohnenden hat laut den neuesten Daten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzungsweise 35,3 Prozent erwachsene Tabakkonsument*innen. Im Jahr 2000 lag dieser Wert noch bei 67,5 Prozent und soll bis 2030 auf 30,2 Prozent sinken. Bei diesen Bemühungen wird Nauru von der WHO unterstützt. (*Radio NZ Pacific* 02.06.26)

Abgeordnete stimmen Namensänderung zu

Nauru: Das Parlament von Nauru hat Mitte Mai einstimmig eine Verfassungsänderung zur Umbenennung des Landes in *„Republik Naoero“* verabschiedet. Der Vorschlag zur Namensänderung wurde erstmals im Januar 2026 von Präsident David Adeang vorgebracht.

In einer nationalen Volksabstimmung wurde Anfang August positiv über den Vorschlag der Namensänderung entschieden. Nun muss die Namensänderung in allen offiziellen Unterlagen, nationalen Symbolen und der internationalen Identität Naurus, einschließlich der Vereinten Nationen, berücksichtigt werden.

Hintergrund: Die Umbenennung sei ein wichtiger Schritt in einem Prozess, bei dem es laut Regierung um die Wiederherstellung der Sprache und Identität der rund 12.000 Einwohner*innen von Naoero geht. (*Pacific Media News* 13.05.26, *Spiegel online* 04.08.26)

MARSHALL-INSELN

Gesundes Ökosystem auf Ujelang

Das abgelegene, unbewohnte Atoll Ujelang im Westen der Marshall-Inseln zeigt nach Jahrzehnten ohne dauerhafte menschliche Besiedlung deutliche Anzeichen einer Erholung der Meeresökosysteme, so das Team von Wissenschaftler*innen einer Expedition von *„National Geographic Pristine Seas“* (NGPS).

Das Team hat das Ujelang-Atoll besucht und dort Messungen vorgenommen. Der Besuch auf dem Atoll, das zu einem Marine-Schutzgebiet gehört, war Teil einer mehrmonatigen umfassenderen Forschungsmission von Wissenschaftlern, lokalen Navigatoren und Pädagog*innen in einigen der abgelegenen Gewässer des Pazifischen Ozeans.

Expeditionsleiterin Kelle Moore sagte, die bahnbrechende Feldforschung auf dem Ujelang-Atoll stelle einen wichtigen Meilenstein

der Forschung dar. Sie erklärte, die ersten Erkenntnisse vom südlichen Rand des Ujelang-Atolls deuteten auf einen blühenden, äußerst artenreichen Meereslebensraum hin, trotz geringfügiger Anzeichen von Klimastress. Das Team hätte bei jedem Tauchgang Haie, große Zackenbarsche, Schildkröten und Schwärme von Makrelen gesehen.

„Das Gleiche gilt für unsere Tiefseetauchgänge mit dem Tauchboot und die Tiefseekameras, die wir in über 2.000 Meter Tiefe abgesenkt haben“, fügte sie hinzu. „Wir haben Chimären gesehen, noch mehr Haie und diese wunderschöne Wand aus Glasschwämmen.“

Hintergrund: Das kleine Atoll diente drei Jahrzehnte lang als Exilort für die Bewohner*innen des Enewetak-Atolls, die 1948 von den Vereinigten Staaten im Vorfeld ihres Programms für atmosphärische Atomwaffentests gewaltsam vertrieben worden waren. Nachdem Enewetak durch das Abtragen radioaktiven Bodens wieder bewohnbar geworden war, kehrten die Vertriebenen von Ujelang zurück, ab 1989 war das Atoll schließlich wieder unbewohnt. (*Pacific Media News 05.06.26, Wikipedia*)

Neue Strategie gegen nichtübertragbare Krankheiten

Eine neue nationale Strategie zur Eindämmung nichtübertragbarer Krankheiten (*non-communicable diseases*, ncd) auf den Marshall-Inseln wurde kürzlich von der Regierung verabschiedet.

In dem veröffentlichten Strategieplan zu nichtübertragbaren Krankheiten heißt es: *„Die Sterblichkeitsrate aufgrund nichtübertragbarer Krankheiten ist in den letzten 10 Jahren um 25 Prozent*

gestiegen.“

Nichtübertragbare Krankheiten – zu denen auch Diabetes und Bluthochdruck zählen – sind für den Großteil der Erkrankungen und vorzeitigen Todesfälle unter der marshallesischen Bevölkerung verantwortlich.

Gesundheitsministerin Francyne Wase-Jacklick betonte die Dringlichkeit von Maßnahmen, um den Trend umzukehren, der zu einem anhaltenden sprunghaften Anstieg der NCDs in der Bevölkerung geführt hat.

Der Rahmenplan der Weltgesundheitsorganisation WHO für nichtübertragbare Krankheiten im Pazifikraum und die *„Pacific Monitoring Alliance for NCD Action“* bilden die Grundlage für die Maßnahmen der Marshall-Inseln gegen nichtübertragbare Krankheiten.

Der neue Strategieplan der Inseln konzentriert sich auf fünf Kernbereiche: Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, Lebensstil und klinische Programme sowie Überwachung und Interessenvertretung.

Zu den Zielen für die nächsten viereinhalb Jahre (bis 2030) gehören:

- Verabschiedung wirksamer Gesetze und Maßnahmen, die die Jugend vor Unterernährung und Risikofaktoren für nichtübertragbare Krankheiten schützen.
- Steigerung der Produktion und des Verzehrs gesunder, regionaler Lebensmittel sowie die Verringerung des Konsums von „Junkfood“.
- Ausbau der Sport-Infrastruktur und der Möglichkeiten für körperliche Aktivität.
- Verbesserung der Versorgung von Menschen mit

nichtübertragbaren Krankheiten.

- Mobilisierung lokaler Gemeinschaften und Einzelpersonen, Maßnahmen zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten zu ergreifen.
- Beseitigung gesundheitlicher Ungleichheiten zwischen benachbarten Inseln im Hinblick auf den Umgang mit nichtübertragbaren Krankheiten.
- Bereitstellung genauer jährlicher Überwachungsberichte zu Trends und Fortschritten bei nichtübertragbaren Krankheiten.

Der neue Strategieplan für nichtübertragbare Krankheiten betont nach Angaben des Gesundheitsministeriums einen *„starken Präventionsansatz“*. (*Marshall Islands Journal 11.06.26*)

Thunfisch-Umladungen boomen

Im Juni gab es 28 Thunfisch-Umladungen in der Lagune von Majuro. Das ist die höchste Zahl seit Januar 2024, als die *Oceanic Division der Marshall Islands Marine Resources Authority* (MIMRA) 41 Umladungen verzeichnete.

Seit Anfang des Jahres bis Juni gab es bereits 85 Thunfisch-Umladungen, was auf einen erheblichen Aufschwung der Thunfisch-Industrie schließen lässt und an Vor-Corona-Zeiten erinnert, als es monatlich bis zu 35 Umladungen gab.

Aus den MIMRA-Statistiken geht hervor, dass 27 der Thunfischumladungen von Ringwadenfischern auf Transportschiffe erfolgten, die in der Lagune von Majuro vor Anker lagen. Eine Umladung erfolgte teils durch Entladung in

Tiefkühlcontainer an Land, teils durch Umladung in der Lagune. Ringwadenfischer unter der Flagge von Nauru und Taiwan lagen mit jeweils neun Umladungen gleichauf an der Spitze. Es folgten Schiffe unter der Flagge der Föderierten Staaten von Mikronesien mit fünf Umladungen. In den Marshall-Inseln registrierte Schiffe verzeichneten vier Umladungen und Tuvalu eine.

Info: Thunfisch-Umladungen (engl. *transshipments* oder *tuna transfers*) sind die Übertragung von gefangenem, toten Thunfisch von einem Fangschiff auf ein anderes Schiff, meist ein Kühl- oder Transportschiff.

Die Marshall-Inseln sind zu einem wichtigen Knotenpunkt für Thunfisch-Umladungen geworden. Viele Schiffe treffen sich in der Lagune von Majuro oder direkt im Hafen, um ihren Fang umzuladen. Dies bringt Einnahmen durch Hafengebühren, Versorgungsleistungen für Schiffe und Treibstoffverkäufe. Außerdem werden dadurch Arbeitsplätze im Hafen- und Logistiksektor geschaffen.

Im Jahr 2022 wurden in Majuro rund 191.000 Tonnen Skipjack-Thunfisch umgeladen. Herkömmliche Umladungen zwischen Fang- und Kühlschiffen in der Lagune (und nicht im Hafen!) erzeugen außer den Umladegebühren jedoch nur eine begrenzte lokale Wertschöpfung.

Studien der *Pacific Islands Forum Fisheries Agency* zeigen, dass die wirtschaftlichen Effekte für die Marshall-Inseln deutlich steigen, wenn Fisch nicht nur umgeladen, sondern auch lokal angelandet, im Land verarbeitet oder containerisiert wird.

(*Marshall Islands Journal* 18.06.26,
https://imcsnet.org/sites/default/files/media_files/Survey-of-Tuna-

Transshipment-in-Pacific-Island-Countries.pdf?_dl=1 July 2012,
<https://www.fao.org/fish4acp/media-hub/news/news-detail/a-transformative-shift-for-marshall-islands-tuna-industry/en> 09.10.25)

Vorsitz im ersten Rat der Pacific Resilience Facility

Der Finanzminister der Marshall-Inseln, David Paul, wird in Vertretung der Regierung der Marshall-Inseln den Vorsitz im ersten Rat der *Pacific Resilience Facility* (PRF) übernehmen.

Die PRF ist die erste von den Pazifikstaaten geführte, im Besitz der Pazifikstaaten befindliche und nur von ihnen verwaltete Finanzinstitution, deren Aufgabe es ist, Mittel zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Gemeinden gegenüber klimabedingten Widrigkeiten bereitzustellen.

Die PRF wird Zuschüsse für Klimaanpassung, Katastrophenvorsorge und Projekte bereitstellen, die auf Verluste und Schäden infolge der Auswirkungen der Klimakrise reagieren. Das längerfristige Finanzierungsziel der Fazilität liegt bei 1,5 Milliarden US-Dollar. Australien, Saudi-Arabien, die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten haben bereits Beiträge zu diesem Fonds geleistet.

Die PRF hat ihren Hauptsitz in Nuku'alofa, der Hauptstadt von Tonga. (*Radio NZ Pacific* 26.06.26)

KIRIBATI

Neue Initiative zur Stärkung der Außeninseln

Die Regierung von Kiribati hat eine neue Initiative ins Leben gerufen, um die Produktion von nativem Kokosöl anzukurbeln.

An der Auftaktveranstaltung

Anfang September in Tarawa nahmen Präsident Taneti Maamau sowie Regierungsvertretende, Gemeindevorstehende und Entwicklungspartner teil.

Bei der Vorstellung des neuen Projektes erklärte die Ministerin für Tourismus, Handel, Industrie und Genossenschaften, Tangariki Reete, das Projekt unterstütze die Bemühungen Kiribatis, seine Wirtschaft zu diversifizieren und den Kokosnusssektor zu stärken. Ziel sei es, Einkommensschaffende Maßnahmen auch auf den entlegenen Außeninseln aufzubauen.

Das mit 900.000 US-Dollar dotierte Projekt „*Virgin Coconut Oil (VCO) for Outer Islands Income and Livelihoods in Kiribati*“ wird von der indischen Bevölkerung und der indischen Regierung über den *India-UN Development Partnership Fund* finanziert, der vom UN-Büro für Süd-Süd-Zusammenarbeit verwaltet wird. Im Rahmen des Projekts sollen zwei klimaresistente Verarbeitungsanlagen auf den Atollen Nonouti und Teraina errichtet und lokale Kompetenzen zur Herstellung und Vermarktung hochwertiger Kokosnussprodukte gestärkt werden. Die neuen Anlagen werden auf den bestehenden VCO-Verarbeitungszentren in Abemama, Tabiteuea South und Butaritari aufbauen, wodurch sich die Gesamtzahl in Kiribati auf fünf erhöht.

Hintergrund: Kokosnüsse sind traditionell Teil der Wirtschaft, der Kultur und des Alltagslebens in Kiribati. Für viele Familien auf den Außeninseln ist Kopra (getrocknetes Kokosnussfleisch) nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle. Doch hohe Transportkosten, begrenzte Verarbeitungskapazitäten, mangelnde technische Möglichkeiten und der eingeschränkte

Zugang zu zuverlässigen Märkten hatten bisher die Möglichkeiten eingeschränkt, Kokosnüsse vor Ort zu verarbeiten und lokale Unternehmen aufzubauen.

Über einen Zeitraum von 18 Monaten wird das Projekt jetzt die Kompetenzen im Bereich der sicheren und qualitativ hochwertigen Verarbeitung von nativem Kokosnussöl stärken, lokale Ausbilder schulen, Kapazitäten für den Betrieb und die Wartung von Anlagen aufbauen sowie die Wertschöpfung, Markenbildung, Verpackung und Marktentwicklung fördern.

Die Initiative trägt zur „20-Jahres-Vision für Kiribati“ und zum Nationalen Entwicklungsplan 2024–2027 sowie zu den nationalen Prioritäten bei, den Kokosnussssektor zu stärken und Möglichkeiten zur Wertschöpfung zu erweitern.

(<https://www.undp.org/pacific/press-releases/kiribati-launches-virgin-coconut-oil-initiative-strengthen-outer-island-livelihoods> 04.09.26)

Regierung bedankt sich bei China für ärztliche Unterstützung

Mit einem „Chinese Doctors Day“ am 19. August hat sich die Regierung von Kiribati bei China für die Entsendung von Ärzt*innen und medizinischem Personal nach Kiribati bedankt. Seit über 4 Jahren kommen immer wieder neue medizinische Teams aus China nach Kiribati, um hier Schulungen durchzuführen und die lokalen Ärzt*innen und Pflegefachkräfte weiterzubilden.

Bereits im Mai des Jahres hatte die chinesische Botschaft in Kiribati die Übergabeceremonie für die fünfte Lieferung medizinischer Hilfsgüter aus China an Kiribati

ausgerichtet.

Zhao Jian von der chinesischen Botschaft und Bootii Nauan, Minister für Gesundheit und medizinische Dienste von Kiribati, hielten die Ansprachen bei der Übergabe. An der Zeremonie nahmen Diplomaten der chinesischen Botschaft, Mitglieder der fünften chinesischen medizinischen Hilfsgruppe in Kiribati sowie Vertretende des Ministeriums für Gesundheit und medizinische Dienste und des Tungaru Central Hospital teil.

In seiner Rede erklärte Zhao Jian, dass Medizin und Gesundheitsversorgung ein Schlüsselbereich der Zusammenarbeit zwischen China und Kiribati seien und diese Spende eine weitere konkrete Errungenschaft der gesundheitlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern darstelle.

Info: China hat seit 2022 fünf aufeinanderfolgende medizinische Teams nach Kiribati entsandt und ist bereit, auch weiterhin ein verlässlicher Partner beim Ausbau des Gesundheitswesens in Kiribati zu sein und eine „Brücke der Gesundheit“ zwischen den Menschen beider Länder zu schlagen, wie die chinesische Botschaft verlauten ließ.

(https://ki.chinaembassy.gov.cn/eng/sgdt/202605/t20260511_11908090.htm, <https://english.news.cn/20260819/c95b9b453ae44ae6b7c593db607f497d/c.html>)

China finanziert zweites Flugzeug für Air Kiribati

Kiribati hat jetzt das zweite in Brasilien gebaute Flugzeug vom Typ Embraer-190 erhalten, das China im Jahr 2019 zugesagt hatte, als der kleine Pazifikstaat die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hatte.

Kiribatis

Verkehrsminister

Alexander Teab und der Vertreter von *Embraer SA*, Ivan Alessandro, unterzeichneten Anfang Juli die Dokumente, mit denen das Eigentum an dem Flugzeug auf die kiribatische Regierung überging.

Das 55 Millionen US-Dollar teure Flugzeug landete auf dem Bonriki International Airport auf dem Hauptatoll Tarawa, nachdem es einen Überführungsflug von São Paulo in Brasilien über Barbados, Miami, Honolulu und Kiritimati absolviert hatte.

Die erste EMB-190 der lokalen Fluglinie „*Air Kiribati*“, die bereits 2019 von China finanziert und ausgeliefert wurde, ist nie für die Fluggesellschaft geflogen. Stattdessen wurde sie von *Pionair*, einer australischen Frachtfluggesellschaft, betrieben, die das Flugzeug inzwischen nicht mehr in ihrer Flotte führt. Die Corona-Pandemie war damals dafür verantwortlich gemacht worden, dass *Air Kiribati* das Flugzeug nicht unmittelbar nach seiner Auslieferung in Betrieb nehmen konnte.

Info: Die Embraer-190 ist ein zweimotoriger Jet, der maximal 114 Passagiere über eine Entfernung von 2.850 Seemeilen befördern kann, wodurch Direktflüge von Kiribati nach Auckland (Neuseeland) und Brisbane (Australien) möglich sind.

Dieser Flugdienst stünde in direkter Konkurrenz zu den pazifischen Fluggesellschaften *Fiji Airways* und *Nauru Airlines*, die diese Strecken derzeit mit Zwischenlandungen an ihren Betriebsstützpunkten in Nadi und Yaren bedienen. (<https://islandsbusiness.com/news-break/kiribati-takes-second-brazil-jet-from-china/05.07.26>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Umwandlung von Kunststoffabfall in Treibstoff

Tuvalu: Tuvalu hat seine erste Pyrolyseanlage für Kunststoffabfälle und Altöl in Betrieb genommen, die dank des von der *University of the South Pacific* (USP) geleiteten Forschungsprojektes Umweltverschmutzung in alternativen Kraftstoff umwandelt.

Die kürzlich in Tuvalu installierte Technologie nutzt einen Erhitzungsprozess unter Ausschluss von Sauerstoff, um Plastikmüll und Altöl in nutzbaren Kraftstoff umzuwandeln. Pro Charge werden 10 Kilogramm Plastikmüll verarbeitet, um etwa 10 Liter flüssigen Kraftstoff und vier Kubikmeter Kohlenwasserstoffgas zu erzeugen. Tests haben zudem gezeigt, dass aus 15 Litern Altmotoröl rund 12 Liter dieselähnlicher Kraftstoff gewonnen werden können.

Die so gewonnenen Kraftstoffe wurden in Generatoren, Maschinen und Haushaltsgasherden getestet und bieten praktische Energielösungen für Haushalte und Gemeinden, während sie gleichzeitig die lokale Energiesicherheit stärken.

Das Projekt wurde von Miriama Uluviti, einer Masterstudentin an der USP und Mitarbeiterin der Abfallbehörde von Tuvalu, unter der Betreuung von Associate Professor David Rohindra geleitet. Die Finanzierung erfolgte durch die Pazifische Gemeinschaft (SPC) im

Rahmen des Programms „*Pacific Adaptation of Waste to Energy Solutions*“ (PAWES), wobei die Anlage von der Firma „*Nufuels New Zealand*“ bereitgestellt wurde.

Associate Professor Rohindra erklärte, das im Jahr 2024 gestartete Projekt zeige, wie engagierte Studierende innovative Ideen in praktische Lösungen umsetzen können. (*Islands Business* 13.07.26)

Neues Partnerschaftsabkommen im Gesundheitsbereich

Tonga: Das tongaische Gesundheitsministerium hat eine neue Absichtserklärung (MoU) mit der chinesischen GX-Stiftung unterzeichnet.

Die Vereinbarung wurde Anfang Juni im Verwaltungsgebäude des Gesundheitsministeriums in der Hauptstadt Nuku'alofa im Rahmen einer Zeremonie unterzeichnet, an der der tongaische Gesundheitsminister Dr. Siaosi Sovaleni, der chinesische Botschafter Liu Weimin, der Vorsitzende der GX-Stiftung Leung Chun-ying sowie weitere Amtsträger teilnahmen.

Die Vereinbarung wurde vor dem Hintergrund einer wachsenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich zwischen Tonga und China geschlossen. Am 29. Mai veranstaltete das Gesundheitsministerium eine Übergabeceremonie für medizinische Geräte, die vom städtischen chinesischen Krankenhaus Qingdao gespendet wurden, dem Standort des sechsten chinesischen Ärzteteams, das im tongaischen Vaiola-Krankenhaus im Einsatz ist.

Ein Sprecher des Gesundheitsministeriums teilte mit, dass die Partnerschaft darauf abzielt, die bilaterale Zusammenarbeit weiter zu stärken und die

Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung Tongas zu fördern.

Info: Die *GX Foundation* ist eine in Hongkong ansässige humanitäre Organisation, die medizinische und gesundheitspolitische Programme in mehreren Ländern Asiens, Afrikas und des Pazifikraums unterstützt. (*Talanoa o' Tonga* 03.06.26)

Regierung stellt neuen Fünfjahres-Entwicklungsplan vor

Samoa: Die Regierung von Samoa hat Anfang Juni der Öffentlichkeit den „*Pathway for the Development of Samoa FY2026/27–FY2030/31*“ vorgestellt. Dieser enthält einen Fünfjahresplan, der darauf abzielt, die Widerstandsfähigkeit zu stärken, das Wirtschaftswachstum zu fördern, die sozialen Bedingungen zu verbessern und eine gute Regierungsführung zu festigen.

Die samoanische Finanzministerin Mulipola Anarosa Ale-Molio'o erklärte, der „*Plan sei mehr als nur eine Reihe von politischen Maßnahmen. Er ist unser gemeinsames Versprechen, unsere Bevölkerung zu unterstützen, unsere Wirtschaft anzukurbeln, unsere Umwelt zu schützen und unsere Nation zu stärken.*“

Das Leitmotiv des Fünfjahresplans lautet: „*Die Stärkung der Gemeinden nachhaltig fördern, widerstandsfähiges Wachstum vorantreiben und gute Regierungsführung, soziale Gerechtigkeit sowie Partnerschaften pflegen*“ und stellt Familien und Gemeinden in den Mittelpunkt der nationalen Entwicklung.

Der neue Plan knüpft an den ersten „*Pathway for the Development of Samoa*“ (PDS) an, dessen

Schwerpunkt auf der Erholung und Wiederbelebung nach der COVID-19-Pandemie lag.

Der PDS2 gliedert sich in fünf zentrale strategische Ziele: inklusive soziale Entwicklung; nachhaltige Wirtschaft; vertrauenswürdige Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit; Schutz einer klimaresilienten Umwelt; sowie gut strukturierte öffentliche Bauvorhaben und nachhaltige Infrastruktur.

Im Rahmen der Säule „Nachhaltige Wirtschaft“ kündigte die Regierung an, sich auf makroökonomische Widerstandsfähigkeit, das Haushaltseinkommen, die Gemeindeentwicklung und das Wachstum des Privatsektors zu konzentrieren. Zu den geplanten politischen Initiativen gehören die Einrichtung einer Bezirksentwicklungsbehörde, Maßnahmen zur sozialen Absicherung, die Überprüfung und Anhebung des Mindestlohns, das „First Harvest“-Programm, vergünstigte Kreditfazilitäten sowie die Unterstützung von Exporteuren, Herstellern und Tourismusunternehmen.

Der Plan legt zudem einen starken Schwerpunkt auf Gesundheit, Bildung und Kultur, einschließlich der Verbesserung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, der Stärkung der Bildungsergebnisse, der Förderung der frühkindlichen Bildung, der Erhaltung der Sprache „Gagana Samoa“ und des Schutzes des kulturellen Erbes. (*Samoa Observer* 08.06.26)

30 Frauen fortgebildet

Samoa: Dreißig Beamtinnen aus den samoanischen Behörden für Zoll, Einwanderung, Polizei, Strafvollzug und Biosicherheit haben

im Juni das einwöchige „*Pacific Women's Professional Development Program*“ (PWDP) erfolgreich abgeschlossen.

Die Teilnehmerinnen am Programm zur Grenzsicherheit lernten, wie sie effektiver zusammenarbeiten können, um illegale Aktivitäten wie Drogenhandel, Cyberkriminalität, Menschenhandel und Schmuggel zu verhindern.

Inspektorin Michelle Bond von den australischen Streitkräften ermutigte die Absolventinnen, selbstbewusst an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren und mit gutem Beispiel voranzugehen, um Vertrauen und Respekt bei ihren männlichen Kollegen aufzubauen. Das Zertifikat am Ende des Kurses soll die Frauen dazu befähigen, künftig auch Führungsrollen im Bereich der nationalen Sicherheit zu übernehmen.

Info: Das PWDP ist eine Initiative unter der Leitung der *Australian Border Force*, die in Zusammenarbeit mit der australischen technischen Hochschule *RMIT University* durchgeführt wird.

(<https://talamua.com/?p=61156>
27.06.26)

Neue Webseite für häusliche Pflege

US-Samoa: Gouverneur Pulaali'i Nikolao Pula hat den Start der neuen Website für häusliche und gemeindenahere Dienste (*Home and Community-Based Services*, HCBS) unter **www.hcbs.as.gov** bekannt gegeben. Diese dient als zentrale Anlaufstelle, auf der ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Familien sich über Angebote informieren können, die es Menschen ermöglichen, Pflege zu Hause und in ihrer Gemeinde, statt in stationären Einrichtungen

zu erhalten.

„Mit dem Start von www.hcbs.as.gov bieten wir Familien eine zentrale Anlaufstelle für Antworten, Ressourcen und aktuelle Informationen und bleiben dabei unserem Fa'asamoa sowie unserer Verantwortung treu, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu Hause zu versorgen,“ erklärte der Gouverneur.

Ein eigens eingerichtete „*HCBS Kommission*“ konzentriert sich derzeit darauf, die Bedürfnisse von Familien, Einzelpersonen, Pflegekräften und Partnerorganisationen zu erfassen, um fundierte politische Empfehlungen und Maßnahmen erarbeiten zu können. Diese sollen dann auf der Webseite der Kommission veröffentlicht werden.

Hintergrund: Die HCBS-Bemühungen von Amerikanisch-Samoa werden durch die US-amerikanische Initiative „*Money Follows the Person*“ (MFP) unterstützt, die den pazifischen amerikanischen Überseeterritorien dabei hilft, die durch *Medicaid* (Gesundheitsfürsorgeprogramm für Geringverdienende) finanzierten Leistungen auszuweiten, damit Einzelpersonen den Übergang von Einrichtungen in die gemeindenahere Pflege vollziehen können. (*Samoa News* 22.06.26)

Stärkung der Klimaresilienz

Niue: Die Regierung von Niue arbeitet gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und *Conservation International* am neuen Projekt „*Niue Infrastructure, Ecosystems and Communities Integrated Project*“, bekannt als *Niue IECI*. In diesem Zusammenhang hat sich die Insel mit ihren

rund 1.600 Einwohnenden ein umfangreiches Finanzierungspaket in Höhe von 9 Millionen US-Dollar (etwa 11 Millionen NZ\$) gesichert, um die Klimaresilienz zu stärken, seine Meeresgebiete zu schützen und die grundlegende Infrastruktur für seine Gemeinden zu verbessern.

Die auf fünf Jahre angelegte Initiative bündelt Mittel der Globalen Umweltfazilität (GEF), des Sonderfonds für den Klimawandel und von *Conservation International* sowie nationale Kofinanzierungen zu einem besser koordinierten Ansatz für Klima- und Umweltinvestitionen.

Im Mittelpunkt steht das riesige Meeresschutzgebiet „*Niue Nukutulua Multiple-Use Marine Park*“, das eine der weltweit größten vollständig geschützten ausschließlichen Wirtschaftszonen umfasst. Ein wesentlicher Bestandteil der Finanzmittel ist der „*Niue and Ocean Wide (NOW) Trust*“, der dazu beitragen soll, den Natur- und Meeresschutz über kurzfristige Förderzyklen hinaus langfristig finanziell abzusichern.

Premierminister Dalton Tagelagi erklärte, das neue Projekt stärke die lokale Kontrolle über Klimaschutzmaßnahmen und stelle die Gemeinden Niues sowie das traditionelle Wissen in den Mittelpunkt der Resilienzplanung.

Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Modernisierung der Infrastruktur in Küsten- und abgelegenen Gemeinden, in denen die Auswirkungen des Klimawandels am stärksten zu spüren sind. Dazu gehört der Bau von solarbetriebenen Mehrzweck-Notunterkünften, die mit Wassersammelsystemen ausgestattet sind, um während Zyklonen die Grundversorgung aufrechtzuerhalten. Außerdem

sollen gefährdete Küstengebiete renaturiert werden und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert werden.

(*Pacific Media Watch* 29.06.26, <https://www.thegef.org/projects-operations/projects/12283>)

Parlament nutzt KI-Tools

Cook-Inseln: Das Parlament der Cook-Inseln hat sich im Mai offiziell zu einer KI-gestützten Legislative erklärt und ist damit eines der ersten Parlamente im Pazifikraum, das Instrumente der künstlichen Intelligenz (KI) einsetzt, um Transparenz, Effizienz und den öffentlichen Zugang zu parlamentarischen Dienstleistungen zu verbessern.

„Die Einführung des Tools war das Ergebnis eines wohlüberlegten und sorgfältig gesteuerten Prozesses zur Einbindung künstlicher Intelligenz in die parlamentarischen Dienste – nicht, um menschliches Urteilsvermögen zu ersetzen, sondern als Instrument, um tatsächliche operative Lücken zu schließen“, erklärte Parlamentssekretär Tangata Vainerere. Ein formelles KI-Governance-Protokoll und eine vom Parlamentssekretär unterzeichnete Erklärung legten klare Grenzen für den Einsatz der Technologie fest, so Vainerere. Außerdem wären alle Parlamentarier*innen für den Einsatz der KI geschult worden.

Info: Die Initiative zum parlamentarischen Einsatz einer KI wurde vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im Rahmen der „*Pacific Parliamentary Effectiveness Initiative*“ unterstützt, wobei das neuseeländische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel finanzielle Unterstützung leistete.

(<https://parliament.gov.ck/ai-policy/>, *Pacific Business Review* 26.05.26)

ADB investiert in nachhaltige Mode

Cook-Inseln: Die „*Frontier Seed*“-Initiative der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) im Pazifikraum hat ihre erste Investition auf den Cook-Inseln getätigt und „*Manini Wear*“ mit 130.000 US-Dollar Wachstumskapital unterstützt. Damit will der multilaterale Kreditgeber lokal geführte Unternehmen und CO₂-ärmere Lieferketten in der Region fördern.

Die Investition ist die erste nicht-staatliche Transaktion von ADB Frontier auf den Cook-Inseln. Die finanzielle Unterstützung soll der zeitgenössischen Mode- und Lifestyle-Marke helfen, auf CO₂-ärmere Seefracht umzustellen, was nach Angaben des Unternehmens den CO₂-Fußabdruck seiner Lieferkette verringern würde.

Außerdem wird mit dem Geld eine Expansion nach Aitutaki finanziert, wo laut Angaben des Unternehmens die Einzelhandelsmöglichkeiten trotz etwa 40.000 Besucher*innen pro Jahr nach wie vor sehr begrenzt sind.

Info: Das 2019 gegründete Unternehmen *Manini Wear* entwirft von der ozeanischen Inselwelt inspirierte Kleidung und gibt an, zertifizierte nachhaltige Stoffe zu verwenden, darunter ECOVERO, eine Faser aus verantwortungsvoll gewonnenem Holz.

Das Unternehmen erklärte, dass seine Kleider von einem Produktionspartner auf Bali hergestellt werden, der sich im Besitz von Frauen befindet. Auch 95 Prozent der Beschäftigten seien Frauen. (<https://maniniwear.com/>, *Islands Business* 09.7.26)

Dokumentation über Webkunst

Cook-Inseln: Ein Kurz-Dokumentarfilm über den Künstler Ta'i Paitai von der Insel Rarotonga wurde kürzlich für das *New Zealand International Film Festival* (Juli bis September) ausgewählt, wo er im Kurzfilmwettbewerb des Festivals, Ngā Whanaunga Aotearoa, antreten wird.

„The Kete Informs You“ begleitet Paitai beim Weben eines *Kete* (handgewebter Korb oder Beutel), während er über seine „Rangara“-Reise, die Inspiration hinter seinem Werk und die Rolle, die das Weben immer noch für die kulturelle Identität und die zeitgenössische Kultur der Cook Islander spielt, reflektiert.

Paitai ist auf den Cook-Inseln bekannt als ehemaliger Tänzer der *Black Grace Dance Company* und anderer Ensembles sowie für sein langjähriges Engagement bei *Moana Contemporary Arts*. Der Dokumentarfilm zeichnet nach, wie er vor fünf Jahren durch einen „Lalaga Kato“-Workshop des „*Tupumaiaga a Niue Trust*“ zum Flechten und Weben kam.

Paitai erklärte, die Dokumentation sei Teil eines für ihn unerwartet bemerkenswerten Jahres geworden, in dem er unter anderem zur Eröffnung der neuen Ozeanien-Galerie im *Metropolitan Museum of Art in New York* eingeladen wurde und ihm das William-Hodges-Stipendium für einen Künstleraufenthalt in Southland angeboten wurde.

Hier geht es zur Homepage des Künstlers: <https://tetumu-website.vercel.app/>

(Cook Islands News 04.07.26)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Senat stimmt für bessere Entschädigung

Frz.-Polynesien: Der französische Senat hat am 28. Mai 2026 in Paris (Frankreich) einstimmig einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Entschädigungszahlungen für die Atomtestopfer in Französisch-Polynesien verabschiedet. Der Gesetzentwurf muss nun erneut in der Nationalversammlung geprüft werden, um endgültig verabschiedet zu werden.

Der von den beiden Abgeordneten Mereana Reid Arbelot (*Kommunistische Partei*) und Didier Le Gac (*Partei Renaissance*) vorgelegte Gesetzentwurf, der aus einem Untersuchungsausschuss hervorgegangen war und Anfang des Jahres von der Nationalversammlung verabschiedet worden war, wurde jetzt von den Senator*innen einstimmig gebilligt. Er zielt darauf ab, das Recht auf Entschädigungszahlungen für die Opfer von Atomtests in Polynesien zu reformieren.

Der verabschiedete Gesetzestext hebt somit das derzeit geltende konkrete Expositions-kriterium – eine Dosis von mindestens einem Millisievert (mSv) pro Jahr – zugunsten einer „unwiderlegbaren“ Expositions*vermutung* auf. Konkret bedeutet dies, dass jede Person, die an einer strahlenbedingten Erkrankung leidet und sich in bestimmten Gebieten und Zeiträumen aufgehalten hat, Anspruch auf Entschädigung hat, ebenso wie ihre Rechtsnachfolger*innen.

„Viel zu lange mussten die Opfer

das Unbeweisbare beweisen. Man hielt ihnen administrative Schwellenwerte, theoretische Berechnungen und umstrittene Modellrechnungen entgegen, obwohl die freigegebenen Archive nach und nach das tatsächliche Ausmaß der Strahlenbelastungen offenbarten“, stellte der polynesischen Senator Teva Rohfritsch fest.

Der Senat hat nun einige Änderungen gegenüber dem in der Nationalversammlung verabschiedeten Text vorgenommen und insbesondere die Einrichtung einer Kommission zur Bewertung der Ausgaben für die Behandlung der Erkrankungen gestrichen, was nach Ansicht der oberen Kammer in den Zuständigkeitsbereich der Regulierungsbehörde fällt.

Die Senator*innen führten zudem eine Mindestaufenthaltsdauer von sechs Monaten in Französisch-Polynesien ein, um im Rahmen der atmosphärischen Atomtests – die im Freien und oberirdisch durchgeführt wurden – eine Entschädigung zu erhalten, um zu verhindern, dass Tourist*innen Entschädigungszahlungen beantragen.

Die Kosten der geplanten Reform sind schwer abzuschätzen, könnten jedoch allein für zuvor abgelehnte Anträge, die nun positiv beschieden werden könnten, fast 41,8 Milliarden Francs (350 Millionen Euro) betragen.

Hintergrund: Zwischen 1966 und 1996 waren auf den Atollen Moruroa und Fangataufa in Frz.-Polynesien 193 Atombomben getestet worden.

(Les Nouvelles Calédoniennes 29.05.26, <https://www.senat.fr/dossier-legislatif/pp125-324.html>)

Ausweitung des Meeresschutzgebietes

Frz.-Polynesien: Das französische Überseegebiet will sein Meeresschutzgebiet auf eine Fläche von 1,6 Millionen Quadratkilometern ausweiten, wie Präsident Moetai Brotherson im Juni bekanntgab.

Seit 2025 ist die gesamte ausschließliche Wirtschaftszone Französisch-Polynesiens, also etwa 4,8 Millionen Quadratkilometer, als „*Marine Protected Area*“ (MPA) ausgewiesen.

„1,1 Millionen Quadratkilometer genossen bisher die höchste Schutzstufe (Kategorien 1 und 2), sogenannte ‚No-Take‘-Zonen, in denen nur nachhaltiger Tourismus und bestimmte traditionelle Fischereitätigkeiten erlaubt sind“, erklärte der polynesische Präsident.

Davon unterliegen 900.000 km² dem strengsten Schutz: ein 680.000 km² großer Meeresspark auf den Gambier-Inseln, der zusammen mit dem benachbarten Pitcairn-Reservat das weltweit größte grenzüberschreitende streng geschützte Gebiet bildet, sowie ein 220.000 km² großes Meeresschutzreservat in der Nähe der Gesellschaftsinseln.

Die verbleibenden 200.000 km² sind Küstengebiete, in denen eine verantwortungsvolle Fischerei durch kleine Schiffe erlaubt ist.

„Wir werden zwei neue Meeresschutzgebiete hinzufügen, eines nordöstlich der Marquesas-Inseln und das zweite südlich der Austral-Inseln, wodurch sich die Gesamtfläche der Meeresschutzgebiete der Klassen 1 und 2 um insgesamt eine halbe Million Quadratkilometer vergrößern wird“, sagte Moetai

Brotherson. In diesen streng geschützten Gebieten ist die kommerzielle Fischerei dann verboten. (Les Tahiti Infos 08.06.26)

Wiederaufbereitung von Batterien

Frz.-Polynesien: In Französisch-Polynesien bietet ein neues Unternehmen jetzt an, leere Batterien vor Ort wiederaufzubereiten, um ihre Lebensdauer zu verlängern. Jährlich werden ca. 80.000 Batterien importiert. Diese Blei-Säure-Batterien versorgen Fahrzeuge, Industrieanlagen oder auch Solarstromspeicher mit Strom. Mit der Zeit verlieren sie jedoch nach und nach ihre Fähigkeit, Strom zu speichern.

Das spezialisierte Unternehmen bietet an, den Batterien dank eines Regenerierungsverfahrens ein zweites Leben zu schenken. *„Das Ziel ist es, zu verhindern, dass die Batterien als Abfall enden, und ihnen ein zweites Leben zu schenken. Mithilfe eines Verfahrens mit elektrischen Impulsen gelingt es uns, die Batterie zu regenerieren und sie in einen neuwertigen Zustand zurückzusetzen“,* erklärte Julian Robert-Valette, Geschäftsführer von „Be Energy Polynésie“. *„Wir senden elektrische Impulse mit niedriger Frequenz und sehr hoher Stromstärke aus, um das Bleisulfat aufzubrechen und die Batterie in ihren ursprünglichen Zustand zurückzusetzen. Außerdem stellen wir sicher, dass die Chemie der Batterie ausgeglichen ist und der Schwefelsäuregehalt den erwarteten Parametern entspricht. Wir bringen die Batterie also in jeder Hinsicht wieder in einen einwandfreien Zustand“,* erklärt Robert-Valette das aufwändige Verfahren, das aber helfen soll, Elektroschrott zu vermeiden

und Batterien ein Stück weit nachhaltiger zu machen.

(<https://pf.be-energy.group/>, <https://www.tntvnews.pf/polynesie/environnement/regenerer-les-batteries-plutot-que-les-jeter-une-premiere-en-polynesie/> 26.06.26)

Taucher vernichten Sprengstoff

Pitcairn: Bereits Anfang des Jahres haben Taucher der britischen Royal Navy historischen Sprengstoff vernichtet, der auf Pitcairn entdeckt worden war. Mehr als 3,5 Tonnen Ammoniumnitrat, Überreste aus dem Hafenbau vor über 50 Jahren, waren gefunden worden.

Die sichere Zerstörung des Sprengstoffs wurde von Tauchern der in Portsmouth (United Kingdom) stationierten HMS Tamar durchgeführt, einem Offshore-Patrouillenschiff, das dauerhaft im Südpazifik stationiert ist. Die Sprengstoffe wurden in einer Reihe kontrollierter Sprengungen sicher zur Explosion gebracht.

Lieutenant Commander Jim Langley, Erster Offizier der HMS Tamar, sagte: *„Die Zeit der Tamar auf Pitcairn war lohnend und äußerst produktiv.“* Man habe nicht nur den Sprengstoff vernichtet, sondern auch gemeinsame Veranstaltungen mit der Schiffsbesatzung und den rund 40 Einwohnenden der Insel durchgeführt. Die Schiffsbesatzung unterstützte die Einwohner*innen auch technisch, indem sie bei der Reparatur von Solaranlagen half, die Infrastruktur ausbesserte und bei Bauarbeiten am Gemeindezentrum mitwirkte.

Rachael Midlen, die Verwalterin der Insel, sagte: *„Es war großartig, die Royal Navy zum dritten Mal in vier Jahren wieder auf Pitcairn willkommen zu heißen. Die Insel ist*

eng mit der Marine verbunden – nicht nur aufgrund der Geschichte der HMS Bounty, sondern auch wegen der Maßnahmen zur maritimen Sicherheit, die unser wichtiges Meeresschutzgebiet unterstützen.“

Die Inselbewohner*innen luden die Besatzung der HMS Tamar nach dem Ende ihres Einsatzes als Dankeschön zu einem Open-Air-Bankett auf dem Adamstown Square in der Hauptstadt ein.

Info: Die Sprengstoffe waren während eines Routinebesuchs der HMS Tamar im Jahr 2024 im Norden der Insel gefunden worden, was Anfang dieses Jahres zu einem Spezialeinsatz der Bravo Diving Unit II der „Diving & Threat Exploitation Group“ der Royal Navy führte.

Lieutenant Commander Callum Clarke, der leitende Offizier der Bravo Diving Unit II, sagte: „Dieser Einsatz wird für mich und alle Mitglieder meines Teams ein Karrierehöhepunkt bleiben. Normalerweise stehen wir im gesamten Süden des Vereinigten Königreichs für Bombenräumungseinsätze auf Abruf bereit, daher war die Reise zu einer so abgelegenen und wunderschönen Pazifikinsel ein echtes Privileg und Abenteuer.“

(<https://www.dailyecho.co.uk/news/26017775.hms-tamar-destroys-3-5-tonnes-explosives-pitcairn-islands/> 13.04.26, <https://www.royal-navy.mod.uk/news/2026/april/13/20260413-tamar-in-pitcairn>)

Austausch über Navigation und Seefahrt

Rapa Nui: „Koro Nui o te Vaikava o Rapa Nui“, der sogenannte Meeresrat von Rapa Nui (KNTV), hat Anfang Mai gemeinsam mit der „Polynesian Voyaging Society“

(PVS) und den Pacific Pwo Navigators „Te Piri mā’ohi o Te Moana Nui a Hiva“ ein Treffen von pazifischen Führungskräften aus Kultur und Gesellschaft organisiert.

Die Veranstaltung brachte Segler*innen, Wissenschaftler*innen, Meeresexperten, Kulturschaffende, Gemeindevorstandende und Regierungsvertretende aus dem gesamten Pazifikraum zusammen, um das Wissen über die Seefahrt auszutauschen und bei Initiativen zum Schutz der Meere zusammenzuarbeiten, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Hohen See lag.

Das Treffen bot den Teilnehmenden eine Plattform für den Austausch von Traditionen, Praktiken und Erkenntnissen aus der Seefahrt und der früheren und aktuellen Navigation. Die Teilnehmenden tauschten zudem Erfahrungen und bewährte Verfahren im Bereich des Meeresschutzes, der indigenen Verantwortung für die Umwelt und der Schutzbemühungen auf hoher See in ganz Ozeanien aus.

Ziel war es auch, den KNTV zu beraten und zu unterstützen, denn dieser plant den Bau eines eigenen Hochseekanus. Der Meeresrat von Rapa Nui sieht das zukünftige Kanu als ein Symbol für kulturelle Wiederbelebung, Bildung, Navigationsausbildung, Meeresforschung und Meeresschutz.

„Wir sind hier auf Rapa Nui bei diesem Treffen, um durch unsere Lehrer und unsere Geschichten Verbindungen aufzubauen und voneinander zu lernen – über Seefahrt, über den Schutz der Meere und darüber, was es bedeutet, zum Pazifik zu gehören“, sagte Jonah Apo, Besatzungsmitglied der Hōkūle’a und Koordinator der PVS. „Jedes Mal, wenn wir diese Seewege

befahren, entsteht eine weitere Verbindung, und eine weitere Generation von Menschen aus dem Pazifik wird vereint.“

Info: Die Teilnehmenden vertraten Gemeinschaften und Organisationen aus Neuseeland, Chile, den Cook-Inseln, den Föderierten Staaten von Mikronesien, Fidschi, Französisch-Polynesien, Hawai’i, Panama, Rapa Nui, den Salomonen sowie aus Barbados, Belize und Frankreich.

Zum Abschluss des Treffens verabschiedeten die Teilnehmenden eine Art „Manifest“, in dem sie sich verpflichten, die kulturellen Bindungen zu stärken, die Traditionen der ozeanischen Seefahrt fortzuführen und die gemeinsamen Bemühungen zum Schutz des Pazifischen Ozeans für künftige Generationen fortzusetzen.

(<https://hokulea.com/pacific-voyaging-and-ocean-leaders-convene-in-rapa-nui-to-strengthen-cultural-connections-and-advance-ocean-protection/> 28.05.26)

Besserer Schutz für Meeresschutzgebiet

Rapa Nui: Die pazifische Umweltschutzorganisation „Island Conservation“, die „Blue Nature Alliance“ und lokale Führungskräfte haben sich zum Schutz der Ökosysteme von Rapa Nui zusammengeschlossen.

Der lokale sogenannte „Meeresrat“ (Koro nui o Te Vaikava Sea Council) der Osterinsel hat sich zur engen Zusammenarbeit mit den oben genannten Organisationen entschlossen, um die effektive Verwaltung und Umsetzung der Meeresschutzgebiete (Marine Protected Areas, MPAs) von Rapa Nui zu unterstützen.

Mit einer Fläche von 729.368

Quadratkilometern gehören die Meeresschutzgebiete von Rapa Nui zu den größten ihrer Art weltweit. Was sie auszeichnet, ist ihre Verwaltung: Die Gebiete werden gemeinsam von einem Vorstand verwaltet, der sich aus Vertretern der chilenischen Regierung und Mitgliedern des demokratisch gewählten lokalen Meeresrats von Rapa Nui zusammensetzt, der wiederum aus lokalen Mitgliedern der Rapa-Nui-Gemeinschaft besteht. Mit sechs Vertretenden von Rapa Nui und fünf Regierungsvertretern der ‚Kolonialmacht‘ Chile im Vorstand ist dies eines der weltweit ersten Meeresschutzgebiete, das mehrheitlich von einer indigenen Mehrheit mitverwaltet wird.

Ziele der neuen Zusammenarbeit sind etwa die Wiederherstellung und Vergrößerung der Seevogelpopulationen, die Renaturierung einheimischer Pflanzen und die regelmäßige Meeresüberwachung.

Info: Die Zusammenarbeit ist Bestandteil der *Island-Ocean Connection Challenge* (IOCC). Hierbei handelt es sich um eine internationale Naturschutzinitiative, die von *Island Conservation*, *Re:wild* und dem *Scripps Institution of Oceanography* (University of California San Diego) geleitet wird. Rapa Nui ist der IOCC Anfang August beigetreten.

Das Meeresschutzgebiet von Rapa Nui, Te Moana Tapu a Hotu Matu'a, wurde auf der „Our Ocean“-Konferenz mit dem „Blue Park Award 2026“ ausgezeichnet, da es einen strengen, wissenschaftlich fundierten globalen Standard für wirksamen Meeresschutz erfüllt.

(<https://www.jointheiocc.org/news/rapa-nui-easter-island-joins-iocc> 04.08.26, <https://missionblue.org/2026/05/rapa-nui-recognized-as-a-hope-spot-for-culture-conservation-and-ocean->

stewardship/)

HAWAI'I

Projekt zur Beseitigung von Meeresmüll steht vor ungewisser Finanzierung

Ein wichtiges Projekt, das seit vier Jahren Meeresmüll aus den Gewässern rund um die Hawai'i-Inseln entfernt, läuft Gefahr, nach August 2026 seine Finanzierung zu verlieren.

Das Zentrum für Meeresmüllforschung der *Hawai'i Pacific University* startete 2022 sein „Bounty-Projekt“, das auf der Idee basierte, Fischer für den von ihnen eingebrachten Meeresmüll zu bezahlen: Die Fischer, von denen viele bei der „*Hawai'i Longline Association*“ beschäftigt sind, bringen den auf hoher See eingesammelten Meeresmüll wie verlassene Fischereiausrüstungen oder Plastikartikel mit ihren Booten an Land und von dort weiter zum Forschungszentrum für Meeresmüll an der Uni. Sie werden pro Pfund des abgegebenen Meeresmülls bezahlt.

Das Projekt ist eine von drei Initiativen zur Beseitigung von (Plastik-)Müll aus dem „Great Pacific Garbage Patch“, der sich zwischen Hawai'i und dem US-amerikanischen Festlandstaat Kalifornien befindet.

Projektleiterin Katie Stevens sagte, das Team des „*Center for Marine Debris Research*“ habe die Fischereiboote als „Chancenboote“ betrachtet. *„Diese Fischerfahrzeuge sind ohnehin schon vor Ort, wodurch zusätzliche Emissionen, Zeit und Kosten vermieden werden, die entstehen würden, wenn man eine Crew extra dafür bezahlen müsste, dorthin zu fahren und den Müll zu beseitigen“*, erklärte Stevens. *„Wir sahen darin*

eine Chance, die Fischergemeinden einzubinden und ihnen einen zusätzlichen Anreiz zu geben, die Fischgründe zu säubern, die sie ohnehin schon nutzen.“

Seit seinem Start hat das Bounty-Projekt über 200.000 Pfund Meeresmüll eingesammelt, wobei etwa 80 % davon aus verlorenen oder aufgegebenen Fischernetzen und Fanggeräten besteht („Ghost Gear“).

Das Projekt wurde in den ersten drei Jahren ursprünglich durch das NOAA-Programm für Meeresmüll finanziert, welches anschließend durch 70.000 US-Dollar aus der „Global Ghost Gear Initiative“ der Umweltschutzorganisation „*Ocean Conservancy*“ abgelöst wurde.

Diese Finanzierungsquelle lief jedoch jetzt aus. Kürzlich konnte ein neuer Zuschuss in Höhe von 9.000 US-Dollar von der „*Hawai'i Community Foundation*“ gesichert werden, wodurch das Projekt um zwei weitere Monate bis Ende August verlängert werden kann. Ohne eine weitere Finanzierungsquelle läuft das Zentrum jedoch Gefahr, nach August Mitarbeitende im Projekt und das Projekt an sich zu verlieren.

Der Großteil der Projektmittel fließt in die Bezahlung der Fischer für den von ihnen eingebrachten Meeresmüll, doch das Zentrum unterstützt auch Initiativen zur Wiederverwendung oder zum Recycling der gesammelten Netze und verlassenen Fanggeräte.

Stevens erklärte, das Team arbeite daran, hochdichtes Polyethylen – aus dem beispielsweise Milchkartons und Waschmittelverpackungen bestehen – zu Asphalt zu recyceln, um damit Straßen auf der Insel zu pflastern. Sie fügte hinzu, dass der Müll, der nicht recycelt oder an den Energiezulieferer H-

POWER weitergegeben wird, an lokale Künstler*innen oder Forscher*innen gespendet wird.

„Wir wollen in Hawaii eine Kreislaufwirtschaft schaffen, die Ressourcen hier behalten, hier Produkte herstellen, hier Arbeitsplätze schaffen und hier Qualifikationsmaßnahmen anbieten“, erläuterte Stevens.

Ohne finanzielle Mittel, so Stevens, würden diese Bemühungen jedoch zum Erliegen kommen, was zu einer höheren Ansammlung von Abfällen führen und Meereslebewesen sowie Korallenriffe gefährden würde. (*Hawai'i Public Radio 18.06.26*)

Neues Gesetz fördert Meereswirtschaft und Umweltschutz

Gouverneur Josh Green hat Anfang Juli den Senatsentwurf 2907, der Hawai'i zum „Ozean-Cluster“ erklärt, unterzeichnet.

Das neue Landesgesetz konzentriert sich auf Hawai'is meeresbezogene Politik, um die Meereswirtschaft zu fördern und die natürlichen Ressourcen besser zu schützen und zu bewahren.

Die Abgeordnete Kirstin Kahaloa sagte während der Unterzeichnungszeremonie im Senat: *„Bei diesem Gesetz geht es darum, Hawaii so zu positionieren, dass es eine führende Rolle in den Bereichen Meereswissenschaft, Meeresstechnologie, Aquakultur, nachhaltige Fischerei, Küstenresilienz und aufstrebende Industrien einnimmt. Es spiegelt unsere Überzeugung wider, dass durchdachte wirtschaftliche Entwicklung und verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt Hand in Hand gehen können und sollten.“*

Der Gesetzentwurf weist darauf hin, dass Island, Norwegen,

Singapur und einige US-Bundesstaaten, die sich selbst zu „Ozean-Clustern“ erklärt haben, die Schaffung von Arbeitsplätzen, technologische Verbesserungen und Zusammenarbeit vorangetrieben haben.

Laut Kahaloa sollen mit Hilfe des Gesetzes tatsächlich neue Arbeitsplätze im Meeresschutz geschaffen werden.

Das Gesetz sieht außerdem die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor, die die Entwicklung der „blauen Wirtschaft“ (blue economy) des US-amerikanischen Bundesstaates und der damit verbundenen politischen Maßnahmen vorantreiben und den lokalen Entscheidungsträgern entsprechende Empfehlungen unterbreiten soll.

Info: Dem Gesetzentwurf zufolge wird die weltweite Wirtschaftsleistung im Bereich der Meereswirtschaft bis zum Ende des Jahrzehnts voraussichtlich 3 Billionen US-Dollar pro Jahr erreichen. (<https://www.hawaiipublicradio.org/> 07.07.26)

Kamaka-Ukulele-Tag

Der Bürgermeister von Honolulu, Rick Blangiardi, hat den 18. Juni 2026 offiziell zum „Kamaka-Ukulele-Tag“ zu Ehren der Meisterhandwerker für den Bau von Ukulelen erklärt.

Das Traditionsunternehmen „Kamaka Ukulele“ wurde vor 110 Jahren von Sam Kamaka Sr. gegründet. Bis heute werden die Ukulelen in seiner Fabrik in der South Street hergestellt. Das Familienunternehmen in der dritten Generation wird von Chris Kamaka Sr. geleitet. Er ist Vizepräsident des Unternehmens und wie sein Vater, sein Onkel und sein Großvater

Ukulelenbauer. Das Unternehmen produziert jährlich rund 15.000 Ukulelen.

Kamaka Ukulele bezieht den Großteil seines Holzes von Koa-Bäumen auf der Insel Hawai'i. Das Holz wird aus einem Stamm verarbeitet, zu Viertelzoll-Sätzen geschnitten und schließlich zu einer Decke, einem Boden und einem Paar Zargen geformt.

Info: Die Ukulele ist ein kleines Saiteninstrument, das zur Familie der Lauten gehört und meist vier Saiten hat. Sie ähnelt einer kleinen Gitarre, klingt aber heller, freundlicher und oft sehr fröhlich.

Das Instrument hat seine Wurzeln in Portugal und ist eng mit der Plantagenzeit des Zucker- und Ananasanbaus auf Hawai'i verbunden. (*Hawai'i Public Radio 22.06.26*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Neuer US-Botschafter

Jared Novelly ist neuer US-amerikanischer Botschafter für Neuseeland, Niue, die Cook-Inseln und Samoa mit Dienstsitz in Wellington (Neuseeland). Er folgt auf Tom Udall.

Bei seinem Amtsantritt in Wellington erklärte Novelly, dass *„die Cook-Inseln mit ihren Reichtümern am Meeresboden und ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber US-amerikanischen Erkundungen entweder auf Platz 1a oder 1b meiner Prioritätenliste stünden“*.

Er wolle sich dafür einsetzen, dass diese Rohstoffe auch von US-amerikanischen Unternehmen genutzt werden könnten. Ihm sei klar, dass er nicht derjenige sei, der über Explorationslizenzen für

die Tiefsee der Cook-Inseln entscheiden könne, aber seine Bürotür stünde jederzeit allen Interessenten offen, so der neue Botschafter.

Novelly lobte den amerikanischen Präsidenten Donald Trump, mit dem er „viel gemeinsam“ habe, als „Disruptor“. Er sagte: *„Genau wie wir über Disruption gesprochen haben, werden wir uns verschiedene Wege ansehen, wie man Dinge angehen kann.“*

Jared Novelly (geb. 1974 oder 1975) ist ein US-amerikanischer Geschäftsmann und Diplomat. Außerdem ist er Vorsitzender der *„Illawarra Hawks“*, einer australischen Basketballmannschaft, die er 2020 über seine Investmentfirma *Crest Sports and Entertainment* erworben hatte.

Novelly ist Milliardär und Großspender der Republikaner. Zunächst unterstützte er Nikki Hales Präsidentschaftskampagne 2024, später spendete er jedoch an Donald Trump. Von 2022 bis zu seiner Ernennung zum Botschafter verbrachte er den Großteil seiner Zeit in Australien.

Hintergrund: Die Vereinigten Staaten haben die weltweite Entwicklungshilfe in Höhe von rund 25 Milliarden US-Dollar umgestaltet und setzen stattdessen auf eine „Handel statt Hilfe“-Plattform (trade over aid), die marktwirtschaftliche Reformen in Ländern der Dritten Welt fördert. (*Radio NZ Pacific 06.07.26, Wikipedia*)

Treffen der Fischereiminister

Fischereiminister aus dem gesamten Pazifikraum sind am 30. Juni in Wellington (Neuseeland) zur 25. jährlichen Ministertagung des *Forum Fisheries Committee* (FFC) zusammengekommen, um

Maßnahmen zu erörtern, die darauf abzielen, das Fischereimanagement in Ozeanien zu stärken, die wirtschaftlichen Erträge zu steigern und die regionale Zusammenarbeit zu verbessern.

Die von der neuseeländischen Regierung ausgerichtete Tagung wurde mit einem traditionellen Māori-Pōwhiri im Museum *„Te Papa Tongarewa“* in Wellington eröffnet, bei dem die Minister, hochrangige Beamte*innen, Entwicklungspartner und Beobachtende willkommen geheißen wurden.

Der Generaldirektor der *Forum Fisheries Agency* (FFA), Noan David Pakop, erklärte, die Zeremonie spiegele das gemeinsame Engagement der Pazifikstaaten für den Schutz der Meeresressourcen in der Region wider.

Pakop gratulierte dem neuseeländischen Minister für Ozeane und Fischerei, Shane Jones, zur Übernahme des Vorsitzes der FFC-Ministertagung und erklärte, die Arbeit hochrangiger Fischereibeamter habe die Grundlage für die Beschlüsse der Minister geschaffen.

Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten bei der Konferenz gehörte das vorgeschlagene *„South Pacific Albacore Allocation Arrangement“* (Zuteilungsvereinbarung für Südpazifischen Weißen Thunfisch), die darauf abzielt, langfristige Sicherheit für eine der wertvollsten Thunfischfischereien der Region zu schaffen und gleichzeitig die Führungsrolle der pazifischen Küstenstaaten bei der Bewirtschaftung dieser Ressource zu stärken.

Die Minister erörterten außerdem die *„East New Britain Initiative“*, die darauf abzielt, die Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an der Thunfischindustrie zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen, die

lokale Wirtschaft zu stärken und die Ernährungssicherheit im gesamten Pazifikraum zu verbessern.

Neuseeland bekräftigte gleich zu Beginn des Treffens seine Unterstützung für die Fischerei im Pazifik, indem es zusätzliche Mittel für die FFA ankündigte, um die Bemühungen gegen illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei zu verstärken, die Fischereikapazitäten in den Mitgliedsländern auszubauen und die langfristige Nachhaltigkeit der regionalen Fischerei zu fördern.

Der neuseeländische Vizepremierminister und Außenminister Winston Peters erklärte, der Pazifik liefere mehr als die Hälfte des weltweit gehandelten Thunfischs, doch die Pazifikstaaten erhielten nicht immer einen fairen Anteil an dessen wirtschaftlichem Wert.

Info: Das jährliche Ministertreffen des *Forum Fisheries Committee* ist das hochrangigste Fischereiforum im Pazifikraum. Es bringt Minister aus den FFA-Mitgliedsländern zusammen, um strategische Leitlinien für die Erhaltung, nachhaltige Bewirtschaftung und Entwicklung der Fischereiressourcen der Region festzulegen.

(<https://www.ffa.int/> 30.06.26, *Pacific Business Review* 08.07.26)

Michelin-Stern für samoanisches Restaurant

Das Restaurant „TALA“ in Auckland ist das erste samoanische Restaurant weltweit, das einen Michelin-Stern erhalten hat.

Das im Vorort Parnell ansässige Restaurant erhielt diese Auszeichnung Ende Juni im Rahmen der Erstausgabe des Michelin-Führers für Aotearoa/Neuseeland.

Das Restaurant befindet sich im gemeinsamen Besitz von Chefkoch Henry Onesemo und seiner Frau Debby Onesemo und orientiert sich an einer tief verwurzelten samoanischen Identität. Es wurde im November 2023 eröffnet.

Die Menüs des TALA konzentrieren sich darauf, durch das Essen Geschichten zu erzählen, mit festgelegten kulinarischen Erlebnissen wie der „Chef's Journey“ und der „Fāgogo Journey“. Das Restaurant nutzt einen „Umu“, einen traditionellen Erdofen, der während der Bestellung bereits vorbereitet wird, sodass die Gäste den Kochvorgang von Anfang bis Ende mitverfolgen können.

Die Speisekarte greift auch historische Einflüsse aus der Vergangenheit Samoas auf, darunter die britische, deutsche und amerikanische Kolonialzeit sowie den Einfluss der chinesischen Arbeitsmigration auf die lokalen Esskulturen. Auch kulturelle Bräuche seiner Heimat wie das Waschen der Hände vor dem Dessert sind dem samoanischen Besitzer und Chefkoch wichtig.

Info: Ein Michelin-Stern ist eine der weltweit renommiertesten Auszeichnungen für Restaurants. Vergeben wird er vom *Guide Michelin*, einem Restaurantführer, der ursprünglich vom französischen Reifenhersteller *Michelin* herausgegeben wurde. Die Bewertung erfolgt durch anonyme Michelin-Inspektoren. Dabei zählen vor allem die Qualität der Zutaten, die Kochtechnik, die Harmonie der Aromen, die Persönlichkeit der Küche und die Beständigkeit der Leistung. Der Luxus oder die Größe des Restaurants sind nicht entscheidend.

Das TALA ist eines von 14 Restaurants, die im ersten

neuseeländischen Michelin-Führer mit einem Michelin-Stern ausgezeichnet wurden; das „Essence“ in Queenstown erhielt bei der historischen Vorstellung zwei Sterne. (*Pacific Media News 01.07.26, Wikipedia, <https://guide.michelin.com/>*)



Programm „Kostenlose Schulmahlzeiten“ ausgesetzt

Indonesien: Die Regierung hat knapp 2.000 Küchen für kostenlose Schulmahlzeiten wegen Verstößen gegen Hygienevorschriften vorübergehend geschlossen. Vorausgegangen war ein Lebensmittelskandal am 2. September in Sidoarjo in der Provinz Ost-Java. Hier hatten sich rund 2.000 Schüler*innen und Lehrkräfte durch verunreinigte Nahrung eine schwere Lebensmittelvergiftung zugezogen, etliche Schüler*innen mussten im Krankenhaus behandelt werden.

Derzeit gibt es in ganz Indonesien 27.022 Kantinen-Küchen, die kostenlose Mahlzeiten ausgeben, knapp 2.000 wurden jetzt geschlossen, weil sie sich nicht beim Gesundheitsministerium für die vorgeschriebenen Hygiene- und Sanitärzertifizierungen angemeldet hatten. Die Hygiene- und Sanitärzertifizierung sei eine zwingende Voraussetzung für den Betrieb von Küchen, die im Rahmen des Programms für kostenlose Mahlzeiten tätig seien, erklärte Sudaryono vom Gesundheitsamt. Die Behörde werde diese Küchen untersuchen, bevor über weitere

Maßnahmen entschieden werde, sagte er weiter.

Info: Seit seinem Start im Januar letzten Jahres wurde das ehrgeizige „Free Meals-Programm“ von Präsident Prabowo Subianto von einer Reihe von Problemen überschattet, darunter Korruptionsvorwürfe, Führungswechsel und massive Fälle von Lebensmittelvergiftungen. Bis zum 1. September 2026 seien mindestens 50.000 Menschen von Lebensmittelvergiftungen durch kostenlose Mahlzeiten betroffen gewesen, sagte Charles Honoris, ein Abgeordneter des indonesischen Parlaments, der das Programm beaufsichtigt, unter Berufung auf Daten des Gesundheitsministeriums. (*Reuters 08.09.26*)

MSG fordert Besuch des UN-Hochkommissars

Westpapua: Indonesien gerät zunehmend unter regionalen Druck, einen Besuch des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Westpapua zuzulassen, nachdem melanesische Staats- und Regierungschefs gewarnt hatten, dass Jakartas Stellung in ihrem regionalen Staatenbündnis überprüft werden könnte, sollte die seit langem ausstehende Einladung nicht zustande kommen.

Bei einem Treffen am Rande des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs des *Pacific Islands Forum* (PIF) am 31. August 2026 in Koror (Palau) forderte die *Melanesian Spearhead Group* (MSG) ihren derzeitigen Vorsitz, den Staat Fidischi, auf, sich schriftlich an Indonesien zu wenden und Zugang für das Büro des Hohen Kommissars zu beantragen, damit auf dem nächsten MSG-Gipfel im Jahr 2027 ein Bericht über die Menschenrechtslage in dem Gebiet

vorgelegt werden kann. Die Staats- und Regierungschefs erklärten, dass andernfalls die assoziierte Mitgliedschaft Indonesiens im Pazifischen Inselforum auf diesem Gipfel überprüft werden müsse.

Hintergrund: Die Forderung ist nicht neu. Die Staats- und Regierungschefs des Pazifikraums forderten erstmals im Jahr 2019 eine UN-Menschenrechtsmission nach Westpapua, und diese Forderung wurde bei den Forums-Treffen in den Jahren 2023, 2024 und 2025 sowie auf dem Gipfeltreffen der MSG im Jahr 2023 erneut bekräftigt. Was sich geändert hat, ist der Ton. Die Erklärung der MSG setzt eine Frist und drängt darauf, dass der Besuch noch vor Ablauf der indonesischen Präsidentschaft im UN-Menschenrechtsrat am 31. Dezember 2026 stattfindet, und fordert die Botschaften der Mitgliedstaaten in Jakarta auf, dies weiterzuverfolgen.

Die Staats- und Regierungschefs des PIF erwägen zudem einen Vorschlag, sich am Rande der UN-Generalversammlung in New York Ende dieses Monats mit dem indonesischen Präsidenten Prabowo Subianto zu treffen. Die Initiative wird vom gesamten Forum unterstützt, das im vergangenen Jahr den fidschianischen Premierminister Sitiveni Rabuka und den Premierminister von Papua-Neuguinea, James Marape, zu Sonderbeauftragten für Indonesien in dieser Angelegenheit ernannte und dessen stellvertretender Generalsekretär, Esala Nayasi, erklärte, das Sekretariat koordineiere nun die nächsten Schritte mit der neu ernannten Generaldirektorin der MSG, Dr. Anna Naupa. (<https://asiapacificreport.nz/2026/09/03/>, <https://humanrightsmonitor.org/08.09.26>)

Papua-Parlament unterstützt Einrichtung neuer Provinz

Westpapua: Vier (nämlich Golkar, Amanat Sejahtera, Bangkit Gerakan Indonesia Raya und Special Autonomy) von sechs Fraktionen im „*Dewan Perwakilan Rakyat Papua*“ (DPRP), der Volksvertretung der gesamten Provinz Westpapua mit Sitz in Jayapura, unterstützen die Einrichtung eines Arbeitsausschusses, der den Vorschlag zur Gründung der neuen Provinz *Zentral-West-Papua* begleiten soll. Das Vorhaben umfasst vier Bezirke im traditionellen Gebiet der Bomberay, wobei die Entscheidung über die Erweiterung weiterhin bei der Zentralregierung von Indonesien liegt.

Der Vorsitzende des DPRP, Orgenes Wonggor, erklärte, die Unterstützung sei in der Plenarsitzung am 31. August zum Ausdruck gebracht worden. Der Vorschlag für eine neue Provinz „Zentral-West-Papua“ umfasst die Regentschaften Teluk Bintuni, Teluk Wondama, Fakfak und Kaimana.

Der Regionalsekretär von West-Papua, Ali Baham Temongmere, erklärte, dass jeder Vorschlag für eine neue autonome Region den Vorschriften entsprechen und die von der Zentralregierung festgelegten Anforderungen erfüllen müsse.

Laut Ali bietet das Gesetz Nr. 2 von 2021 über die Sonderautonomie für Papua den Menschen in sieben traditionellen Gebieten Raum, ihre Bestrebungen nach einer Erweiterung der Provinzen zum Ausdruck zu bringen.

Zu den sieben Gebieten gehören

Mamta, Saireri, La Pago, Mee Pago, Anim Ha, Bomberay und Domberay. Rachmad C. Sinamur, Sprecher der Fraktion „Amanat Sejahtera“ im Regionalparlament von West-papua, erklärte, dass der Wunsch nach der Bildung von Zentral-West-Papua bereits seit mehreren Jahren vorgebracht worden sei. Der Prozess sei jedoch durch die Moratoriumsregelung zur regionalen Erweiterung behindert worden.

(<https://voi.id/en/news/592240>
01.09.26)

Frauen und Kinder sind Leidtragende im Konflikt

Westpapua: Nach Einschätzung des *United Papuan Women's Forum* sind Frauen und Kinder die Hauptleidtragenden des anhaltenden bewaffneten Konflikts in der indonesischen Provinz Westpapua. In einer im Juli 2026 veröffentlichten Erklärung wirft das Forum der indonesischen Regierung vor, ihrer Verpflichtung zum Schutz der Rechte indigener Frauen und Kinder nicht nachzukommen. Zwischen April und Juli 2026 dokumentierte das Forum mindestens neun Fälle schwerer Gewalt gegen Frauen und Kinder, darunter mutmaßlich rechtswidrige Tötungen, Schussverletzungen sowie Verletzungen durch Sprengkörper im Zusammenhang mit Militäroperationen.

Zu den dokumentierten Vorfällen zählen die Tötung älterer Frauen, einer schwangeren Frau und einer Jugendlichen sowie der Tod eines Kleinkindes. Darüber hinaus wurden mehrere Kinder und Frauen – darunter eine schwangere Frau – bei Militäroperationen verletzt. In einem weiteren Fall kam eine hochschwangere Frau infolge eines Schusswaffeneinsatzes ums

Leben; auch das durch eine Notoperation entbundene Kind überlebte nicht. Nach Angaben des Frauenforums verdeutlichen diese Vorfälle, dass Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, zunehmend unmittelbar von den Auswirkungen des Konflikts betroffen sind.

Das Frauenforum weist darauf hin, dass Frauen und Kinder den größten Teil der Binnenvertriebenen in den Konfliktregionen Westpapas ausmachen. Besonders betroffen seien die Regierungsbezirke Nduga, Puncak, Intan Jaya, Pegunungan Bintang und Mimika. Viele Familien leben dort unter prekären Bedingungen und verfügen nur über einen eingeschränkten Zugang zu Nahrung, sauberem Wasser, Gesundheitsversorgung, Bildung und Schutz. Nach Angaben des Forums seien zahlreiche Vertriebene an Krankheiten oder Mangelernährung gestorben, während viele Kinder seit Jahren keinen regelmäßigen Schulunterricht mehr besuchen könnten.

Neben den materiellen Folgen verweist das Forum auf die langfristigen psychischen Auswirkungen des Konflikts. Wiederkehrende Militäreinsätze, Vertreibung und Gewalterfahrungen führten zu tiefgreifenden Traumatisierungen, insbesondere bei Kindern. Die anhaltende Unsicherheit gefährde nach Einschätzung des Forums die Zukunft einer ganzen Generation indigener Papuas.

Das Frauenforum kritisiert außerdem die zunehmende Militarisierung Westpapas als wesentlichen Faktor für die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Neue Militärposten und verstärkte Truppenpräsenz erschwerten insbesondere Frauen den Zugang zu Gärten, Wäldern und anderen traditionellen Nahrungsquellen.

Teilweise seien Schulen und öffentliche Gebäude ohne Zustimmung der Bevölkerung zu Militärstützpunkten umfunktioniert worden. Dies beeinträchtige nicht nur die Versorgung der Familien, sondern verstärke auch Angst und Unsicherheit in den betroffenen Gemeinden.

Neben den sicherheitspolitischen Maßnahmen kritisiert das Forum auch staatliche Großprojekte, insbesondere die Nationalen Strategischen Projekte (PSN). Nach Einschätzung des Frauenforums führen diese Vorhaben zu Landverlust, Umweltzerstörung und dem Entzug traditioneller Lebensgrundlagen indigener Gemeinschaften. Besonders Frauen seien davon betroffen, da sie eine zentrale Rolle bei der Nahrungsmittelversorgung ihrer Familien und der Bewirtschaftung des Landes einnehmen. Zudem kritisiert das Forum den geplanten Bau eines Weltraumbahnhofs auf Biak, der ohne ausreichende Beteiligung der betroffenen indigenen Bevölkerung vorangetrieben werde und weitere Landkonflikte auslösen könne.

Das *United Papuan Women's Forum* fordert die indonesische Regierung auf, die Rechte indigener Frauen und Kinder auf Leben, Sicherheit und körperliche Unversehrtheit wirksam zu schützen, die Sicherheitsstrategie in Westpapua grundlegend zu überprüfen und zusätzliche, von außerhalb entsandte, Truppen abzuziehen. Statt einer weiteren Militarisierung müsse ein friedlicher und inklusiver Dialog zur Lösung des Konflikts eingeleitet werden.

Darüber hinaus fordert das Forum unabhängige Untersuchungen aller dokumentierten Gewaltfälle durch die Nationale

Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*) und die Nationale Kommission gegen Gewalt an Frauen (*Komnas Perempuan*). Regionale Regierungen und Parlamente in Westpapua werden aufgefordert, konkrete Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Frauen und Kindern zu ergreifen und die Sicherheitskräfte für mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Info: Seit Präsident Prabowo im vergangenen Jahr sein Amt antrat, hat Indonesien seine militärischen Einsätze in Westpapua verstärkt, wo sich die Kämpfe mit der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB) verschärft haben. Inzwischen hat der bewaffnete Konflikt zur Binnenvertreibung von mehr als 127.000 indigenen Papua in ganz Westpapua geführt. (*Westpapua-Netzwerk online 30.07.26*)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Timor-Leste: Die Förderierten Staaten von Mikronesien und die Demokratische Republik Timor-Leste haben am 24. Juni im Rahmen einer Feierstunde zum „*Women in Diplomacy Day*“ (Internationaler Tag der Frauen in der Diplomatie) offiziell diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Botschafterin der Förderierten Staaten von Mikronesien in Australien, Jane J. Chigiyal, und ihre Amtskollegin aus Timor-Leste, Botschafterin Ines Maria de Almeida, unterzeichneten die entsprechenden Dokumente.

Beide Botschafterinnen erklärten, die neuen Beziehungen sollten den bilateralen Dialog stärken, die zwischenmenschlichen Beziehungen vertiefen und gleichzeitig die Zusammenarbeit in den Bereichen

Klimawandel, Meerespolitik, Frieden und Sicherheit sowie nachhaltige Entwicklung ausbauen.

Chigiyal sagte, die beiden Länder „teilten Werte, die über unsere Grenzen und unsere koloniale Vergangenheit hinausgehen“. Sie erklärte, Mikronesien und Timor-Leste hätten bereits in zahlreichen internationalen Foren zusammengearbeitet und formalisierten diese Zusammenarbeit nun durch diplomatische Beziehungen.

Botschafterin Almeida erklärte, die Partnerschaft zeige, dass „der weite Ozean, der unsere Inseln umgibt, lediglich eine Autobahn ist, die Kulturen, Bräuche und Länder miteinander verbindet“.

Info: Timor-Leste ist das 105. Land, das diplomatische Beziehungen zu den Föderierten Staaten von Mikronesien aufgenommen hat.

(<https://islandsbusiness.com/news-break/timor-leste-becomes-fsms-105th-diplomatic-partner/> 03.07.26)

AUSTRALIEN

Vanuatu und Australien unterzeichnen Abkommen

Der australische Premierminister Anthony Albanese und der neue Premierminister von Vanuatu, Jotham Napat, haben am 29. Juni in Canberra ein neues Sicherheits- und Entwicklungsabkommen unterzeichnet. Mit dem sogenannten „Nakamal-Abkommen“ wird Australiens Rolle als wichtigster Partner Vanuatus im Bereich der Polizeiarbeit gefestigt und die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und Infrastruktur

vertieft.

Das neue Abkommen ist das Ergebnis monatelanger Verhandlungen und wurde von beiden Staatsoberhäuptern als Meilenstein in den bilateralen Beziehungen bezeichnet.

Im Rahmen des Abkommens wird Australien der Polizei von Vanuatu verstärkte Unterstützung gewähren, darunter bei der Ausbildung, der Ausrüstung, bei der maritimen Sicherheit, der Zusammenarbeit im Bereich der Nachrichtendienste, bei der Unterstützung im Cyberbereich und bei der Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur. Zudem wird die Koordinierung bei humanitärer Hilfe, Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe gestärkt.

Eine zentrale Bestimmung stellt sicher, dass Vanuatu keine ausländischen Militärstützpunkte oder militarisierter Infrastruktur auf seinem Staatsgebiet zulässt, während seine kritische Infrastruktur frei von Militarisierung, ausländischer Einmischung oder unbefugtem Zugriff bleiben muss. Vanuatu wird sich zudem mit Australien über die Beteiligung Dritter an Projekten im Bereich der kritischen Infrastruktur beraten.

Premierminister Albanese sagte, das Abkommen spiegele das gemeinsame Bekenntnis zu regionaler Stabilität und Souveränität wider.

Premierminister Napat erklärte, das Abkommen markiere ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

„Der heutige Tag ist ein bedeutender Schritt in den Beziehungen zwischen Vanuatu und Australien“, sagte er. „Australien und Vanuatu sind enge Nachbarn, vertrauenswürdige Partner und langjährige Freunde.“

Hintergrund: Das Nakamal-

Abkommen legt einen umfassenden Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Australien und Vanuatu in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Klimaschutz und regionale Stabilität fest.

Zu den Schlüsselbereichen gehören:

- Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Polizeiarbeit
- Schutz der Souveränität und kritischer Infrastruktur
- Klimawandel und erneuerbare Energien
- Wirtschaftliche Entwicklung und Unterstützung der Arbeitskräfte
- Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe
- Verbesserte Mobilitätsvereinbarungen
- Kulturelle und historische Verbindungen
- Gemeinsamer Überwachungsmechanismus

Ein formeller „Nakamal-Ausschuss“ wird regelmäßig zusammentreten, um die Umsetzung zu überwachen, Probleme zu lösen und sicherzustellen, dass Entscheidungen im Konsens getroffen werden.

Das Nakamal-Abkommen tritt in Kraft, sobald die innerstaatlichen Verfahren in beiden Ländern abgeschlossen sind.

(<https://vbt.vu/vanuatu-australia-sign-nakamal-agreement/> 29.06.26, https://www.aph.gov.au/-/media/02_Parliamentary_Business/24_Committees/244_Joint_Committees/JSCT/2025_-_2026/Vanuatu_AU_agreement/Treaty_Text_-_web.pdf)

Ausweitung der Meeresschutzgebiete geplant

In Australien könnten weitere 67 Millionen Hektar Meeresfläche

unter Schutz gestellt werden, da die Regierung eine wegweisende, nur einmal in zehn Jahren stattfindende Überprüfung des nationalen Meeresparknetzwerks angekündigt hat.

Die nur alle 10 Jahre stattfindende Überprüfung lädt die Australier*innen dazu ein, ihre Meinung dazu zu äußern, wie diese Gebiete besser geschützt werden sollen.

Im Mittelpunkt des Regierungsvorschlags stehen eine Ausweitung der Grenzen und verstärkte Umweltschutzmaßnahmen für die ökologisch bedeutenden Meeresparkgebiete Norfolk und Lord Howe. Diese Gebiete dienen als wichtige Korridore für die Artenvielfalt im Südwestpazifik, beherbergen eine Mischung aus gemäßigten und tropischen Meereslebensräumen und fungieren gleichzeitig als entscheidende Durchzugsgebiete für wandernde Seevögel, Wale, Fische und Haie. Im Rahmen der Aktualisierung soll der Gifford-Meerespark direkt in den Lord-Howe-Meerespark eingegliedert werden.

Durch die Erweiterung könnte Australien seine internationale Verpflichtung, 30 % seiner gesamten Meeresfläche zu schützen, deutlich vor der ursprünglichen Frist im Jahr 2030 erfüllen.

Die geplanten Erweiterungen sind Teil einer umfassenderen Initiative zur Ausarbeitung von sechs neuen Bewirtschaftungsplänen für 44 australische Meeresparks. Insgesamt erstreckt sich das Netzwerk der Meeresschutzgebiete bisher über 2,37 Millionen Quadratkilometer.

Die australische Regierung hat auch weitere Fördermittel in Höhe von 5,6 Millionen Dollar

angekündigt, um das laufende Engagement im Naturschutz zu unterstützen. Mit Zuschüssen zwischen 50.000 und 500.000 AUDollar werden förderfähige Projekte finanziert, die es den First Nations, regionalen Gemeinden, Wissenschaftler*innen und Fischern ermöglichen, Maßnahmen durchzuführen, die die Nachhaltigkeit und das Verständnis für die Meeresparks verbessern.

(<https://oceanographicmagazine.com/news/australia-eyes-early-2030-ocean-goal-with-67-million-hectare-mpa-expansion/> 03.08.26)

El Niño gefährdet Great Barrier Riff

Das australische Great Barrier Reef ist einem „sehr hohen Risiko“ für extreme und weitreichende Korallenbleiche sowie einen „Zusammenbruch des Ökosystems“ im Zusammenhang mit dem diesjährigen El-Niño-Wetterphänomen ausgesetzt, warnen führende Wissenschaftler*innen.

Das 2.300 Kilometer lange Riff vor der Küste des australischen Bundesstaates Queensland entging im Juli 2026 der Einstufung als „gefährdet“ nur knapp, obwohl die Vereinten Nationen „größte Besorgnis“ über die Massenkorallenbleiche und die Auswirkungen des Klimawandels äußerten.

Die Wissenschaftler*innen befürchten, dass das diesjährige El Niño-Phänomen hinsichtlich seiner Gesamtstärke alle bisherigen Rekorde brechen wird, da es die Oberflächentemperaturen im zentralen und östlichen äquatorialen Pazifik erwärmt und weltweit Veränderungen bei Winden, Luftdruck und Niederschlagsmustern mit sich bringt.

Für das Great Barrier Reef könnte dies sogar das lokale Aussterben

ganzer Arten bedeuten.

Morgan Pratchett, Meeresökologe an der James Cook University in Queensland, erklärte auf dem Internationalen Korallenriff-Symposium in Auckland (Neuseeland), dass der „extreme El Niño“ Anlass zu großer Sorge gebe. „Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir am Great Barrier Reef eine sehr schwere und großflächige Massenbleiche erleben werden“, sagte er.

Extreme Wetterereignisse, der Abfluss aus dem Hinterland, Küstenbebauung und der Beutefang durch den Dornenkronenseestern setzten das Riff ebenfalls unter Druck.

Ove Hoegh-Guldberg, Professor für Meereswissenschaften an der University of Queensland, sagte, die Untätigkeit der Regierungen weltweit stelle eine ernsthafte Bedrohung für das Ökosystem am Great Barrier Reef dar.

Info: Die UNESCO überwacht das Riff seit 2021 jährlich. Bereits damals warnte sie, es drohe die Aufnahme des Riffs in die Liste der „gefährdeten“ Welterbestätten. (<https://oceanographicmagazine.com/news/great-barrier-reef-faces-ecological-collapse-as-el-nino-looms/> 21.07.26)

Yolŋu-Überreste in Arnhem Land beigesetzt

Nachdem sie jahrzehntelang in einer Sammlung der Universität Melbourne aufbewahrt worden waren, wurden die sterblichen Überreste von neun Mitgliedern der Yolnu mit Gesängen und traditionellen Ritualen in ihre ursprüngliche Heimat im Ort Baniyala im abgelegenen australischen Northern Territory zurückgebracht. Die Ältesten, darunter

der Anführer des Maḍarrpa-Clans und renommierte Künstler Djam-bawa Marawili, hatten sich jahrelang für die Rückführung der Überreste eingesetzt. Für sie war die Rückführungszeremonie ein Meilenstein.

Die Universität von Melbourne hatte seit den 1870er Jahren sterbliche Überreste von Aborigines und deren Kulturgüter in ihrer Sammlung aufbewahrt und hat kürzlich begonnen, viele davon an Dutzende von Gemeinschaften in ganz Australien zurückzugeben.

Der stellvertretende Vizekanzler der Universität, Barry Judd, sagte, dies sei eine Gelegenheit, *„das Unrecht der Vergangenheit anzuerkennen [und] die Gemeinschaft zu stärken und zu heilen, um eine bessere Zukunft zu schaffen“*.

Einschließlich der Zeremonie in Bāniyala wurden bereits 14 Verfahren an die Clans Maḍarrpa, Dhalwaṇu, Djapu, Dhuḍi-Djapu, Marrakulu und Mangalili im Nordosten von Arnhem Land zurückgegeben.

Hintergrund: Die sterblichen Überreste waren ursprünglich alle vom renommierten australischen Anthropologen und Ornithologen Donald Thomson (1901-1970) gesammelt worden. Professor Thomson bereiste in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts ausgiebig das abgelegene Arnhem Land, den äußersten Norden von Queensland und Zentralaustralien sowie den Pazifikraum, um mehr über das Leben der dortigen Bewohner*innen zu erfahren.

Die von Thomson zwischen 1928 und 1965 an der Universität zusammengestellte Sammlung umfasste mehr als 10.000 Objekte sowie Fotografien, Filme,

Tonaufnahmen, Feldnotizen, Tagebücher, Karten und naturwissenschaftliche Exemplare. Die Objekte der *Yolṇu* gehören zum Kulturerbe der UNESCO.

Die *Yolṇu* sind eine Gruppe von Aboriginal Peoples und leben an der Küste des Arafurameeres im nordöstlichen Arnhem Land. Sie bestehen aus zahlreichen Clans mit eigenen Territorien, Dialekten und kulturellen Traditionen, die jedoch durch ein gemeinsames Verwandtschafts-, Rechts- und Glaubenssystem verbunden sind.

(<https://restitutionmatters.org/news-item/yolnu-remains-buried-in-arnhem-land/>, Wikipedia)

Forschungsteam entdeckt neue Haiart in Papua-Neuguinea

Ein australisches Forschungsteam hat bei einem nächtlichen Tauchgang in der Milne Bay Province von Papua-Neuguinea eine neue, stark gefährdete Haiart entdeckt, die auf ihren Flossen läuft. Bei dem Fisch handelt es sich um eine Art des Epaulettenhais, einer Gruppe kleiner Haie, die rund um die Insel Neuguinea und Australien heimisch und dafür bekannt sind, bei Ebbe zwischen Felsenbecken hin und her zu watscheln.

Entdeckt hatte den Hai bei einem Nachttauchgang Dr. Christine Dudgeon, Mitglied des Teams der *University of the Sunshine Coast* in Queensland. Insgesamt konnte ihr Team 11 Haie identifizieren, deren Körperzeichnungen und Farben ihnen bis dato unbekannt waren. Bei genauerer Beobachtung des Verhaltens entdeckten die Forschenden, dass die Haie zu laufen schienen.

Umfangreiche genetische Analysen bestätigten später die

Vermutung des Teams, man habe eine neue Unterart eines sogenannten „wandernden Hais“ („Walking shark“) entdeckt. Der Hai wurde zur zehnten bekannten Art dieser Gattung erklärt. Er wurde zu Ehren seiner Entdeckerin Dr. Dudgeon *„Hemiscyllium dudgeonae“* genannt.

Dudgeon erklärte, dass wandernde Haie zwar schwimmen, aber oft ihre vier Flossen nutzen, um auf dem Sand zu laufen. *„Bei Ebbe können sie auf ihren Flossen laufen. Sie haben zwei Brust- und zwei Beckenflossen, die sie im Grunde wie kleine Füße nutzen, um sich über den Meeresboden fortzubewegen“*, erklärte sie. *„Das bedeutet, dass sie in sehr flachen Gezeitentümpeln bleiben und ein Stück aus dem Wasser kommen können, um in andere Tümpel zu hüpfen. Das tun sie nachts, wenn sie weniger der Gefahr ausgesetzt sind, von Seevögeln gefressen zu werden.“*

Info: Laufhaie sind in den flachen Gewässern vor Australien und Neuguinea endemisch. Man findet sie im Golf von Papua, in der Milne-Bucht, im nördlichen Teil Neuguineas und bis in den Osten Indonesiens. Die Einheimischen in Papua-Neuguinea kennen den nachtaktiven Fisch schon seit langem und haben ihm den Spitznamen *„Kadedekedewa“* gegeben, was so viel wie „fauler Hai“ oder „Hundehai“ bedeutet.

Hier geht es zur Forschungsarbeit über die neue Hai-Unterart: <https://www.oceansciencefoundation.org/josf/Blake-way%20et%20al%202026.pdf> (Radio NZ Pacific 19.06.26, https://www.meerwasser-lexikon.de/tiere/18432_Hemiscyllium_dudgeonae.htm)

SPORT

Gastgeber der Mikronesienspiele

Kiribati: Die *Kiribati Micronesian Games Association* (MGA) wird Gastgeber der Mikronesischen Spiele 2030 sein; die Auswahl erfolgte durch den *Micronesian Games Council* (MGC).

Die Wahl der Kiribati MGA erfolgte nach dem bis dato umkämpften Bewerbungsverfahren in der Geschichte der Veranstaltung, wie der Rat bekannt gab.

Vier Gebiete – Chuuk, Kiribati, die Nördlichen Marianen und Palau – hatten vollständige Bewerbungsunterlagen eingereicht, was die wachsende Stärke und das regionale Engagement für die mikronesischen Spiele widerspiegelt.

Die Nördlichen Marianen zogen ihre Bewerbung jedoch aufgrund der durch den Supertaifun Sinlaku verursachten Verwüstungen später zurück.

Der MGC-Vorstand führte nach Angaben des Rates eine umfassende Bewertung jeder Bewerbung durch, einschließlich der Spielkonzepte, der Einrichtungen, der Unterkünfte, der Verkehrspläne, der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Übereinstimmung mit den langfristigen Entwicklungszielen. Am 6. Juni entschied der Rat dann einstimmig für den Austragungsort Kiribati.

Info: Die ersten *Micronesian Games* fanden 1969 in Saipan (heute Nördliche Marianen) statt. Die Spiele finden in der Regel alle vier Jahre statt. Es gibt Wettkämpfe in

17 verschiedenen Sportarten. (*Pacific Daily News* 07.06.26)

Rekord im Kokospalmenklettern

Tahiti: Der Cook Islander Yaliloa Papitai hat beim renommierten traditionellen Sportfestival „*Heiva Tu'aro Ma'ohi*“ auf Tahiti einen neuen Rekord im Kokosnussbaumklettern aufgestellt.

Der 22-jährige Papitai von der Insel Nassau in der nördlichen Inselgruppe der Cook-Inseln gewann den Wettbewerb in einer Rekordzeit von 4,88 Sekunden und setzte damit einen neuen Maßstab für den Wettbewerb.

Der bisherige Rekord war 2017 aufgestellt worden. Damals benötigte Iona George Piira aus Pukapuka 5,62 Sekunden, um den 8 Meter hohen Stamm einer Kokospalme barfuß hochzuklettern. Piira ist mittlerweile Cheftrainer des Teams der Cook-Inseln.

Auch die Plätze 3 und 4 gingen an die Cook-Inseln, Platz 1 sicherte sich Fiapa'i Ellio aus Samoa.

Joshua Jim von den Cook-Inseln erkämpfte eine zweite Goldmedaille für die Cook-Inseln, nachdem er den tahitischen Titelverteidiger in vier aufeinanderfolgenden Runden des traditionellen Ringkampfs besiegt hatte.

Info: Laut *Guinness World Records* liegt die schnellste Zeit für den Barfuß-Aufstieg auf einen 9 Meter hohen Kokosnussbaum bei 4,88 Sekunden, aufgestellt von Fuatai Solo aus Fidschi am 22. August 1980 beim jährlichen Wettbewerb im Sukuna Park.

(<https://www.rnz.co.nz/news/pacific/723921/cook-islander-sets-stunning-new-coconut-climbing-record> 16.07.26)

Fiji Bati Kapitän Kamikamica beendet seine Karriere

Australien: Der Melbourne Storm Spieler Kamikamica beendet kurz vor dem Beginn der Rugby League Weltmeisterschaft seine Karriere. Das Karriereende ist die Folge eines im März erlittenen Schlaganfalls. Zunächst hatte Kamikamica gehofft, nach einer erfolgreichen Reha sein Comeback pünktlich zur WM im Trikot der *Fiji Bati* zu geben und anschließend auch wieder für die *Storms* in der NRL (National Rugby League) zu spielen, jetzt kehrt er aber auf ärztlichen Rat nicht aufs Spielfeld zurück.

Der in Fidschi geborene und aufgewachsene Spieler spielte seit 2017 für die *Melbourne Storms* in der NRL und war in diesem Jahr auch erstmalig Mitglied des WM-Kaders Fidschis.

Info: Zwischen dem 15. Oktober und 15. November 2026 finden die Rugby League-Weltmeisterschaftswettbewerbe der Herren, Frauen und im Rollstuhlrugby in Papua-Neuguinea, Australien und Neuseeland statt.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Friederike Keller, Rugby-Spielerin. https://www.fbcnews.com.fj/sports/rugby-league/kamikamica-ends-career-on-medical-grounds/?utm_source=chatgpt.com 29.08.2026)

Anton Segner erster deutscher Spieler der All Blacks

Neuseeland: Am 11. Juli hat Anton Segner sein Debut als 1237. All Blacks-Spieler im Spiel gegen Italien gemacht. Auch in den folgenden Spielen der *All Blacks* im Rahmen der Nations Championship und zu Beginn der Tour durch

Südafrika spielte Segner für die *All Blacks* und bekam für seine Leistungen viel Lob, bevor er aufgrund einer Knöchelverletzung frühzeitig aus Südafrika nach Neuseeland zurückkehrte.

Der gebürtige Frankfurter Segner war mit 16 zunächst als Austauschschüler nach Neuseeland gekommen und blieb danach im Land, auch weil er sportlich im Rugby überzeugte.

Der heute 25-jährige spielt seit 2022 im Super Rugby Team der *Auckland Blues*.

Nach den Statuten von *World Rugby* können Spieler unabhängig ihrer Nationalität für eine Nationalmannschaft spielen, wenn sie vor dem Debut mindestens fünf Jahre ausschließlich in diesem Land als Rugbyspieler gemeldet waren.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Friederike Keller, Rugby-Spielerin, https://www.zeit.de/sport/2026-07/anton-segner-rugby-all-blacks-neuseeland-nationalmannschaft/komplettansicht?utm_source=chatgpt.com 29.08.2026)

Neugründung eines samoanischen Rugbyverbands

Samoa: Die samoanische Regierung hat Ende Juli bekannt gegeben, nicht länger *Lakapi Samoa*, welcher bei World Rugby als samoanischer Verband gilt, zu unterstützen. Kurz darauf wurde die neugegründete „*Samoa Rugby Football Union*“ vorgestellt.

Dieser neue Verband sieht sich als Alternative zu Lakapi und wirft Lakapi schlechtes Handeln in den letzten Jahren vor, v.a. da die sportliche Entwicklung der Mannschaft *Manu Samoa* als negativ bewertet wird. Es ist bisher nicht geklärt, welcher Verband zukünftig die Rolle des offiziellen

samoanischen Verbands übernimmt.

Die Gerüchte einer möglichen Sperre der *Manu Samoa* durch World Rugby, sofern die Frage des Verbands nicht geklärt wird, haben sich bisher nicht bestätigt. Coach und Kapitän des Nationalteams wünschen sich, dass das Thema schnellstmöglich geklärt wird, da sie mögliche internationale Sanktionen vermeiden wollen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Friederike Keller, Rugby-Spielerin, https://islandcitymediagroup.com/manu-samoa-captain-coach-urge-pm-resolve-rugby-governance-crisis/?utm_source=chatgpt.com, https://pina.com.fj/2026/08/03/new-samoa-rugby-football-union-launched/?utm_source=chatgpt.com 29.08.2026)

Ubuntu-Bula-Trophy erstmalig ausgespielt

Fidschi: Im Rahmen einer zwei Spiele umfassenden Testserie zwischen Südafrika und Fidschi wurde erstmalig um die *Ubuntu-Bula-Trophy* gespielt. Beide Spiele konnten die in der Weltrangliste vorne liegenden Frauen aus Südafrika gewinnen. Es war das zweite und dritte Aufeinandertreffen der beiden Teams, nachdem sie sich bisher nur bei der WM 2025 in England begegnet waren. Dort gewann noch Fidschi. Die Spiele in Suva und Lautoka waren die ersten Spiele der *Springbok Women* in Fidschi. Das erste Spiel konnte noch deutlich durch die Gäste gewonnen werden, im zweiten Spiel reichte der *Fijiana* die zweimalige Führung nicht zum Sieg. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Friederike Keller, Rugby-Spielerin, <https://springboks.rugby/news-features/articles/2026/8/15/springbok-women-pleased-with-win-after-properly-tested-by-fijiana> 29.08.2026)

„TOK BILONG PASIFIK“

Ausstellung zeitgenössischer Tapa im Pariser Museum

Frankreich: Die beiden französisch-polynesischen Künstlerinnen und Forscherinnen Hinatea Colombani und Moeava Meder konnte live miterleben, wie zwei ihrer Werke (eine Tapa im Format 300 x 205 cm und ein Kreis mit einem Durchmesser von 100 cm), die unter dem Titel „A Fano Mai“ zusammengefasst sind, in die nationalen Sammlungen des Musée du Quai Branly – Jacques Chirac in Paris (Frankreich) aufgenommen wurden.

Die Werke, die seit dem 9. Juni 2026 auf dem „Plateau des collections“ des berühmten Pariser Museums ausgestellt sind, wurden kürzlich von dem Museum erworben und ergänzen eine der weltweit bedeutendsten Sammlungen zur Kunst und dem Kulturerbe Ozeaniens in Europa.

Diese Aufnahme in die französischen Nationalsammlungen ist eine Anerkennung der Arbeit, die das Künstlerpaar seit fast zehn Jahren im Rahmen des Projekts „Tapa Revival – Ancestral Futures from Tahiti“ leistet, das der Wiederbelebung der Tapa-Kunst auf den Gesellschaftsinseln gewidmet ist. Diese traditionelle Technik der Herstellung pflanzlicher Stoffe war im Laufe des 20. Jahrhunderts fast vollständig verschwunden.

Info: Das monumentale Werk „A Fano Mai“, das nach mehr als

einem Jahrzehnt der Forschung – einer Mischung aus Kunst, Archäologie und kultureller Weitergabe – auf Tahiti entstanden ist, würdigt die großen polynesischen Wanderungen und die herausragenden Fähigkeiten der Seefahrer des Pazifiks.

„A Fano Mai steht für Spitzenleistung. Es sind all diese Jahre der Seefahrt, es sind diese polynesischen Wanderungen, es ist dieser Ozean, den sie trotz aller Zweifel und Schwierigkeiten bezwungen haben, denn der Pazifik verdankt seinen Namen allein ihnen. Der Pazifik ist nichts als sein Name. Und genau das wollten wir im Herzen des Quai Branly zum Ausdruck bringen“, erklärte Hinatea Colombani.

Die Künstlerinnen erforschen die polynesischen Kosmologie im Dialog zwischen *Te Pō*, der Welt der Ursprünge und Möglichkeiten, und *Te Ao*, der Welt des Lichts und des Lebens.

(<https://www.tntvnews.pf/polynesie/culture/a-fano-mai-un-tapa-monumental-entre-au-musee-du-quai-branly/> 15.06.26)

Wiedereröffnung eines Luxusrestaurants

Papua-Neuguinea: Das *Crown Hotel* in der Hauptstadt Port Moresby hat das „Rapala Restaurant“ Mitte März offiziell wiedereröffnet.

„Das ‚Rapala‘ war vor COVID-19 eines der bekanntesten Restaurants der Stadt, und seine Wiedereröffnung war für mich eine besondere Aufgabe“, sagte Küchenchef Arup Das, der im Dezember 2025 zum Crown Hotel kam. Chefkoch Das bringt mehr als 15 Jahre internationale Erfahrung im Gastgewerbe mit und war zuvor für einige der renommiertesten Hotelmarken Indiens tätig.

„Gemeinsam mit dem Managementteam haben wir eine völlig neue Speisekarte, neue Präsentationsformen und ein neues Gastronomiekonzept entwickelt, das sich an den Standards der gehobenen Gastronomie orientiert und gleichzeitig etwas Einzigartiges für Port Moresby schafft“, erklärte der Chefkoch, der vor allem die besondere Lage des Restaurants hoch über dem Wasser mit seinem unverbauten Blick auf den Fairfax Hafen mag.

Info: Das Luxushotel wurde in den Jahren rund um die Unabhängigkeit Papua-Neuguineas (1975) erbaut und 1978 in Betrieb genommen und hat im Laufe der Jahrzehnte verschiedene Identitäten durchlaufen – vom „Travelodge“ über das „Park Royal“ bis hin zum heutigen Crown Hotel. Das Hotel ist zu 100 % im Besitz einheimischer Eigner und beschäftigt 200 Menschen, darunter nur 9 ‚Ausländer*innen‘.

Es hat in den letzten sieben Jahren 12 Auszeichnungen erhalten und wurde erneut für die renommierten *World Travel Awards* nominiert – eine Anerkennung für sein Engagement für exzellenten Service und kontinuierliche Verbesserungen. (*PNG Business News* 11.06.26)

Erster ferngesteuerter Flughafeninformationsdienst

Fidschi: Der Flughafen Labasa in Fidschis Nordregion wird als erster Flughafen im Pazifikraum einen ferngesteuerten Fluginformationsdienst (*Remote Tower Aerodrome Flight Information Service*, AFIS) einrichten.

Das System nutzt hochauflösende Kameras und moderne Kommunikationstechnologie, die am Flughafen Labasa installiert sind, um

Fluginformationen in Echtzeit an das Betriebszentrum in Nadi zu übermitteln. Dadurch wird die ferngesteuerte Bereitstellung von Fluginformationsdiensten für Flugzeuge ermöglicht, die den Flughafen anfliegen oder von dort abfliegen.

Der stellvertretende Premierminister und Minister für Tourismus und Zivilluftfahrt, Viliame Gavoka, erklärte, die Investition zeige das Engagement der Regierung für die Modernisierung der Luftfahrtinfrastruktur und den Ausbau tourismusfördernder Einrichtungen im Norden.

Info: Das Projekt wird im Rahmen des „Na Vualiku“-Projekts der fidschianischen Regierung umgesetzt, einer von der Weltbank finanzierten Initiative, die darauf abzielt, die infrastrukturelle Anbindung zu verbessern und die wirtschaftliche Entwicklung auf den Inseln Vanua Levu und Tavuani zu fördern.

Das AFIS-System für den Fernkontrollturm wird von *Adacel Technologies Limited* im Rahmen eines von Fiji Airports vergebenen Auftrags geliefert. Die Installation umfasst ein Fernkontrollturm-Modul am Flughafen Labasa und ein Fernkontrollturm-Zentrum im Betriebszentrum Nadi. (*Pacific Business Review* 01.06.26)

Radio für die Tuvalu-Diaspora

Australien: Mit einem Mikrofon, einem Facebook-Live-Stream und einer Playlist mit traditionellem „Fatele“ trägt ein dreiköpfiges Rundfunkteam in Brisbane (Australien) dazu bei, die Kultur und Identität Tuvalus am Leben zu erhalten.

„Te Leo o Tuvalu“ wurde Anfang Mai 2026 ins Leben gerufen und ist eine alle zwei Wochen

erscheinende Radiosendung, die die weltweite tuvaluische Diaspora miteinander verbindet. Die Sendung wird in elf Zeitzonen ausgestrahlt.

Für die Produzentin Saele Teaukai geht es bei der Radiosendung um Unterhaltung, aber auch darum, die Menschen miteinander in Verbindung zu halten, da sich die migrierten Bewohner*innen Tuvalus inzwischen über verschiedene Länder verteilen.

Zusammen mit Salepa O'Hanlon und der Moderatorin Uofatimatie Peifaga produziert Teaukai die einstündige Sendung jeden zweiten Donnerstag auf den Facebook- und YouTube-Seiten von *Pasifika TV & Radio*. Die Sendung bringt Nachrichten aus der Gemeinde, Gebete, Interviews und Musik, jeweils in der einheimischen Sprache Tuvalus, da sich die Produzentin für den aktiven Erhalt der Sprache einsetzen möchte.

Die Sendung erscheint zu einem für Tuvalu bedeutenden Zeitpunkt: Im Rahmen des am 28. August 2024 unterzeichneten australisch-tuvalischen Falepili-Abkommens können jedes Jahr bis zu 280 Tuvaluer*innen legal über den „Falepili Mobility Pathway“ nach Australien ziehen.

Das Interesse ist groß: Im Jahr 2025 gingen mehr als 8.700 Anträge aus einem Land mit knapp über 10.000 Einwohnenden ein. (*Pacific Media News* 11.06.26)

Pazifische Filmschaffende bestimmen über Oscars mit

USA: Veä Mafile'o, eine tongaisch-neuseeländische Filmemacherin und Produzentin, sowie Tusi Tamasese, ein samoanischer Regisseur und Drehbuchautor, gehören zu den 529 Künstler*innen und

Filmfachleuten, die in diesem Jahr in die *Academy of Motion Picture Arts and Sciences* aufgenommen wurden. Die Aufnahme in die *Academy* bedeutet, dass die beiden pazifischen Filmemacher künftig gemeinsam mit einigen der weltweit führenden Filmemachenden bei der Auswahl der zukünftigen Oscar-Preisträger*innen mitwirken können.

Mafile'o, Mitbegründer des Kreativenzentrums „*Taro Patch Creative*“ in South Auckland (Neuseeland) sagte, dass die Nachricht zunächst eine Überraschung für sie gewesen sei. *„Hoffentlich können wir uns jetzt auf diesem globalen Markt stärker Gehör verschaffen und mehr Einfluss nehmen. Es gibt große Produktionen wie ‚Chief of War‘ und Disney, bei denen Hollywood erkannt hat, dass das Geschichtenerzählen aus dem pazifischen Raum auf dem Vormarsch ist. Für uns alle bedeutet das gewissermaßen, dass wir nun mit am Tisch sitzen dürfen,“* erklärte die Filmemacherin.

Veä Mafile'o erzählt seit mehr als 20 Jahren Geschichten aus dem Pazifikraum durch Filme. Zu ihren Werken gehören der gefeierte Dokumentarfilm „*For My Father's Kingdom*“, der beim Sundance Film Festival ausgewählte Kurzfilm „*Lea Tupu'anga – Mother Tongue*“ sowie ihr neuester Dokumentarfilm „*Lomu*“, der das Leben und Vermächtnis des Rugby-Stars Jonah Lomu würdigt.

Neben Mafile'o gehört auch Tusi Tamasese zum Jahrgang 2026 der Akademie. Sein Debütfilm „*The Orator – O Le Tulafale*“ schrieb Geschichte als Neuseelands erster Beitrag für den Oscar in der Kategorie „*Bester fremdsprachiger Film*“. Der Film, der vollständig in samoanischer Sprache gedreht

wurde und ausschließlich samoanische Darstellende zeigt, stellte einen bedeutenden Meilenstein dar, da Neuseeland damit zum ersten Mal überhaupt in der Kategorie „*Bester fremdsprachiger Film*“ bei den Oscars vertreten war.

Auf diesen Erfolg ließ Tamasese den Film „*One Thousand Ropes*“ folgen, ein eindringliches Charakterdrama, das universelle Themen wie Familie und Erlösung behandelt.

Info: Die „*Academy of Motion Picture Arts and Sciences*“ (AMPAS) ist eine internationale Fachorganisation der Filmbranche mit Sitz in Beverly Hills (Kalifornien, USA). Sie wurde 1927 gegründet und ist weltweit vor allem als Verleiherin der Academy Awards („Oscars“) bekannt.

Zu den diesjährigen Einladungen der Akademie gehören 95 Oscar-Nominierte und 21 Preisträger. Frauen machen 42 Prozent der neuen Mitglieder aus, während 56 Prozent aus unterrepräsentierten Gemeinschaften stammen und 53 Prozent aus 60 Ländern und Gebieten außerhalb der Vereinigten Staaten kommen.

Das Auswahlverfahren der Akademie für ihre 19 Fachgruppen basiert ausschließlich auf Empfehlungen und nicht auf direkten Bewerbungen. (*Pacific Media Network* 30.06.26, Wikipedia)

IN MEMORIAM

† Vui Elena Fa'amoe-Timoteo, Gründungsmitglied des Pacific Leadership Forum

Neuseeland: Die samoanische Gemeindevorsteherin und Bildungsaktivistin Vui Nafouaina Elena

Fa'amoe-Timoteo ist nach einem Kampf gegen den Krebs am 10. Januar 2026 im Alter von 53 Jahren in Auckland (Neuseeland) verstorben.

Vui (Jahrgang 1972) und ihr Ehemann Mati halfen 2015 beim Aufbau des „Pacific Leadership Forum“ (PLF) und unterstützten Initiativen, die darauf abzielten, das Wohlergehen von Mitgliedern der pazifischen Gemeinschaft zu stärken. Die Verstorbene engagierte sich ehrenamtlich in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Behinderung und kommunale Unterstützung.

Während der Corona-Pandemie spielte Vui eine wichtige Rolle bei der Unterstützung pazifischer Gemeinschaften im Rahmen der Impfbemühungen der Regierung, wobei sie mit dem PLF und dem „Pacific Resilience and Coordination Team“ zusammenarbeitete.

Die in Seattle in den Vereinigten Staaten geborene Vui wuchs als Kind einer samoanischen Auswandererfamilie in den USA auf, bevor sie an der *Western Washington University* und der *University of Auckland* studierte. Sie lebte in Neuseeland und arbeitete hier mehr als 20 Jahre lang für das neuseeländische Bildungsministerium. Dabei unterstützte sie vor allem Schulen mit einem hohen Anteil an Māori- und pazifischen Schüler*innen dabei, ihre Leistungen zu verbessern. Später war sie als leitende politische Beraterin für den pazifischen Raum an der *Waikato University* tätig. Zuletzt arbeitete sie für die Wohltätigkeitsorganisation „*Accelerating Aotearoa*“.

Vui Elena hinterlässt ihren Ehemann und drei gemeinsame Kinder. Die öffentliche Anteilnahme an ihrem Tod war weit über Auckland hinaus groß. In der Diaspora-

Gemeinschaft der in Neuseeland lebenden Pazifik-Insulaner*innen waren Vui Elena und ihr Mann bekannte und hochgeschätzte Persönlichkeiten.

Info: Das Pacific Leadership Forum ist ein Zusammenschluss von pazifischen Gemeinschaften, Organisationen und Führungspersönlichkeiten in Neuseeland. Es wurde 2015 gegründet und versteht sich als übergreifendes Forum, das die Interessen von in Neuseeland lebenden Menschen mit Wurzeln in den pazifischen Inselstaaten vertritt. (Pacific Media News 13.01.26, <http://www.acceleratingaotearoa.co.nz/>, Wikipedia)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

Street-Art-Künstler malt „Murals“ mit christlichen Elementen

Niue: Der fidschianisch-amerikanische Street-Art-Künstler Jack Eastgate hat in den Osterferien im April 2026 einen 14-tägigen Workshop zur Gestaltung von Wandbildern („Murals“) auf der zu Neuseeland gehörenden Insel Niue durchgeführt. Eastgate war auf Initiative der lokalen NGOs „*Oma Tafuā*“ und „*Niue Women's Alliance for Climate Justice*“ (NIWA4CJ) eingeladen worden. Der Workshop wurde von den weltweit tätigen „*Daughters for Earth*“ sowie „*Eco Niue*“ finanziell unterstützt.

Ziel war nicht nur die Gestaltung von Wänden, sondern auch die Stärkung und Ermutigung von Jugendlichen auf der Insel. Diese sollten mithilfe des auf dem christlichen Glauben und Werten

basierenden Ansatzes „Listening with Intent“ (Aufmerksam zuhören) von Logona Totoka lernen, sich sicher und wohlfühlen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit oder in Gruppen ausdrücken.

Der erste Erfolg des Programms war die Fertigstellung der Wandgemälde für das Gemeindezentrum in der Hauptstadt Alofi South, deren Arbeitsschwerpunkte auf Biodiversität, einheimischen Arten und Umweltverantwortung liegen. Diese „Murals“ würdigen die Bedeutung des Umwelt- und Naturschutzes auf Niue und fördern gleichzeitig den Stolz auf die eigene Atoll-Kultur, Identität und Gemeinschaft, hieß es nach der Fertigstellung.

Das Projekt gipfelte in der Entstehung eines 17 Meter langen Gemeinschaftswandbildes, das von Jugendlichen unter der Anleitung von Jack Eastgate und der lokalen Künstlerin Jica Vakaafi gemeinsam gestaltet wurde. Das Wandbild enthält Botschaften, die von den Teilnehmenden selbst entwickelt wurden, sowie einen Bibelvers aus Johannes 14,27: „*Frieden hinterlasse ich euch; meinen Frieden gebe ich euch.*“

Die Organisatoren erklärten, der Bibelvers spiegele den Schwerpunkt des Programms auf Frieden, Mitgefühl, emotionale Sicherheit und respektvolle Beziehungen wider – ein Kernelement des Logona-Totoka-Programms „Listening with Intent“ von NIWA4CJ in Niue, das in Partnerschaft mit dem *Pacific Feminist Fund der We Rise Coalition* durchgeführt wurde. (<https://islandsbusiness.com/news-break/fiji-american-artists-starts-niue-youth-mural-initiative/> 01.06.26)

Frauenschutzorganisation spendet PKW

Papua-Neuguinea: Die Frauenschutzorganisation „Femili PNG“ hat Anfang Juni dem Frauenhaus des Morobe Adventist Care Centre (MACC) in 2 Mile, Lae, ein Fahrzeug gespendet.

Im Namen von Femili PNG überreichten die Finanzkoordinatorin Joyce Maru und der Fuhrparkleiter Anderson Ango offiziell einen Nissan Navara an den Präsidenten der Morobe-Mission der Siebenten-Tags-Adventisten, Enosh Enopa, der von der Gesundheitsdirektorin der Morobe-Mission, Freda Makanda, dem Bildungsdirektor Smit K, dem Kommunikationsdirektor Joe Meya und weiteren leitenden Mitarbeitenden begleitet wurde.

Info: Das MACC ist ein Frauenschutzhaus und eine Gemeinschaftsinitiative, die im Juni 2022 mit der Unterstützung von Partnern wie Femili PNG, der Digicel Foundation, der Adventist Development and Relief Agency (ADRA), der SDA-Mission Morobe, der Avondale Adventist University Church in Australien sowie Unternehmen und Privatpersonen, die Geld- und Sachspenden leisteten, den Betrieb aufnahm. Seitdem ist der Bedarf an Sach- und Geldspenden für die große Anzahl weiblicher Schutzsuchender gestiegen, wie auch der Bedarf an psychologischer Betreuung für die traumatisierten Frauen und Kinder.

(<https://femilipng.org/femili-png-donates-vehicle-to-drive-community-impact-2/> 02.07.26)

Bischofskonferenz mahnt vor Tiefseebergbau

Ozeanien: Die katholische „Episcopal Conference of the Pacific“ (CEPA) hat sich Mitte August mit einem Hirtenbrief zum Thema Tiefseebergbau an Christ*innen in Ozeanien gewandt. Das pastorale Schreiben steht unter dem Leitwort aus Psalm 24, 1 „Die Erde gehört dem Herrn und alles, was darauf ist.“

Die Schöpfung stehe den Menschen nicht zur Ausbeutung nach ihren eigenen Wünschen zur Verfügung, sondern sei Gottes Geschenk, das unserer Obhut anvertraut wurde, heißt es. „Wir sind Verwalter, keine Eigentümer; Hüter, keine Besitzer. Die Schöpfung darf daher nicht einfach auf eine Ressource für wirtschaftlichen Gewinn reduziert werden“, schreiben die Bischöfe in dem mehrseitigen Brief: „Wir sind nicht von der Schöpfung getrennt; wir gehören zu ihr. Wenn der Ozean gedeiht, gedeihen auch unsere Gemeinschaften. Wenn er verwundet ist, wird auch etwas in uns verwundet.“

Die Bischöfe warnen vor der Ausbeutung der Tiefsee. Tiefseebergbau könne zu irreversiblen Schäden für Mensch und Umwelt führen, das widerspreche dem Grundgedanken von Gottes Schöpfung, deren Bewahrung er den Menschen anvertraut habe. Als Kirche wende man sich aber nicht grundsätzlich gegen wissenschaftliche Forschung oder verantwortungsvolle wirtschaftliche Entwicklung. Vielmehr sei die Kirche dazu aufgerufen, dafür zu sorgen, dass der technologische Fortschritt stets

die Würde des Menschen achte, die Unversehrtheit der Schöpfung schütze und dem Gemeinwohl diene. „Möge unsere Generation nicht dafür in Erinnerung bleiben, was sie der Schöpfung entnommen hat, sondern dafür, was sie geschützt hat“, heißt es am Ende des von Ryan P. Jimenez, dem Präsidenten der CEPA, unterschriebenen Hirtenbriefes.

(<https://cepac.info/2026/08/pastoral-statement-on-deep-sea-mining-from-the-episcopal-conference-of-the-pacific-cepac-10.08.26>)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Redaktionelle Mitarbeit: Clara Groth, Dr. Klaus Schilder

„Pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC, Cook Islands News, Fiji Times, The National, Australien- und Neuseeland-Info, Pacific Business News, Pacific Islands Report, Pacific Daily News, Post-Courier, Pacific Beat, Radio Australia, Radio New Zealand International, Solomon Islands Broadcasting Association, Tahiti Info, Wantok, Westpapua-Netzwerk, Rettet den Regenwald, TAPOL

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
Mission
EineWelt

Ökumen für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de